

# Free21

# Magazin

Nr. 6, 10. Jg. | Dezember 2023

Cred'ble news mounted on paper

Im Netz: [www.free21.org](http://www.free21.org)

# FREE21

## Lehrbuchgenozid UN-Beamter packt aus



Ein ehemaliger hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen in New York über die Gründe für seinen Rücktritt.

Von Craig Mokhiber

▶ Seite 13

## 110 Millionen Verfolgt und vertrieben



„Erinnerung: Niemand entscheidet sich dazu Flüchtling zu sein.“

Von Peoples Dispatch ▶ Seite 2

## Friedensverbot NATO verhindert Frieden



Wie eine Friedensregelung des Ukraine Krieges verhindert wurde.

General a.D. Harald Kujat & Prof. Dr. Hajo Funke

▶ Seite 32



## Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

### Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

**Eingetragen** beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

**Redaktion:** Dirk Pohlmann

**ViSdPR:** Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654 E-Mail: redaktion@free21.org

**Lizenz:** CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

**Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:**

**Bild 1:** ©Shoofit.

**Bild 2:** Israeli Defence Forces Spokesperson's Unit, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

**Bild 3:** UNHCR

**Bild 4:** Andrew Parsons / No 10 Downing Street, OGL 3.0

## GEOPOLITIK

### 4 Warum Israel die Hamas geschaffen hat

Die Hamas ist, wie Osama bin Laden, ein Produkt übercleverer Geheimdienste. Sie sollte einst das schärfste Schwert gegen die früher mächtige PLO werden. Von Swiss Policy Research.



## KRIEG & FRIEDEN

### 13 Lehrbuchbeispiel für Genozid

Der Rücktritt des Leiters des UN-Menschenrechtsbüros, Craig Mokhiber, hat international Schlagzeilen produziert. Im Interview mit Amy Goodman von Democracy Now erklärt er, warum er keine andere Möglichkeit sah.

### 20 Netanjahu missbraucht die Bibel um US-Evangelikale zu beeindrucken

Prophetische Texte über Endzeitkatastrophen, bevor der Messias seine Herrschaft antritt, gibt es in allen drei montheistischen Religionen. Sie politisch zu nutzen bedeutet, mit der Katastrophe zu spielen. Eine Analyse von Rev. Dr. Don Wagner.



### 24 Über 110 Millionen Menschen wurden gewaltsam vertrieben



Der Krieg in Gaza hat den Krieg in der Ukraine aus den Schlagzeilen verdrängt. Aber es gibt eine Vielzahl von Konflikten mit furchtbaren Konsequenzen, die ohne mediale Aufmerksamkeit stattfinden. Von Peoples Dispatch.

### 26 Die Ermordung tausender Kinder lässt sich nur bedingt durch Propaganda schönreden

Der Westen wird von Propagandazerählungen dominiert, meint Caitlin Johnstone. Sie beschreibt, wie diese Methode in Gaza an die Grenzen der Wirksamkeit gekommen ist. Von Caitlin Johnstone.

### 29 Wie eine aussichtsreiche Friedensregelung des Ukrainekriegs verhindert wurde

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat ist nicht mehr im Mainstream zu hören, obwohl und weil er eine der wichtigsten sachkundigen Kritiker des Ukrainekriegs ist. Von Hajo Funke und Harald Kujat.



### 35 Armeniens düstere Zukunft

Armenien ist ein Opfer der Geschichte, jetzt gerade wieder. Den Genozid der Türken am armenischen Volk nahm Hitler als Modell für seine Vernichtung der Juden und Slawen. Er hat nicht dazu geführt, dass ihrem Schicksal Aufmerksamkeit widerfährt, berichtet Leo Ensel.

## INNENPOLITIK

### 38 Deutschland hat eine historische Schuld gegenüber dem palästinensischen Volk

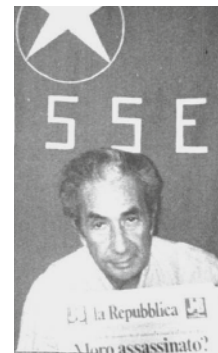
Dass Deutschland wegen der Shoa eine historische Verantwortung für das jüdische Volk und Israel hat, ist unbestritten. Aber hat es damit auch eine Verantwortung für die Palästinenser und den europäischen Kolonialismus, der deren Schicksal bestimmt? Von Marcel Cartier.



## GESCHICHTE

### 40 Das Schicksal des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro

Der Mord an Aldo Moro ist, wie der Mord an John F. Kennedy, kein Kriminalfall, sondern ein Lehrstück, auf welchem morschem Fundament die Macht des „Freien Westens“ beruht. Von Denis Voltaire.



# Gaza Menetekel?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Tod von 1200 Israelis und 20.000 Menschen in Gaza, 70% davon Frauen und Kinder, wird den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern bringen. Klingt dieser Satz für Sie vernünftig?

International nimmt nach einer Welle der Solidarität mit Israel nach dem Massaker der Hamas das Entsetzen angesichts der israelischen Stellungnahmen und Taten zu. Es gibt erstaunlich viele Analogie zu 9/11.

Die oft beschworene „Internationale Gemeinschaft“ der UNO beurteilt den Konflikt im Nahen Osten ganz anders als die USA, die mit Israel, Österreich und 11 weiteren Ländern gegen eine Resolution stimmte, die einen „sofortigen, dauerhaften und nachhaltigen humanitären Waffenstillstand, der zu einer Einstellung der Feindseligkeiten führt“ forderte. Frankreich und Spanien sowie 138 weitere Länder stimmten für die Resolution. Deutschland enthielt sich mit 43 weiteren Ländern – und wurde selbst dafür von Israel scharf kritisiert.

Die New York Times schrieb am 26. November, dass in 20 Tagen in Gaza so viele Zivilisten getötet wurden, wie in zwei Jahren Ukrainekrieg. Die Anzahl der getöteten Zivilisten pro Tag sei eine der höchsten, die aus der Geschichtsschreibung bekannt sei.

Der globale Süden ist angesichts der Doppelmoral des Westens immer weniger auf Linie zu halten. Im Ukrainekrieg waren durch Angriffe der Ukraine seit 2014 14.000 Menschen getötet worden, was der Westen kaum thematisierte oder verurteilte, sondern mit den verlogenen Fake-Verhandlungen von Minsk beantwortete. Ein Beispiel für die Erosion der Gefolgschaft ist Südafrikas Parlament, das sich entschied, die diplomatischen Beziehungen mit Israel abubrechen. Genau wie der Tschad. Insgesamt 35 afrikanische Staaten stimmten trotz erheblichen Druckes der USA für die Resolution. Kein einziger afrikanischer Staat stimmte gegen die Resolution.

Nur eine Verständigung auf Augenhöhe kann den Frieden für Israelis und Palä-

stinenser bringen. Klingt dieser Satz für Sie vernünftig?

Im November besuchte ich die Feier zum 20jährigen Bestehen der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“, das sind Kritiker der israelischen Besatzungspolitik. Ich war Zeuge eines Programms, dessen Musik und Theaterdarbietungen sowie Reden mich begeisterten, es war höchstes Niveau, künstlerisch und intellektuell. Im Saal hingen Bilder des palästinensischen Malers Mohammed Al-Hawajri aus Gaza, die von den üblichen Verdächtigen auf der Dokumenta als antisemitisch kritisiert wurden. Ich wäre gerne ein Mitglied dieser scharfsinnigen, humanistischen und dissidenten Organisation, die – im schönsten Sinne – jüdisch ist.

Veranstaltungsort war das Oyoun, ein Kulturzentrum von jungen migrantischen und antikolonialen Menschen, die sich mit der LGBTQ-Bewegung solidarisieren oder ihr angehören. Sie wurden von staatlicher Seite unter Druck gesetzt, die Veranstaltung abzusagen – und widerstanden mit bewunderswertem Mut. Jetzt droht ihnen die Schließung, die Grüne Fraktion hat das Oyoun wegen der Veranstaltung als antisemitisch titulierte und Berlins CDU-Kultursenator Joe Chialo hat unter dem Beifall der AfD angekündigt, die Förderung einzustellen.

Die Veranstaltung im Oyoun erschien mir – im schönsten Sinne – zukünftig. Ich musste an den Schluss von Schillers „Bürgerschaft“ denken: »So nehmet auch mich zum Genossen an: Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte!«

Wer wie ich das Oyoun unterstützen will, es gibt einen offenen Brief zur Rettung des Kulturzentrums: <https://oyoun.de/>

Wer wie ich die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ unterstützen will: <https://www.juedische-stimme.de/>

Zum Weihnachtsfest die besten Wünsche!  
Dirk Pohlmann, Chefredakteur Free21



Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an [translate@free21.org](mailto:translate@free21.org)

# Warum Israel die Hamas erschaffen hat

„Israel hat die Hamas gegründet. Es war ein Projekt des Shin Bet.“ äußerte Charles Freeman, US-Diplomat und Botschafter bereits 2006 [1]. „Wer die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern will, muss die Stärkung der Hamas und Geldtransfers an die Hamas unterstützen.“ ließ Benjamin Netanjahu 2019 verlautbaren [2]. „Offiziell ist die Hamas ein Feind, inoffiziell ist sie ein Verbündeter.“ verkündete IDF-Generalmajor Gershon Hacohen 2019 [3]. Aussagen wie diese, bedürfen einer öffentlichen Debatte. Insider-Einblicke in die Gründung der Hamas – und anderer ausgewiesener Terrorgruppen.



Vereint für Freiheit für Palästina. Eine Gruppe orthodoxer Juden und palästinensischer Solidaritätsaktivisten in Whitehall am Ende des Londoner Al-Quds-Marsches – alle vereint gegen die Tötung unbewaffneter Palästinenser durch Israel, 11.6.2018. (Foto: Alisdare Hickson, Flickr, CC BY-SA 2.0)

## Autor: Swiss Policy Research (SPR)

Swiss Policy Research (SPR) ist ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer und internationalen Medien. Sämtliche Studien und Beiträge wurden von einer politisch und publizistisch unabhängigen Forschungsgruppe ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung erstellt.

SPR wurde 2016 lanciert und zählt inzwischen zu den führenden Forschungsprojekten auf diesem Gebiet. SPR-Beiträge wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt, in mehreren fachbezogenen Büchern veröffentlicht, sowie durch zahlreiche Medien kritisch rezipiert.



Dieser Text wurde zuerst im Oktober 2023 auf [www.swprs.org](http://www.swprs.org) unter der URL <https://swprs.org/why-israel-created-hamas/> veröffentlicht. Lizenz: © Swiss Policy Research

## Warum Israel zur Gründung der Hamas beigetragen hat

Seit der Gründung der Hamas im Jahr 1987 haben israelische, amerikanische und palästinensische Beamte wiederholt zugegeben, dass Israel tatsächlich zur Gründung und Finanzierung der islamistischen Gruppe beigetragen hat.

Viele dieser Beamten behaupten nicht, dass Israel den Aufstieg der Hamas „erlaubt“ habe oder dass sie als Reaktion auf die israelische „Besatzung“ Palästinas entstanden sei. Ihr Punkt war und ist vielmehr, dass die israelischen Geheimdienste aktiv zur Gründung und Finanzierung der Hamas beigetragen haben.

Wie die unten zitierten Beamten deutlich machen, bestand das übergeordnete Ziel der Unterstützung der Hamas dar-

in, die Schaffung eines palästinensischen Staates zu vereiteln und die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung der Palästina-Frage zu verhindern. Aus israelischer Sicht würde eine Zwei-Staaten-Lösung das Territorium Israels auf die international anerkannten Grenzen vor 1967 reduzieren, jede künftige territoriale Erweiterung verbieten und die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt verhindern. Genauer gesagt hat die Unterstützung der islamistischen Hamas-Gruppe mehreren israelischen Zielen gleichzeitig gedient:

**Erstens hat sie Jassir Arafats säkular-nationalistische PLO untergraben;**

**Zweitens trug es dazu bei, die Umsetzung des Oslo-Abkommens von 1993 zu ver-**

hindern. *Drittens* untergrub es die Palästinensische Autonomiebehörde und isolierte Gaza vom Westjordanland; *Viertens* behinderte es die westliche Unterstützung für die palästinensische Sache; und *Fünftens* rechtfertigte es israelische (Gegen-)Angriffe auf palästinensisches Gebiet.

Mit anderen Worten: Durch die heimliche Unterstützung einer Gruppe, die die Existenz des Staates Israel nicht anerkennt und eine Zwei-Staaten-Lösung nicht akzeptiert, muss Israel weder die Existenz eines palästinensischen Staates noch eine Zwei-Staaten-Lösung unterstützen.

Manchmal wird argumentiert, dass Israel zwar zunächst die Gründung der Hamas unterstützte, die islamistische Gruppe jedoch außer Kontrolle geriet und israelische Beamte ihre Unterstützung bereuten (die „Blowback-Theorie“ [4]).

Während dies sicherlich auf einige israelische Beamte und die von Hamas-Raketen und Terroranschlägen betroffene israelische Bevölkerung zutrifft, gilt dies nicht für israelische Großstrategen, wie die folgenden Zitate deutlich machen: Für sie hat die Hamas weiterhin ihren beabsichtigten Zweck erfüllt – sogar nach dem Oslo-Abkommen 1993 und dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005.

Für die großen Strategen könnte die Präsenz der Hamas in den verbleibenden palästinensischen Gebieten eines Tages den notwendigen Vorwand für eine „endgültige Lösung“ der palästinensischen Frage liefern.

## „Ein Geschöpf Israels“

Die folgenden Abschnitte bieten einen chronologischen Überblick über Insider-Aussagen zur Gründung der Hamas seit 1981 von israelischen, amerikanischen und palästinensischen Beamten.

Zu diesen Beamten gehören ein ehemaliger israelischer Militärgouverneur des Gazastreifens, ein Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, zwei Whistleblower des israelischen Geheimdienstes, ein pensionierter IDF-Generalmajor, der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und andere israelische Politiker sowie ehe-

#GEOPOLITIK

Thomas Fazi @battleforeurope · 8. Okt.

### Hamas is Israel's creation

Many people don't know this but Hamas is largely a creation of the Jewish state. For years, Israel encouraged Gaza's Islamists as a counterweight to the secular nationalists of the Palestine Liberation Organization and its dominant faction, ...

Mehr anzeigen



1:02 nachm. · 8. Okt. 2023 · 13.936 Mal angezeigt

(Screenshot: <https://twitter.com/robinmonotti/status/1710973993904226467>)

malige amerikanische Regierungs- und Geheimdienstbeamte, der verstorbene PLO-Führer Jassir Arafat und ein früherer Hamas-Führer.

### Yitzhak Segev, Militärgouverneur von Gaza (1981/1986)

Bereits 1986, ein Jahr vor der offiziellen Gründung der Hamas, enthüllte David K. Shipler, Chef des Jerusalemer Büros der New York Times, wie Israel die islamische Bewegung im Gazastreifen unterstützte, aus der die Hamas hervorging. In Bezug auf Israels Militärgouverneur im Gazastreifen, Brigadegeneral Yitzhak Segev, bemerkte Shipler in seinem Buch „Arab and Jew“ [5]: „Politisch gesehen wurden islamische Fundamentalisten manchmal als nützlich für Israel ange-

sehen, weil sie ihre Konflikte mit den säkularen Anhängern der PLO hatten. Auf Universitätsgeländen im Westjordanland kam es gelegentlich zu Gewalt zwischen den Gruppen, und der israelische Militärgouverneur des Gazastreifens, Brigadegeneral Yitzhak Segev, erzählte mir einmal, wie er die islamische Bewegung als Gegengewicht zur PLO und den Kommunisten finanziert hatte. „Die israelische Regierung hat mir ein Budget gegeben und die Militärregierung gibt es für Moscheen aus“, sagte er.

Während der Israel-Palästina-Krise im Mai 2021 [6] wiederholte Shipler diese Aussagen in einem Brief an die New York Times und betonte die aktive Rolle der israelischen Behörden [7]: „Nicholas Kristof hat Recht, wenn er erwähnt, dass Israel einst den Aufstieg der Hamas als Gegengewicht zur Palästinensischen Be-

## Quellen:

- [1] Internet Archive, Robert Dreyfuss „Devil's Game“, S. 191, in 2006: <[https://archive.org/details/devils-game\\_201907/page/n199/mode/2up](https://archive.org/details/devils-game_201907/page/n199/mode/2up)>
- [2] archive.today, Haaretz, Dmitry Shumsky „Why Did Netanyahu Want to Strengthen Hamas?“, am 11.10.2023: <<https://archive.ph/20231021203347/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-11/ty-article/premium/netanyahu-needed-a-strong-hamas/0000018b-1e9f-d47b-a7fb-bfd8f30000>>
- [3] archive.today, Haaretz, Gidi Weitz „Another Concept Implodes: Israel Can't Be Managed by a Criminal Defendant“, am 9.10.2023: <<https://archive.ph/20231014033824/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-09/ty-article/premium/another-concept-implodes-israel-cant-be-managed-by-a-criminal-defendant/0000018b-1382-d2fc-a59f-d39b5dbf0000>>
- [4] Odysee Videoportal, Swiss Policy Research „[Current Events] How Israel Helped Create Hamas (The Intercept, 2018)“, am 7.10.2023: <<https://odysee.com/@swprs:3/How-Israel-Helped-Create-Hamas-Intercept-2018:d>>
- [5] Internet Archive, David Shipler „Arab and Jew : wounded spirits in a promised land“, S. 177, in 1986: <[https://archive.org/details/isbn\\_9780394012735/page/176/mode/2up?q=yitzhak+segev](https://archive.org/details/isbn_9780394012735/page/176/mode/2up?q=yitzhak+segev)>
- [6] Wikipedia, diverse Autoren „2021 Israel-Palestine crisis“, zuletzt bearbeitet am 18.11.2023: <[https://en.wikipedia.org/wiki/2021\\_Israel-Palestine\\_crisis](https://en.wikipedia.org/wiki/2021_Israel-Palestine_crisis)>
- [7] The New York Times, Opinion Letters „Casting Blame in the Israel-Gaza Conflict“, am 17.5.2021: <<https://www.nytimes.com/2021/05/17/opinion/letters/israel-gaza-palestinians.html>>
- [8] Internet Archive, David Shipler „Arab and Jew : wounded spirits in a promised land“, S. 176, in 1986: <[https://archive.org/details/isbn\\_9780394012735/page/176/mode/2up?q=yitzhak+segev](https://archive.org/details/isbn_9780394012735/page/176/mode/2up?q=yitzhak+segev)>
- [9] The New York Times, Opinion Letters „Casting Blame in the Israel-Gaza Conflict“, am 17.5.2021: <<https://www.nytimes.com/2021/05/17/opinion/letters/israel-gaza-palestinians.html>>
- [10] Swiss Policy Research, Red. „Ari Ben-Menashe on Israeli Black Operations“, im Oktober 2023: <<https://swprs.org/ari-ben-menashe-on-israeli-black-operations/>>
- [11] Swiss Policy Research, Red. „Mossad Whistleblower Victor Ostrovsky on Israeli Black Operations“, im Oktober 2023: <<https://swprs.org/mossad-whistleblower-victor-ostrovsky-1994/>>
- [12] Swiss Policy Research, Red. „Ari Ben-Menashe on Israeli Black Operations“, im Oktober 2023: <<https://swprs.org/ari-ben-menashe-on-israeli-black-operations/>>
- [13] Swiss Policy Research, Red. „Mossad Whistleblower Victor Ostrovsky on Israeli Black Operations“, im Oktober 2023: <<https://swprs.org/mossad-whistleblower-victor-ostrovsky-1994/>>
- [14] WayBackMachine, George Magazine, Guela Amir „APPENDIX B: George Magazine Article About Yitzhak Rabin's Murder - A Mother's Defense“, im März 1997: <[https://web.archive.org/web/20110717125139/http://www.jfkmontreal.com/jfk\\_jr\\_&\\_rabin.htm](https://web.archive.org/web/20110717125139/http://www.jfkmontreal.com/jfk_jr_&_rabin.htm)>
- [15] Convert Action Magazine, Jeremy Kuzmarov „Yigal Amir ist Israels Oswald“, am 3.11.2023: <<https://covertactionmagazine.com/2023/11/03/yigal-amir-is-israels-oswald/>>
- [16] Odysee, Swiss Policy Research „Israel and the Assassinations of the Kennedy brothers“, in 2020: <<https://odysee.com/@swprs:3/Israel-and-the-Assassinations-of-The-Kennedy-brothers:85>>
- [17] WayBackMachine, George Magazine, Guela Amir „APPENDIX B: George Magazine Article About Yitzhak Rabin's Murder - A Mother's Defense“, im März 1997: <[https://web.archive.org/web/20110717125139/http://www.jfkmontreal.com/jfk\\_jr\\_&\\_rabin.htm](https://web.archive.org/web/20110717125139/http://www.jfkmontreal.com/jfk_jr_&_rabin.htm)>
- [18] United Press International, Richard Sale „Israel gave major to aid to Hamas“, am 24.2.2001: <<https://www.upi.com/Archives/2001/02/24/Israel-gave-major-to-aid-to-Hamas/6023982990800/>>
- [19] ebd.

freiungsorganisation zuließ. Aber Israel tat noch viel mehr, als nur „zuzulassen“.

Im Jahr 1981 erzählte mir Brig. Gen. Yitzhak Segev, Israels Militärgouverneur im Gazastreifen, dass er auf Anweisung der israelischen Behörden Geld an die Muslimbruderschaft, den Vorläufer der Hamas, spende. Die Finanzierung sollte dazu dienen, sowohl den kommunistischen als auch den palästinensischen nationalistischen Bewegungen in Gaza die Macht zu entziehen, die Israel für bedrohlicher hielt als die Fundamentalisten.

Einem verzweifelten Anruf des Armeesprechers zufolge, den ich später erhielt, waren die Vorgesetzten von General Segev nicht zufrieden mit der Offenlegung einer Praxis, die selbst damals nicht besonders clever aussah. Sie dachten fälschlicherweise – wünschten sich aber offenbar –, dass er seine Kommentare vertraulich gemacht hätte. [8, 9]

## Whistleblower des israelischen Geheimdienstes (1992/1994)

1992 enthüllte Ari Ben-Menashe, Whistleblower des israelischen Militärgeheimdienstes, wie israelische Geheimdienste „palästinensische Terroristen“ einsetzten, um die palästinensische Sache zu sabotieren [10]: „Der Schwarzgeldfonds hat dazu beigetragen, die ‚schwarzen‘ Operationen der Geheimdienste auf der ganzen Welt zu finanzieren. Dazu gehörte die Finanzierung israelisch kontrollierter ‚palästinensischer Terroristen‘, die im Namen der palästinensischen Revolution Verbrechen begingen, diese aber tatsächlich – meist unwissentlich – als Teil der israelischen Propagandamaschinerie ausführten.“

In seinem 1994 erschienenen Buch „The Other Side of Deception“ enthüllte der ehemalige Mossad-Führungsoffizier und Whistleblower Victor Ostrovsky, wie der Mossad die Hamas heimlich unterstützte [11]: „Die Unterstützung der radikalen Elemente des muslimischen Fundamentalismus passte gut zum allgemeinen Plan des Mossad für die Region. Eine von Fundamentalisten geführte arabische Welt wäre für den Westen keine Partei für Verhandlungen und würde damit Israel wieder zum einzigen demo-

kratischen, rationalen Land in der Region machen. Und wenn der Mossad dafür sorgen könnte, dass die Hamas (palästinensische Fundamentalisten) die palästinensischen Straßen von der PLO übernimmt, dann wäre das Bild komplett.“ [12], [13]

## Guela Amir, die Mutter des mutmaßlichen Rabin-Attentäters Yigal Amir (1997)

Im März 1997 veröffentlichte John F. Kennedy Jr. einen Artikel von Guela Amir [14], der Mutter von Yigal Amir, dem mutmaßlichen Attentäter des israelischen Premierministers Yitzhak Rabin [15]. Guela Amir erinnerte an die Terroranschläge der Hamas im Anschluss an die von Rabin unterzeichneten Oslo-Abkommen von 1993 und lieferte einige Beweise dafür, dass ihr Sohn Teil eines Plans des israelischen Geheimdienstes war, um Rabin zu beseitigen und die Anerkennung eines palästinensischen Staates zu verhindern. John F. Kennedy Jr. starb zwei Jahre später bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz [16].

Im September 1993 unterzeichnete die Rabin-Regierung die Oslo-Abkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die Abkommen und die Reihe von Terroranschlägen [der Hamas], die auf ihre Umsetzung folgten, brachten Tausende zuvor unpolitische Israelis in erbittertem Protest auf die Straße und auf die Barrikaden. Diese neuen Aktivisten strömten in die bereits bestehenden rechten Gruppen und stellten sich erfahrenen Organisatoren wie [Shin Bet-Informant] Avishai Raviv zur Verfügung. Einer dieser neuen Aktivisten war mein Sohn Yigal.“ [17]

## US-Regierungs- und Geheimdienstmitarbeiter (UPI, 2001)

In einem Artikel vom Februar 2001 enthüllte die amerikanische Nachrichtenagentur UPI, wie „Israel der Hamas große Hilfe leistete“ und zitierte dabei mehrere aktuelle und ehemalige US-Regierungs- und Geheimdienstbeamte [18]: „Zwar

befinden sich Israel und die Hamas derzeit möglicherweise in einem tödlichen Kampf [der Zweiten Intifada], aber mehreren aktuellen und ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeitern zufolge hat Tel Aviv der Hamas seit den späten 1970er Jahren über einen Zeitraum von Jahren hinweg direkte und indirekte finanzielle Hilfe gewährt. Israel hat der Hamas direkt geholfen – die Israelis wollten sie als Gegengewicht zur PLO nutzen“, sagte Tony Cordesman, Nahost-Analyst beim Center for Strategic Studies.

„Israels Unterstützung für die Hamas war ein direkter Versuch, die Unterstützung für eine starke, säkulare PLO durch die Nutzung einer konkurrierenden religiösen Alternative zu spalten und zu verwässern“, sagte ein ehemaliger hochrangiger CIA-Beamter.

Nach Angaben von US-Geheimdienstmitarbeitern stammten die Gelder für die Bewegung aus den Ölförderstaaten sowie direkt und indirekt aus Israel. Die PLO war säkular und links und förderte den palästinensischen Nationalismus. Die Hamas wollte einen transnationalen Staat unter der Herrschaft des Islam errichten, ähnlich wie Khomeinis Iran.

„Einige Teile des rechtsgerichteten israelischen Establishments dachten, dass die Hamas und die anderen Gruppen, so-

fern sie die Kontrolle erlangen, mit dem Friedensprozess nichts zu tun haben wollen und alle getroffenen Vereinbarungen torpedieren würden“, sagte ein US-Regierungsbeamter. Israel wäre immernoch die einzige Demokratie in der Region, mit der sich die Vereinigten Staaten befassen könnten“, sagte er.

Der ehemalige Anti-Terror-Beamte des US-Außenministeriums Larry Johnson sagte gegenüber UPI: „Die Israelis sind ihre eigenen schlimmsten Feinde, wenn es um die Terrorismusbekämpfung geht. Sie sind wie ein Mann, der sein Haar in Brand steckt und dann versucht, es zu löschen, indem er mit einem Hammer darauf schlägt. Sie tun mehr, um den Terrorismus zu schüren und aufrechtzuerhalten, als ihn einzudämmen.“ [19]

### PLO-Führer Jassir Arafat (2001)

Im Dezember 2001, während der Zweiten Intifida [20], gab PLO-Führer Jassir Arafat zwei führenden italienischen Zeitungen Interviews und diskutierte über die Entstehung und Funktionsweise der Hamas.

In einem Interview mit *L'Espresso* erklärte Arafat [21]: „Die Hamas wurde mit der Unterstützung Israels gegründet.

Ziel war es, eine Organisation zu schaffen, die der PLO feindlich gesinnt ist. Sie erhielten Finanzierung und Ausbildung aus Israel. Sie profitierten weiterhin von Genehmigungen und Authorisierungen, während wir eingeschränkt wurden – wir durften noch nicht mal eine Tomatenfabrik bauen. Rabin selbst bezeichnete es als einen fatalen Fehler. Einige Kollaborateure Israels sind an diesen (Terror-)Anschlägen beteiligt“, sagte er. Wir haben Beweise und stellen sie der italienischen Regierung zur Verfügung.“

In einem Interview mit *Corriere della Sera* erklärte Arafat [22]: „Wir tun alles, um die Gewalt zu stoppen. Aber die Hamas ist eine Schöpfung Israels, die (der Hamas, Anm. d. Red.) zur Zeit von Premierminister Yitzhak Schamir (Ende der 1980er Jahre, als die Hamas aufstieg) Geld und mehr als 700 Einrichtungen (darunter Schulen, Universitäten und Moscheen) zur Verfügung stellte. Sogar der ehemalige israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin gab es schließlich zu, als ich es ihm im Beisein des ägypt-

### Quellen:

- [20] Wikipedia, diverse Autoren „Second Intifada“, zuletzt bearbeitet am 14.11.2023: <[https://en.wikipedia.org/wiki/Second\\_Intifada](https://en.wikipedia.org/wiki/Second_Intifada)>
- [21] Executive Intelligence Review (EIR), Dean Andromidas „Israeli Roots of Hamas Are Being Exposed“, am 18.1.2002: <[https://larouchepub.com/other/2002/2902isr\\_hamas.html](https://larouchepub.com/other/2002/2902isr_hamas.html)>
- [22] ebd.
- [23] ebd.
- [24] Internet Archive, Robert Dreyfuss „Devil's Game“, S. 191, in 2006: <[https://archive.org/details/devilsgame\\_201907/page/n199/mode/2up](https://archive.org/details/devilsgame_201907/page/n199/mode/2up)>
- [25] ebd.
- [26] Wikipedia, diverse Autoren „Battle of Gaza (2007)“, zuletzt bearbeitet am 19.11.2023: <[https://en.wikipedia.org/wiki/Battle\\_of\\_Gaza\\_\(2007\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Battle_of_Gaza_(2007))>
- [27] Wikileaks, Amos Yadlin „MILITARY INTELLIGENCE DIRECTOR YADLIN COMMENTS ON GAZA, SYRIA AND LEBANON“, am 13.6.2007: <[https://wikileaks.org/plusd/cables/07TELAVIV1733\\_a.html](https://wikileaks.org/plusd/cables/07TELAVIV1733_a.html)>
- [28] ebd.
- [29] Wikipedia, diverse Autoren „Gaza War (2008–2009)“, zuletzt bearbeitet am 19.11.2023: <[https://en.wikipedia.org/wiki/Gaza\\_War\\_\(2008–2009\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Gaza_War_(2008–2009))>
- [30] archive.today, The Wall Street Journal, Andrew Higgins „How Israel Helped to Spawn Hamas“, am 24.1.2009: <<http://archive.today/2023.10.28-143211https://www.wsj.com/articles/SB123275572295011847>>
- [31] ebd.
- [32] Cinquième Colonne Blog, scarboroughfair „Avi Primor, ex-ambassadeur israélien: «C'est nous qui avons créé le Hamas»“, am 11.9.2015: <<http://cinquiemecolonne.canalblog.com/archives/2015/09/11/32611016.html>>
- [33] YouTube, Déradicalisation des médias „Avi Primor, ex-ambassadeur israélien: «C'est nous qui avons créé le Hamas»“, am 28.6.2017: <<https://www.youtube.com/watch?v=517D09ek6IE>>



Ort der Ermordung Yitzhak Rabins, der die Oslo Friedensabkommen unterzeichnete. (Foto: Christian Engeln / Wikimedia Commons / public domain)

tischen Präsidenten Hosni Mubarak vorwarf.“ [23]

### Charles Freeman, amerikanischer Diplomat und Botschafter (2006)

In seinem 2006 erschienenen Buch „Devil's Game: How the United States Helped Unleash Fundamentalist Islam“ untersuchte der amerikanische Investigativjournalist Robert Dreyfuss „Israels Islamisten“ und zitierte den amerikanischen Diplomat und ehemaligen US-Botschafter in Saudi-Arabien, Charles Freeman [24]: „Israel hat die Hamas gegründet“, sagt Charles Freeman, der erfahrene US-Diplomat und ehemalige US-Botschafter in Saudi-Arabien. Sie war ein Projekt von Shin Bet [dem israelischen Inlandsgeheimdienst], der das Gefühl hatte, damit die PLO einhegen zu können.“ [25]

### Amos Yadlin, Chef des israelischen Militärgeheimdienstes (2007)

Im Juni 2007, während der Schlacht um Gaza [26] zwischen der Hamas und Fatah, zitierte der US-Botschafter in Israel den Chef des israelischen Verteidigungsgeheimdienstes, Amos Yadlin, aus einem später von Wikileaks veröffentlichten Memo [27]:

„Yadlin sagte, obwohl dies nicht unbedingt eine Konsensmeinung der GOI [israelischen Regierung] widerspiegelt, wäre Israel ‚glücklich‘, wenn die Hamas Gaza übernehmen würde, weil die IDF Gaza dann wie einen feindlichen Staat behandeln könnte.“ [28]

### Ehemalige israelische und Hamas-Beamte in Gaza (WSJ, 2009)

Im Januar 2009, während des ersten Gaza-Krieges [29], rezensierte das *Wall Street Journal* „How Israel Helped to Spawn Hamas“ und zitierte mehrere israelische Beamte, die in Gaza gearbeitet hatten [30]: „Zu meinem großen Bedauern ist die Hamas eine Schöpfung Isra-



Ahmad Scheich Yassin (links) ist der Gründer der Hamas und wurde bei einem israelischen Angriff am 22.03.2004 getötet. Hier sieht man ihn mit Ayatollah Chamenei 1998. (Foto: khamenei.ir / Wikimedia Commons / CC BY 4.0)

els“, sagt Avner Cohen, ein in Tunesien geborener Jude, der mehr als zwei Jahrzehnte in Gaza gearbeitet hat. Cohen war bis 1994 für religiöse Angelegenheiten in der Region verantwortlich. Er beobachtete, wie die islamistische Bewegung Gestalt annahm, säkulare palästinensische Rivalen an den Rand drängte und sich dann in die heutige Hamas verwandelte, eine militante Gruppe, die sich der Zerstörung Israels verschrieb.

Cohen zufolge hat Israel – anstatt zu versuchen, die Islamisten im Gazastreifen von Anfang an einzudämmen – sie jahrelang toleriert und in einigen Fällen als Gegengewicht zu den säkularen Nationalisten der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihrer dominanten Fraktion, der Fatah von Jassir Arafat, gefördert. Israel kooperierte mit einem verkrüppelten, halbblinden Geistlichen namens Scheich Ahmed Yassin, selbst als dieser den Grundstein für das legte, was später zur Hamas werden sollte.

„Wenn ich auf die Kette der Ereignisse zurückblicke, denke ich, dass wir einen Fehler gemacht haben“, sagt David Hacham, der Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in Gaza als Experte für arabische Angelegenheiten beim israelischen Militär arbeitete. „Aber an die möglichen Ergebnisse hat damals niemand gedacht.“

Ein Anführer von Birzeit's islamistischer Fraktion war damals **Mahmoud Musleh**, heute Pro-Hamas Mitglied eines 2006 gewählten palästinensischen Parlaments. Er erinnert sich, wie normalerweise aggressive israelische Sicherheitskräfte sich zurückhielten und einen Flächenbrand entstehen ließen. Er bestreitet jede Absprache zwischen seinem eigenen Lager und den Israelis, sagt aber: „Sie hofften, wir würden eine Alternative zur PLO werden.“ [31]

### Avi Primor, ehemaliger israelischer Botschafter bei der EU (2014)

In einem vom israelischen Fernsehsender i24News ausgestrahlten Interview vom August 2014 betonte der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland und der EU, **Avi Primor**, dass die Hamas von Israel gegründet worden sei [32]: „Es war die israelische Regierung – wir waren es, die die Hamas gegründet haben, um ein Gegengewicht zur damaligen Fatah [Yassir Arafats] zu schaffen. Und wir dachten, es wäre eine religiöse Organisation, die mit der Fatah streiten würde. Wir konnten nicht vorhersehen, was daraus werden würde, aber es ist unsere Schöpfung. Das sind die Fakten.“ [33, 34]



## Bezalel Smotrich, israelischer Finanzminister (2015)

In einem Interview mit Knesset TV im Oktober 2015 beschrieb Bezalel Smotrich, Vorsitzender der Religiösen Zionistischen Partei Israels und zukünftiger israelischer Finanzminister, die Hamas als „Gewinn“ für Israel [35]: „Die [Palästinensische Autonomiebehörde (PA)] ist eine Belastung, und die Hamas ist ein Gewinn. Auf dem gleichen internationalen Feld, in diesem Spiel der Delegitimierung – und denken Sie einen Moment darüber nach – ist die [PA] eine Belastung und die Hamas ein Gewinn.“

Es ist eine Terrororganisation. Niemand wird sie anerkennen. Niemand wird ihr [beim Internationalen Strafgerichtshof]

einen Status verleihen. Niemand wird zulassen, dass sie eine Resolution im UN-Sicherheitsrat vorlegt. Brauchen wir dann ein amerikanisches Veto? Oder bräuchten wir kein amerikanisches Veto?

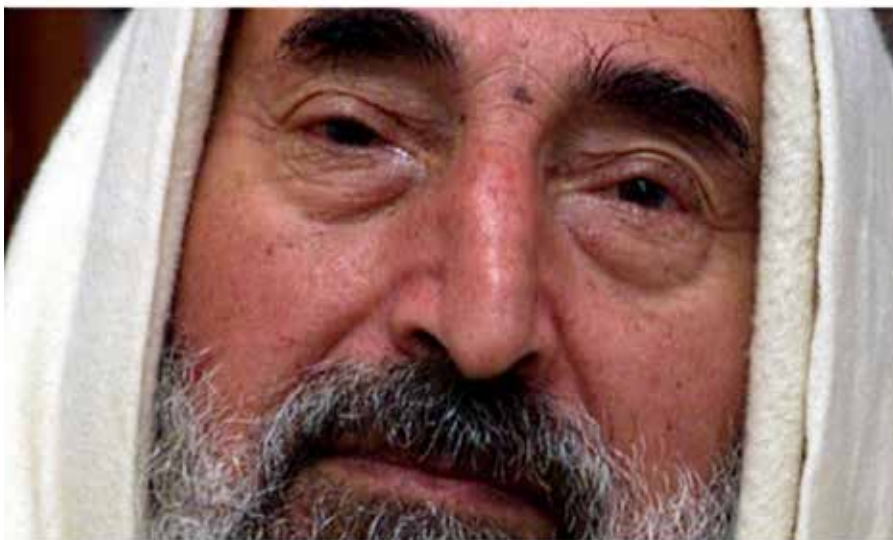
Angesichts dessen, dass das Hauptspiel beim zentralen Gerichtshof, wo wir jetzt spielen, die internationale Delegitimierung ist, schlägt uns [PA-Führer Mahmoud Abbas] in bedeutenden Bereichen. Und die Hamas wird meiner Meinung nach zu diesem Zeitpunkt eine Bereicherung sein. Ich glaube nicht, dass ich mir um [die Hamas] Sorgen machen muss.“ [36, 37]

## Generalmajor Gershon Hacoen (2019)

In einem Interview mit der israelischen Nachrichten-Website „Ynet“ im Mai 2019 gab der pensionierte israelische Generalmajor Gershon Hacoen, ein konservativer Verbündeter von Benjamin Netanjahu, die folgende Erklärung ab [38]:

„Die Wahrheit muss gesagt werden. Netanjahus Strategie besteht darin, die Zwei-Staaten-Option zu verhindern, und deshalb hat er die Hamas zu seinem engsten Partner gemacht. Offiziell ist die Hamas ein Feind, inoffiziell ist sie ein Verbündeter.“

Im August 2021 fügte der ehemalige israelische Politiker Haim Ramon unter Be-



Stichtag

## 22. März 2004 - Ahmad Scheich Yassin stirbt nach einem Angriff

1987 bricht ein Volksaufstand in den besetzten Gebieten Israels aus, die erste Intifada. Das Leben der Palästinenser im Israel der 1980er-Jahre ist trostlos: Sie sehen keinen Ausweg aus Armut und Arbeitslosigkeit. In Gaza gründet eine Gruppe von Muslimbrüdern die Hamas, die Islamische Widerstandsbewegung. Ihr Chefideologe ist Ahmad Scheich Yassin, der immer wieder zum gewalttätigen Widerstand gegen Israel aufruft - und auf Selbstmordattentäter setzt. "An die verbrecherischen Zionisten: Lasst ab von unserem Volk – unseren Städten – unseren Flüchtlingslagern – unseren Dörfern; unser Kampf mit Euch ist ein existenzieller Glaubenskampf!", schreibt er auf einem Flugblatt.

(Screenshot: <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag8207.html>)

## Quellen:

- [34] Cinquième Colonne Blog, scarboroughfair, „Avi Primor, ex-ambassadeur israélien: «c'est nous qui avons créé le Hamas»“, am 11.9.2015: <<http://cinquemecolonne.canalblog.com/archives/2015/09/11/32611016.html>>
- [35] Antiwar.com Magazin, Connor Freeman und Scott Horton „Netanyahu’s Support for Hamas Backfired“, am 7.10.2023: <[https://original.antiwar.com/Connor\\_Freeman/2023/10/26/netanyahus-support-for-hamas-backfired/](https://original.antiwar.com/Connor_Freeman/2023/10/26/netanyahus-support-for-hamas-backfired/)>
- [36] Twitter, Muhammad Shehada „Israel’s Finance Minister openly explains why “Hamas is an ASSET” to #Israel’s gov while “the Palestinian Authority is a burden“, am 20.5.2023: <<https://twitter.com/muhammadshhada/status/1659921474893774850>>
- [37] Antiwar.com Magazin, Connor Freeman und Scott Horton „Netanyahu’s Support for Hamas Backfired“, am 7.10.2023: <[https://original.antiwar.com/Connor\\_Freeman/2023/10/26/netanyahus-support-for-hamas-backfired/](https://original.antiwar.com/Connor_Freeman/2023/10/26/netanyahus-support-for-hamas-backfired/)>
- [38] archive.today, Haaretz, Dmitry Shumsky „Why Did Netanyahu Want to Strengthen Hamas?“, am 11.10.2023: <<https://archive.ph/20231021203347/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-11/ty-article.premium/netanyahu-needed-a-strong-hamas/0000018b-1e9f-d47b-a7fb-bfd8f30000>>
- [39] Walla’s Web Portal, Haim Ramon „הלשמה השדח סנמא הנשי הזעב תוינידמה רא“, am 23.8.2021: <<https://news.walla.co.il/item/3456034>>
- [40] archive.today, Haaretz, Dmitry Shumsky „Why Did Netanyahu Want to Strengthen Hamas?“, am 11.10.2023: <<https://archive.ph/20231021203347/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-11/ty-article.premium/netanyahu-needed-a-strong-hamas/0000018b-1e9f-d47b-a7fb-bfd8f30000>>
- [41] Walla’s Web Portal, Haim Ramon „הלשמה השדח סנמא הנשי הזעב תוינידמה רא“, am 23.8.2021: <<https://news.walla.co.il/item/3456034>>
- [42] archive.today, Haaretz, Gidi Weitz „Another Concept Implodes: Israel Can’t Be Managed by a Criminal Defendant“, am 9.10.2023: <<https://archive.ph/20231014033824/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-09/ty-article.premium/another-concept-implodes-israel-cant-be-managed-by-a-criminal-defendant/0000018b-1382-d2fc-a59f-d39b5dbf0000>>
- [43] The Jerusalem Post, LAHAV HARKOV „Netanyahu: Money to Hamas part of strategy to keep Palestinians divided“, am 12.3.2019: <<https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Netanyahu-Money-to-Hamas-part-of-strategy-to-keep-Palestinians-divided-583082>>

zunahme auf Hacohe's Aussage hinzu, dass die Bennet-Regierung „das Konzept der Trennung des Westjordanlandes und des Gazastreifens übernommen hat, um die Palästinensische Autonomiebehörde zu schwächen und die Hamas zu stärken“ [39], [40], [41]

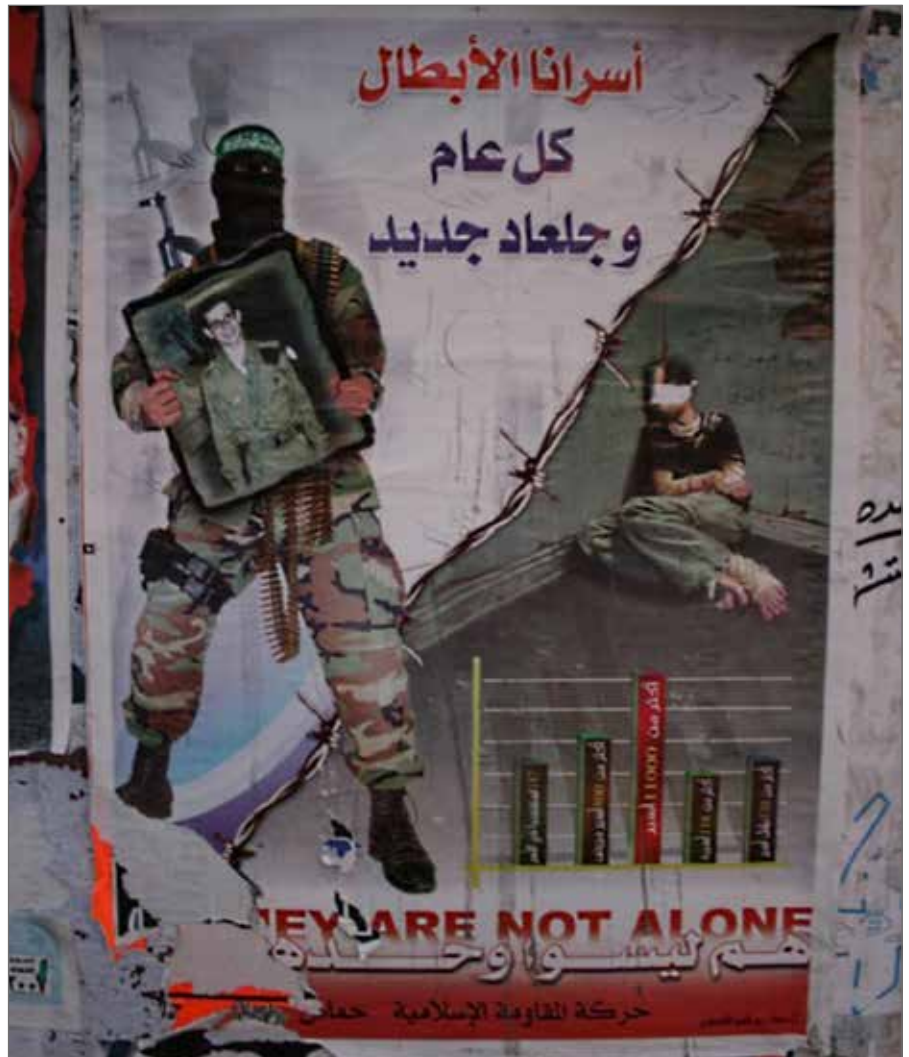
### Benjamin Netanjahu, israelischer Premierminister (2019/2020)

Im Oktober 2023 besprach die israelische Zeitung Haaretz ein Treffen der Likud-Partei im März 2019 [42, 43], bei dem der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seine Strategie, Katar zu erlauben, die Hamas in Gaza weiterhin zu finanzieren, um Gaza vom Westjordanland zu isolieren, erläuterte: „Wer die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern will, muss die Stärkung der Hamas und Geldtransfers an die Hamas unterstützen. Dies ist Teil unserer Strategie – die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren.“

Im Februar 2020 enthüllte der ehemalige israelische Verteidigungsminister Avigdor Liberman, wie Premierminister Netanjahu Katar heimlich gebeten hatte, die Hamas weiterhin zu finanzieren [44]: „Mossad-Chef Yossi Cohen und der für Gaza zuständige Führungsoffizier der israelischen Verteidigungskräfte, Herzi Halevi, besuchten Katar Anfang des Monats auf Anweisung von Premierminister Benjamin Netanjahu, um die Führer des Landes zu bitten, ihre regelmäßigen Zahlungen an die Hamas, die israelische Beytenu-Partei, fortzusetzen. Dies behauptete Chef Avigdor Liberman am Samstagabend.

„Sowohl Ägypten als auch Katar sind wütend auf die Hamas und planen, die Beziehungen zu ihr abzubrechen. Plötzlich tritt Netanjahu als Verteidiger der Hamas auf, als wäre sie eine Umweltorganisation. Das ist eine Politik der Unterwerfung unter den Terror“, sagte er und fügte hinzu, dass Israel der Hamas Schutzgelder zahle, um die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Mit Zustimmung Israels hat Katar der Hamas seit 2018 regelmäßig Millionen von Dollar in bar zur Verfügung gestellt,



Geisel israelischer Soldat Gilad Shalit auf Hamas-Plakat, liest: "Unsere gefangenen Helden, mögen wir jedes Jahr einen neuen Gilad haben jedes Jahr" und unten: "Sie (palästinensische Gefangene) sind nicht allein", 1.5.2007. (Poster: Tom Spender, Flickr, CC-BY-2.0)

um den Treibstoff für das Kraftwerk im Gazastreifen zu bezahlen, der Gruppe die Bezahlung ihrer Beamten zu ermöglichen und Zehntausenden verarmten Familien Hilfe zu leisten." [45], [46]

### Yossi Beilin, ehemaliger israelischer Außenminister (2023)

Im Oktober 2023, nach einem beispiellosen Hamas-Angriff auf Israel, sagte Yossi Beilin, der ehemalige israelische Außenminister und Architekt des Oslo-Abkommens von 1993, in einem Interview mit dem ZDF [47]:

„Es war Netanjahu, der die Hamas stärkte. Natürlich hat er sie nicht unter-

stützt. Aber zwischen der PLO und der Hamas hat er immer die Hamas favorisiert, weil sie keine Zwei-Staaten-Lösung wollen. Hamas will keine Teilung des Landes, sie will das ganze Land. Deshalb war es einfacher, mit ihnen umzugehen als mit der ‚Nationalen Bewegung‘, die eine Teilung des Landes und eine Zwei-Staaten-Lösung fordert.“ [48]

### Was ist mit anderen ausgewiesenen Terrorgruppen?

Die Hamas ist nicht die einzige ausgewiesene Terrorgruppe, die von Geheimdiensten heimlich gegründet oder unterstützt wurde. Tatsächlich wurden seit dem

Zweiten Weltkrieg die meisten prominenten „palästinensischen“, „islamistischen“ und „kommunistischen“ Terrorgruppen zu einem gewissen Grad von westlichen oder israelischen Geheimdiensten kontrolliert. Einer der berüchtigtsten „palästinensischen“ Terroristen der Ära des Kalten Krieges war Abu Nidal. Doch 1992 enthüllte der britisch-jüdische Investigativjournalist und Nahostexperte Patrick Abram Seale in seinem Buch „Abu Nidal: A Gun for Hire“, dass Abu Nidal tatsächlich ein Mossad-Agent war, der wiederholt die palästinensische Sache sabotierte, indem er sinnlose terroristische Taten beging, ohne jemals Israel ins Visier zu nehmen [49].

Ein weiterer „Top-Terrorist“ der Ära des Kalten Krieges war Carlos „The Jackal“ Ramirez. Doch 1981 enthüllte der amerikanisch-jüdische Investigativjournalist Seymour Hersh, dass Carlos Ramirez von amerikanischen und britischen Geheimdiensten geschützt wurde und in London Partys feierte [50]. Darüber hinaus erklärte 1999 ein hochrangiger französischer Geheimdienstmitarbeiter, der mit der Gefangennahme von Ramirez beauftragt war, dass Ramirez jahrelang vom israelischen Mossad beschützt worden sei, was seine Festnahme mehrmals verhindert habe [51].

---

1986 enthüllte ABC News Nightline, dass andere führende Terrorgruppen des Kalten Krieges, darunter die italienischen „Roten Brigaden“, der palästinensische „Schwarze September“ und sogar die irische IRA in Libyen heimlich von „ehemaligen“ CIA-Agenten und Spezialeinheiten der US-Armee ausgebildet und ausgerüstet wurden [52]. Italienische Investigativjournalisten fanden später heraus, dass die Führung der „Roten Brigaden“ geheime Kontakte zum italienischen Militärgeheimdienst SISMI und zu einer als „Sprachschule“ getarnten CIA-Organisation hatte [53].

---

Ebenfalls 1986 gaben die deutschen Behörden zu, dass ein der deutschen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ zugeschriebener Bombenanschlag tatsächlich vom deutschen Inlandsgeheimdienst und der taktischen Einheit der Polizei GSG 9

verübt worden war [54]. Die Operation wurde von Ministerpräsident Ernst Albrecht geleitet, dem Vater von Ursula von der Leyen, die 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission wurde. [55]

1992 enthüllte Ari Ben-Menashe, Whistleblower des israelischen Militärgeheimdienstes, wie der Mossad die „Palästinensische Befreiungsfront“ und andere derartige Gruppen heimlich genutzt hatte, um „Verbrechen im Namen der palästinensischen Revolution zu begehen“, da dies „die beste Art anti-palästinensischer Propaganda“ sei [56].

Ab den 1980er Jahren baute die CIA das berüchtigte „Al-Qaida“-Netzwerk islamistischer Kämpfer auf, darunter der saudische Geschäftsmann Osama bin Laden, um die Sowjets in Afghanistan zu bekämpfen (Operation Cyclone) [57]. In den 1990er Jahren wurde dieselbe Gruppe von Islamisten nach Bosnien und in den Kosovo in Jugoslawien entsandt, um die orthodoxen christlichen Serben zu bekämpfen, sowie nach Tschetschenien im Kaukasus, um die Russen zu bekämpfen. [58]

Im Jahr 2001 machte die US-Regierung „Al-Qaida“-Terroristen für den 11. September und die Anthrax-Briefe verantwortlich [59], aber die überwiegend saudischen Männer erwiesen sich als inkompetente Sündenböcke, die von US-amerikanischen und israelischen Geheimdiensten kontrolliert wurden [60], die gemeinsam den 11. September und die Anthrax-Briefe als simulierte Angriffe unter falscher Flagge [61] verübten, um einen falschen „globalen Krieg gegen den Terror“ und die katastrophalen Invasionen in Afghanistan und im Irak einzuleiten.

Viele andere Al-Qaida zugeschriebene „Terroranschläge“ erwiesen sich als simulierte Ereignisse, darunter die „Bombenanschläge von London“ [62] im Jahr 2005 und der berüchtigte „Boston-Marathon-Bombenanschlag“ [63] 2013. Im selben Jahr versuchten kanadische Geheimdienstoffiziere von RCMP und CSIS, die sich als Al-Qaida-Mitglieder ausgaben, einen inszenierten Terroranschlag auf die Feierlichkeiten zum „Canada Day“ zu verüben, doch der Plan wurde aufgedeckt und musste abgebrochen werden [64].

## Quellen:

- [44] The Times of Israel, Tol Staff „Liberman: Netanyahu sent Mossad head, general to Qatar, 'begged' it to pay Hamas“, am 22.2.2020: <<https://www.timesofisrael.com/mossad-chief-top-general-visited-qatar-begged-it-to-pay-hamas-liberman-says/>>
- [45] archive.today, Haaretz, Gidi Weitz „Another Concept Implodes: Israel Can't Be Managed by a Criminal Defendant“, am 9.10.2023: <<https://archive.ph/20231014033824/https://www.haaretz.com/israel-news/2023-10-09/ty-article/premium/another-concept-implodes-israel-cant-be-managed-by-a-criminal-defendant/0000018b-1382-d2fc-a59f-d39b5dbf0000>>
- [46] The Times of Israel, Tol Staff „Liberman: Netanyahu sent Mossad head, general to Qatar, 'begged' it to pay Hamas“, am 22.2.2020: <<https://www.timesofisrael.com/mossad-chief-top-general-visited-qatar-begged-it-to-pay-hamas-liberman-says/>>
- [47] ZDF Interview, Jossi Beilin „Es war Netanjahu, der Hamas gestärkt hat“, am 16.10.2023: <<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/israel-gaza-hamas-jossi-beilin-interview-100.html>>
- [48] ebd.
- [49] SOTT signs of the times Magazin, The 7th Fire „Abu Nidal - Mossad terrorist“, am 2.6.2007: <<https://www.sott.net/article/133491-Abu-Nidal-Mossad-terrorist>>
- [50] The New York Times Magazine, Seymour Hersh „THE QADDAFI CONNECTION“, am 14.6.1981: <<https://www.nytimes.com/1981/06/14/magazine/the-qaddafi-connection.html>>
- [51] Convert Action Magazine, Denis Voltaire „Ein hochrangiger französischer Geheimdienstmitarbeiter soll Carlos, den Schakal, fangen. Er sagt, dass der Schakal jahrelang vom israelischen Mossad beschützt wurde“, am 3.8.2023: <<https://covertactionmagazine.com/2023/08/03/top-french-intelligence-operative-sent-to-capture-carlos-the-jackal-says-that-the-jackal-was-protected-by-israeli-mossad-for-years/>>
- [52] Odysee, Swiss Policy Research „How the CIA trained international terrorist groups in Libya“, in 2021: <<https://odysee.com/@swprs:3/cia-libya-edwin-wilson-1986:7>>
- [53] Convert Action Magazine, Denis Voltaire „Ein hochrangiger französischer Geheimdienstmitarbeiter soll Carlos, den Schakal, fangen. Er sagt, dass der Schakal jahrelang vom israelischen Mossad beschützt wurde“, am 3.8.2023: <<https://covertactionmagazine.com/2023/08/03/top-french-intelligence-operative-sent-to-capture-carlos-the-jackal-says-that-the-jackal-was-protected-by-israeli-mossad-for-years/>>
- [54] Odysee, Swiss Policy Research „False Flags: Das Celler Loch war kein Einzelfall“ (NDR), in 1986: <<https://odysee.com/@swprs:3/Das-Celler-Loch-ist-kein-Einzelfall-NDR-1986:4>>
- [55] Blauer Bote Magazin, Jens Bernert „Als Ursula von der Leyens Papa einen Terroranschlag beging“, am 16.11.2014: <<http://blauerbote.com/2014/11/16/als-ursula-von-der-leyens-papa-einen-terroranschlag-beging/>>
- [56] Swiss Policy Research, Red. „Ari Ben-Menashe on Israeli Black Operations“, im Oktober 2023: <<https://swprs.org/ari-ben-menashe-on-israeli-black-operations/>>
- [57] Odysee, Swiss Policy Research „Zbigniew Brzezinski to Afghan Mujahideen: 'God is on your side'“, am 1.6.1979: <<https://odysee.com/@swprs:3/Brzezinski-Afghanistan-Mujahideen-1979:9>>
- [58] Swiss Policy Research, Red. „Propaganda in the War on Yugoslavia“, aktualisiert im Januar 2023: <<https://swprs.org/propaganda-in-the-war-on-yugoslavia/>>
- [59] Odysee, Swiss Policy Research, Corbett „9/11: The Official Conspiracy Theory in Just 5 Minutes“, in 2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/September-11%2C-2001:9>>
- [60] The Grey Zone Magazin, Kit Klarenberg „Bombshell filing: 9/11 hijackers were CIA recruits“, am 18.4.2023: <<https://thegrayzone.com/2023/04/18/9-11-hijackers-cia-recruits/>>



Kurz nach den Explosionen beim Anschlag auf den Boston-Marathon am 15. April 2013. (Foto: Aaron Tang, Wikimedia Commons, CC-BY-2.0)

Zehn Jahre nach dem 11. September wurden im Zuge des inszenierten „Arabischen Frühlings“ echte Al-Qaida-Kämpfer nach Libyen geschickt [65], um beim Sturz von Muammar Gaddafi zu helfen [65], und nach Syrien, um beim Sturz von Baschar al-Assad zu helfen [67] – den letzten beiden arabischen Führern, die noch nicht auf Linie der Vereinigten Staaten und der NATO lagen [68].

2013 erklärte der ehemalige Al-Qaida-Aktivist Scheich Nabil Naiim, dass Al-Qaida tatsächlich von Agenten der CIA geführt wurde [69]. Bereits 2007 musste das US-Pentagon zugeben, dass der vermeintliche Al-Qaida-Anführer im Irak, Abdullah al-Bagdadi, in Wirklichkeit ein nicht existentes Phantom war, dessen Stimme von einem Schauspieler gesprochen wurde [70].

In Syrien verübten Al-Qaida-Kämpfer mehrere chemische Angriffe unter falscher Flagge, um eine direkte NATO-Intervention auszulösen [71, 72]. Ein solcher Angriff wurde sogar von der BBC und einem britischen Militärauftragnehmer inszeniert [73]. Dennoch scheiterte der geplante Regime-Change daran, dass die Russen zuerst eingriffen.

Als Reaktion darauf gründeten und stationierten westliche Geheimdienste eine noch aggressivere Terrorgruppe, ISIS [74], die heimlich über das NATO-Mit-

glied Türkei versorgt wurde [75] und im Gegenzug heimlich gestohlenes syrisches und irakisches Öl über das türkische Ceyhan-Terminal auf die Weltmärkte exportierte [76].

Gleichzeitig griff ISIS syrische Regierungstruppen an und lieferte den notwendigen Vorwand für NATO-Luftangriffe in Syrien, indem er die Verantwortung für mehrere simulierte „Terroranschläge“ in amerikanischen und europäischen Städten übernahm, wie beispielsweise die schlecht simulierte „Brüssel-Bombenanschläge“ [77] im März 2016.

Als auch ISIS von den Syrern und Russen besiegt wurde, griffen die USA schließlich auf kurdische SDF-Kräfte zurück und schafften es, zumindest Ostsyrien und die meisten syrischen Ölfelder zu besetzen [78].

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der größte Teil der Geschichte des modernen Terrorismus nicht erst seit 2001, sondern tatsächlich seit dem Zweiten Weltkrieg eine von westlichen und israelischen Geheimdiensten fabrizierte Täuschung war.

## Quellen:

- [61] Odysee, Swiss Policy Research, Corbett „9/11: The Official Conspiracy Theory in Just 5 Minutes“, in 2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/September-11%2C-2001:9>>
- [62] Odysee, Swiss Policy Research „7/7 Ripple Effect 3 (2019 documentary) | London bombings 2005“, am 7.7.2005: <<https://odysee.com/@swprs:3/London-7-7-2005:d>>
- [63] Odysee, Swiss Policy Research „The Boston Unbombing (2016 HD Documentary) | Boston Marathon Bombing (2013)“, am 15.4.2013: <[https://odysee.com/@swprs:3/Boston-Marathon-bombing-\(2013\):c](https://odysee.com/@swprs:3/Boston-Marathon-bombing-(2013):c)>
- [64] Odysee, Swiss Policy Research „Making a Terrorist – Canada Day Bomb Plot (2013) – A CTV Investigation“, am 1.7.2013: <<https://odysee.com/@swprs:3/making-a-terrorist-ctv-2017:5?lid=efa71a623d348a7db17db5bdae7687778fb2e24>>
- [65] Odysee, Swiss Policy Research „Arab Spring: The Revolution Business (2011 documentary)“, am 9.7.2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/the-revolution-business-2011:a>>
- [66] Odysee, Swiss Policy Research „The Destruction of Libya in 2011 (Tales of the American Empire, 2020)“, am 17.2.2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/Libya-and-Gaddafi:f>>
- [67] Swiss Policy Research, Red. „The Syria Deception“, im März 2020: <<https://swprs.org/the-syria-deception/>>
- [68] Swiss Policy Research, Red. „The Logic of US Foreign Policy“, aktualisiert im Februar 2022: <<https://swprs.org/us-foreign-policy/>>
- [69] Odysee, Swiss Policy Research „Sheikh Nabil Naiim: Al-Qaeda is being led by the CIA (2013 interview)“, am 15.3.2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/Sheikh-Nabil-Naiim-Interview-2013:c>>
- [70] Swiss Policy Research, Red. „The Syria Deception“, im März 2020: <<https://swprs.org/the-syria-deception/>>
- [71] Odysee, Swiss Policy Research „Ghouta: Staging a Chemical Weapons Attack in Syria (GRTV/Corbett, 2013)“, am 21.8.2021: <[https://odysee.com/@swprs:3/Ghouta-False-Flag-Chemical-Attack-\(2013\):f](https://odysee.com/@swprs:3/Ghouta-False-Flag-Chemical-Attack-(2013):f)>
- [72] Odysee, Swiss Policy Research, „The Douma Hoax: Anatomy of a False Flag (Corbett, 2018) | Syria War“, am 7.4.2018: <[https://odysee.com/@swprs:3/Douma-Staged-Chemical-Attack-\(2018\):7](https://odysee.com/@swprs:3/Douma-Staged-Chemical-Attack-(2018):7)>
- [73] Odysee, Swiss Policy Research „BBC Panorama staging a 'chemical weapon attack' in Syria (2013)“, am 29.8.2013: <[https://odysee.com/@swprs:3/BBC-Panorama-Saving-Syria's-Children-\(2013\):a](https://odysee.com/@swprs:3/BBC-Panorama-Saving-Syria's-Children-(2013):a)>
- [74] Odysee, Swiss Policy Research „The Covert Origins of ISIS (SCG, 2014)“, am 15.3.2011: <<https://odysee.com/@swprs:3/The-Covert-Origins-of-ISIS-2014:4>>
- [75] Swiss Policy Research, Red. „The Syria Deception“, im März 2020: <<https://swprs.org/the-syria-deception/>>
- [76] ebd.
- [77] Odysee, Swiss Policy Research „Brussels Metro bombing (2016): Crisis actors revealed | Staged terrorism“, am 22.3.2016: <[https://odysee.com/@swprs:3/Brussels-bombings-\(2016\):a](https://odysee.com/@swprs:3/Brussels-bombings-(2016):a)>
- [78] Swiss Policy Research, Red. „The Syria Deception“, im März 2020: <<https://swprs.org/the-syria-deception/>>



(Screenshot: <https://www.youtube.com/watch?v=wiGp2mvFLY0>)

Top-UN-Beamter Craig Mokhiber tritt zurück und verurteilt Israels Angriff auf Gaza als

# „Lehrbuchbeispiel für Genozid“

Ein ehemaliger hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen in New York gibt uns ein ausführliches Interview über die Gründe für seinen Rücktritt, nachdem er die Vereinten Nationen öffentlich beschuldigt hat, sich nicht mit dem zu befassen, was er als „Lehrbuchbeispiel für Genozid“ bezeichnet, der sich in Gaza abspielt. Craig Mokhiber ist ein langjähriger internationaler Menschenrechtsanwalt, der als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte tätig war. Sein Rücktrittsschreiben ging viral.

## Autor: Craig Mokhiber

Internationaler Menschenrechtsanwalt, der zuletzt als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) tätig war.



In einem seiner ersten Interviews seit seinem Rücktritt erklärt Mokhiber gegenüber „Democracy Now!“, dass die Vereinten Nationen „anderen Regeln“ folgen, wenn es um Israels Verstöße gegen das Völkerrecht geht. Und dass sie sich weigern, ihre Durchsetzungsmechanismen zu nutzen, und somit „effektiv“ als „Deckmantel dienen, hinter dem wir eine weitere und sich verschlimmernde Enteignung der Palästinenser sehen“. Er sagt, es sei ein „offenes Geheimnis in den Hallen der Vereinten Nationen, dass die so genann-

te Zweistaatenlösung faktisch unmöglich ist“, und fordert die internationalen Akteure auf, sich für ein „neues Paradigma“ in der Region einzusetzen, das auf „Gleichheit für alle“ beruht. Wir sprechen auch über die Untätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs, die weltweite Unterdrückung pro-palästinensischer Interessenvertretung, böswillige Anschuldigungen des Antisemitismus und mehr.

AMY GOODMAN: Dies ist der Kriegs- und Friedensbericht von Democracy

Dieser Text wurde zuerst am 01.11.2023 auf [www.democracynow.org](https://www.democracynow.org) unter der URL [https://www.democracynow.org/2023/11/1/craig\\_mokhiber\\_un\\_resignation\\_israel\\_gaza#](https://www.democracynow.org/2023/11/1/craig_mokhiber_un_resignation_israel_gaza#) veröffentlicht. Lizenz: Democracy Now! CC BY-NC-ND 3.0 US DEED

*Now! auf [democracynow.org](https://democracynow.org). Ich bin Amy Goodman.*

*Ein hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen in New York ist zurückgetreten und hat die Vereinten Nationen beschuldigt, nicht gegen das vorzugehen, was er als ein „Lehrbuchbeispiel für Genozid“ bezeichnet, welches sich in Gaza abspielt. Craig Mokhiber ist ein langjähriger internationaler Menschenrechtsanwalt, der als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte tätig war. Er arbeitete seit 1992 bei den Vereinten Nationen und lebte in den 1990er Jahren in Gaza.*

*In einem Brief an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, schrieb Craig Mokhiber: „Im Gazastreifen werden Häuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen mutwillig angegriffen und Tausende von Zivilisten massakriert. Im Westjordanland, einschließlich des besetzten Jerusalems, werden Häuser beschlagnahmt und neu zugeteilt. Und gewalttätige Siedlerpogrome werden von israelischen Militäreinheiten begleitet. Überall im Land herrscht Apartheid.“*

*Craig Mokhiber schreibt weiter:*

*„Darüber hinaus sind die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und eines Großteils von Europa an dem schrecklichen Angriff beteiligt. Diese Regierungen weigern sich nicht nur, ihren vertraglichen*

*Verpflichtungen nachzukommen, um die Einhaltung der Genfer Konvention zu gewährleisten, sondern sie bewaffnen den Angriff aktiv, unterstützen ihn wirtschaftlich und nachrichtendienstlich und geben Israels Gräueltaten politische und diplomatische Rückendeckung“.*

*Am Dienstag wurde von Seiten der UN eine Erklärung zu Mokhibers Rücktritt veröffentlicht, in der es heißt: „Ich kann bestätigen, dass er heute in den Ruhestand geht. Er informierte die UN im März über seinen bevorstehenden Rücktritt, der morgen in Kraft tritt. Die Ansichten in seinem Brief, der heute veröffentlicht wurde, sind seine persönlichen Ansichten“, so die UN.*

*Craig Mokhiber stößt jetzt in New York zu uns – der erste Tag, an dem er nicht mehr für die Vereinten Nationen arbeitet.*

*Willkommen bei Democracy Now!*

*Craig Mokhiber: Danke, Amy. Schön, hier zu sein.*

*Amy Goodman: Erzählen Sie etwas darüber, warum Sie zurückgetreten sind.*

*Craig Mokhiber: Wie Sie aus dieser Erklärung entnehmen konnten, habe ich meine Bedenken ursprünglich im März schriftlich an den Hohen Kommissar herangetragen, und zwar im Zuge einer Welle von Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland, einschließlich des Pogroms in Huwara zu jener Zeit. Damals beklagte ich mich über die meiner Meinung nach ängstliche Reaktion vieler Mitglieder der Vereinten Nationen und über*

*den Versuch, die Menschenrechtskritik von UN-Beamten, mich eingeschlossen, zum Schweigen zu bringen. Ich gebe zu, dass ich sehr frustriert war und zu diesem Zeitpunkt meinen Rücktritt von der UNO ab diesem Monat erklärt habe. Seitdem hat sich die Situation natürlich sehr verschlimmert, weshalb ich mich – insbesondere wegen der Ereignisse in Gaza – gezwungen sah, diesen letzten Brief an den Hohen Kommissar zu schreiben, um meine sehr ernststen Bedenken darüber zu Protokoll zu geben. Wir haben es versäumt, auf die sich entfaltenden Ereignisse in den besetzten Gebieten einzugehen.*

*Amy Goodman: Was sollten die Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten, der Westen und Großbritannien Ihrer Meinung nach jetzt tun?*

*Craig Mokhiber: Nun, ich denke, alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, einschließlich der westlichen Staaten, sind verpflichtet, gemäß ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen – einschließlich des humanitären Völkerrechts – zu reagieren. Mein zentraler Punkt in dem jüngsten Schreiben war, dass wir das Völkerrecht faktisch hinter uns gelassen haben, als die internationale Gemeinschaft den Oslo-Prozess unterstützte, der die Vorstellungen von politischer Zweckmäßigkeit über die Anforderungen des Völkerrechts stellte. Und das war ein echter Verlust für die Menschenrechte in Palästina. Meiner Meinung nach sind alle Staaten verpflichtet, nicht nur das huma-*

## Humanitäres Völkerrecht

Das **humanitäre Völkerrecht** (engl. *International Humanitarian Law*, kurz IHL) umfasst die Regeln des **Kriegsvölkerrechts**, die im Fall eines **Krieges** oder eines anderen internationalen bewaffneten Konflikts den weitestmöglichen Schutz von Menschen, Gebäuden und Infrastruktur sowie der natürlichen **Umwelt** vor den Auswirkungen der Kampfhandlungen zum Ziel haben.

Das humanitäre Völkerrecht betrifft damit das als *ius in bello* ‚Recht im Kriege‘ bezeichnete Kriegsführungsrecht, wohingegen unter der Bezeichnung *ius ad bellum* ‚Recht zum Kriege‘ Regelungen hinsichtlich der Rechtswidrigkeit oder Rechtmäßigkeit internationaler bewaffneter Konflikte verstanden werden. Mit nichtinternationalen **bewaffneten Konflikten** befasst sich das humanitäre Völkerrecht in seiner gegenwärtigen Form nur sehr eingeschränkt. Darüber hinaus sind nur einige wenige Regelungen des humanitären Völkerrechts, wie beispielsweise die Bestimmungen zur Verwendung von **Schutzzeichen**, bereits in **Friedenszeiten** von Bedeutung.

Hinsichtlich seiner Entstehung und historischen Entwicklung, seiner Theorie und Systematik sowie seiner Verbreitung und Akzeptanz ist das humanitäre Völkerrecht ein sehr heterogener und komplexer Bereich des internationalen Rechts. Es umfasst neben einer Reihe von Bestimmungen, die in Form von **völkerrechtlichen Verträgen** festgelegt wurden, in weiten Teilen auch ungeschriebene Prinzipien, die als **Völkergewohnheitsrecht** allgemeine Gültigkeit erlangt haben. Das humanitäre Völkerrecht enthält unter anderem Regeln zu zulässigen Mitteln und Methoden der **Kriegführung**, zur Behandlung geschützter Personen wie beispielsweise verwundeten **Soldaten**, **Kriegsgefangenen** und **Zivilpersonen**, zum Schutz von **Kulturgütern** und anderen baulichen Einrichtungen sowie ansatzweise Bestimmungen hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung von **Kriegsverbrechen**. Die aus historischer und inhaltlicher Sicht wichtigsten Regelungen des humanitären Völkerrechts sind die **Genfer Konventionen** mit ihren Zusatzprotokollen sowie die **Haager Abkommen**.

(Screenshot: [https://de.wikipedia.org/wiki/Humanitäres\\_Völkerrecht](https://de.wikipedia.org/wiki/Humanitäres_Völkerrecht))

nitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte zu achten, sondern gemäß den Genfer Konventionen auch für deren Einhaltung zu sorgen. Und es ist klar, dass viele Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten selbst, nicht nur gegen ihre Verpflichtung verstoßen haben – unter Bruch ihrer Verpflichtung, gegenseitige Achtung zwischen den Staaten zu gewährleisten, auf die sie Einfluss haben, in diesem Fall Israel –, sondern sich aktiv an der Bewaffnung, der diplomatischen Deckung, der politischen und geheimdienstlichen Unterstützung und so weiter beteiligt haben.

Das ist ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Wir brauchen das Gegenteil davon. Alle Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen, müssen ihren Einfluss geltend machen, um ein Ende der Angriffe auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu erreichen, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, um die Opfer zu entschädigen und um die Verletzlichen zu schützen.

Es ist interessant, Amy. Wir haben bei den Vereinten Nationen eine Formel, die auf praktisch jede andere Konfliktsituation angewendet wird. Aber wenn es um die Situation in Israel und Palästina geht, gelten offenbar andere Regeln. Und das ist, glaube ich, eine der Hauptursachen für meine Frustration. Wo ist der Prozess der Übergangsgerechtigkeit? Wo ist die UN-Schutztruppe zum Schutz aller Zivilisten? Wo ist das Tribunal für die Rechenschaftspflicht? Wo sind die Maßnahmen des Sicherheitsrats, des einzigen Mechanismus der Vereinten Nationen, der den Schutz in den besetzten Gebieten durchsetzen kann? Offensichtlich wird jeder Versuch im Sicherheitsrat von den Vereinigten Staaten selbst mit einem Veto belegt, was ein weiterer Hinweis auf die Art von Komplizenschaft ist, von der ich spreche.

Und ich denke, die andere Sache, die in der internationalen Gemeinschaft geschehen muss, ist, dass wir die gescheiterten Paradigmen der Vergangenheit auf politischer Ebene aufgeben und zu den Wurzeln zurückkehren müssen, nämlich dem Völkerrecht – dem humanitären Völkerrecht. Was im Rahmen des so genannten Oslo-Prozesses, der Zweistaatenlösung und des UN-Quartetts geschehen ist,

hat sich als Nebelkerze erwiesen, hinter dem sich die Enteignung der Palästinenser, die massiven Gräueltaten, wie wir sie jetzt erleben, der Verlust von Häusern und Land und die weitere Siedlungstätigkeit verbergen. Wissen Sie, es ist ein offenes Geheimnis in den Hallen der Vereinten Nationen, dass die so genannte Zweistaatenlösung jetzt praktisch unmöglich ist – es gibt nichts mehr für einen nachhaltigen Staat für das palästinensische Volk – und die grundlegenden Menschenrechte des palästinensischen Volkes nicht berücksichtigt werden. Das neue Paradigma muss auf der Gleichheit aller Menschen dort basieren, auf gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden. Das muss der neue Ansatz sein.

Und ich denke, es ist auch interessant, dass wir in diesem Jahr den 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begehen, die 1948 angenommen wurde. Im selben Jahr ereignete sich in Palästina die Nakba, und in Südafrika wurde die Apartheid eingeführt. Wir haben gesehen, wie dank der konsequenten Anwendung des Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft die Apartheid in Südafrika beendet wurde. In Palästina haben wir nicht den gleichen Ansatz verfolgt. Wir haben uns diesen politischen Prozessen gebeugt. Das Ergebnis ist, dass die Unterdrückung des palästinensischen Volkes nicht nur nicht beendet wurde, sondern dass sich die Lage weiter verschlechtert hat.

Amy Goodman: Sie sind ein langjähriger Menschenrechtsanwalt. Ich möchte, dass Sie auf folgendes eingehen – ich habe dies bereits Yousef Hammash in Gaza, in Khan Younis, vorgespielt, damit er darauf reagieren kann – aber ich möchte, dass auch Sie darauf antworten. Nach dem gestrigen Angriff Israels auf Jabaliya erschien der Sprecher der IDF (Israels Streitkräfte, Israel Defense Forces, Anm. d. Redaktion), Oberstleutnant Richard Hecht, auf CNN und wurde von Wolf Blitzer interviewt. Er sagt also, dass sie alles tun, was sie können, um dies zu minimieren. Er spricht über Ibrahim Biari, den er identifiziert hat – Israel hat ihn als Hamas-Kommandeur des zentralen Bataillons Jabaliya identifiziert – und sagt, er sei

CNN Interview:

„**Wolf Blitzer:** Aber Sie wissen, dass sich in diesem Flüchtlingslager viele Flüchtlinge, viele unschuldige Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder befinden, nicht wahr?

**Lt. Col. Richard Hecht:** Das ist die Tragödie des Krieges, Wolf. Ich meine, wir haben – wie Sie wissen – seit Tagen gesagt, geht nach Süden. Zivilisten, die nichts mit der Hamas zu tun haben, sollen bitte nach Süden gehen. Wir ...

**Wolf Blitzer:** Ja, ich versuche nur, ein wenig mehr Informationen zu bekommen. Sie wussten, dass es dort Zivilisten gab. Sie wussten, dass dort Flüchtlinge waren, alle möglichen Flüchtlinge. Trotzdem haben Sie beschlossen, eine Bombe auf dieses Flüchtlingslager zu werfen, um diesen Hamas-Kommandeur zu töten. Wurde er übrigens getötet?

**Lt. Col. Richard Hecht:** Ich kann es nicht bestätigen, ja. Es wird weitere Updates geben. Er, ja, wir wissen, dass er getötet wurde. Was die Zivilisten dort angeht, tun wir alles, was wir können, um die Schäden zu minimieren.“

bei diesen jüngsten Angriffen getötet worden. Können Sie auf jeden Aspekt seiner Aussage eingehen? Sie haben versucht, ein hochrangiges Ziel zu treffen, wie sie es ausdrücken, und sie versuchen nicht, Zivilisten zu töten.

Craig Mokhiber: Nun, ich denke, das Wichtige an diesem Interview ist, dass es ein weiterer von vielen Hinweisen auf die Absicht der israelischen Behörden ist, die vor Gericht sehr wichtig sein werden. Er hat sehr offen gesagt, dass sie von der Konzentration von Zivilisten dort wussten und dennoch unter Verletzung des Grundsatzes der Unterscheidung im humanitären Völkerrecht und unter dem Vorwand, einen Kämpfer zu töten, den größten Teil eines ganzen Flüchtlingslagers – eines dicht bevölkerten Flüchtlingslagers – ausgelöscht haben. Und ich denke, was in diesem Krieg interessant ist, ist die sehr offene Erklärung der Absichten. Ich habe in

meinem Brief auf den Völkermord hingewiesen, der jetzt stattfindet. Und wissen Sie, „Völkermord“ ist ein sehr politisierter Begriff, der oft missbraucht wird. Aber in diesem Fall ist der schwierigste Teil des Nachweises von Völkermord für uns mit diesen sehr offenen Erklärungen der völkermörderischen Absichten von israelischen Beamten bewiesen – einschließlich des Premierministers und des Präsidenten und hochrangiger Kabinettsminister und Militärs, die in ihren öffentlichen Erklärungen sehr deutlich ihre Absicht angedeutet haben, nicht zwischen Zivilisten und Kämpfern zu unterscheiden und die Art von Massentötung, die wir in Gaza erleben, durchzuführen. Es ist keine völkerrechtliche Rechtfertigung für den unverhältnismäßigen Einsatz von Feuerwaffen gegen ein ziviles Ziel, wenn man sagt, dass dort ein Kämpfer war. Und genau das haben wir in ganz Gaza gesehen, vom Norden bis zum Süden.

Die andere Sache ist die Behauptung: „Nun, wir haben ihnen gesagt, sie sollen nach Süden ziehen, und deshalb können wir alle töten, die nicht gegangen sind.“ Das ist eine extrem gefährliche und ungesetzliche Taktik, die hier angewandt wird. Erstens, weil wir wissen, dass Evakuierungen in Gaza zu besten Zeiten – in diesem dicht besiedelten, kleinen Gebiet mit 2,3 Millionen Zivilisten auf engstem Raum und mit sehr begrenzter Infrastruktur –, eine große Herausforderung darstellen. Aber der größte Teil des Gazastreifens ist in Schutt und Asche gelegt worden. Es ist für die Zivilbevölkerung physisch einfach nicht möglich, sich in Massen so zu bewegen, wie Israel es von ihnen verlangt hat. Und wir wissen, dass sie selbst im Süden des Gazastreifens immer noch bombardiert werden, wenn sie dies tun. All dies ist meines Erachtens ein Beweis für Vorsatz und ein Anscheinsbeweis für Verstöße gegen das Kriegsrecht.

*Amy Goodman: Israel hat den Rücktritt von UN-Generalsekretär António Guterres gefordert, nachdem dieser gesagt hatte, dass der Angriff der Hamas am 7. Oktober nicht in einem Vakuum stattgefunden hat. Der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan sagte dazu dies:*



Der am 8. Oktober 2023 bei israelischen Luftangriffen zerstörte Aklouk-Turm in Gaza-Stadt. (Foto: Wafa (Q2915969) in contract with a local company (APAIMAGES) / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0)

„Herr Generalsekretär, die UNO wurde gegründet, um Gräueltaten zu verhindern, um solche Gräueltaten wie die barbarischen Gräueltaten der Hamas zu verhindern. Aber die UN versagt. Die UN versagt, und Sie, Herr Generalsekretär, haben jegliche Moral und Unparteilichkeit verloren, denn wenn Sie diese schrecklichen Worte sagen, dass diese abscheulichen Anschläge nicht in einem Vakuum geschehen sind, dann tolerieren Sie den Terrorismus. Und indem Sie Terrorismus tolerieren, rechtfertigen Sie Terrorismus.“

*Amy Goodman: Das ist der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen. Craig Mokhiber, Ihre Antwort?*

Craig Mokhiber: Sie können sich natürlich vorstellen, warum der Botschafter die Uhr erst ab Oktober starten will und die jahrzehntelange Verfolgung des palästinensischen Volkes im Gazastreifen, im Westjordanland, in Jerusalem und in Israel selbst ignorieren möchte. Aber das ist nicht die Art von Einschätzung, die zu Frieden oder zu einer Verbesserung der Situation vor Ort führt. Der Generalsekretär hat seine Arbeit getan. Er verurteilte den Verlust von Men-

schenleben durch den Hamas-Angriff und kritisierte nicht nur das Vorgehen Israels im Gazastreifen, sondern auch alle Ereignisse, die zu dieser Situation geführt haben.

Und genau das meine ich mit der Notwendigkeit, mit dem gescheiterten Paradigma der Vergangenheit zu brechen. Wir müssen uns wirklich darauf besinnen, dass die Menschen nach dem Völkerrecht einen Anspruch auf Menschenrechte haben und dass es die Pflicht der internationalen Gemeinschaft ist, den Schutz aller im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, aber auch die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und die Opfer zu entschädigen.

Ich bin also nicht überrascht von dieser Aussage. Wir haben eine Menge extremer Äußerungen gehört, insbesondere von diesem Botschafter auch eine Menge Theater. Ich denke, wir sollten nicht zulassen, dass uns das von dem ablenkt, was vor Ort passiert, nämlich der massive Verlust tausender unschuldiger Zivilisten, darunter tausende Kinder im Gazastreifen, und der Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands und eines neuen Ansatzes, der verhindert, dass so etwas wieder und wieder und wieder passiert.





IDF (Israel Defense Force) Soldaten bereiten sich auf die Bodenoffensive vor. (Foto: Israeli Defence Forces Spokesperson's Unit / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0)

*Amy Goodman: Ich frage mich, welche Rolle Karim Khan spielt, der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs. Ich glaube, er war erst vor ein paar Tagen in Rafah. Wir sehen die Reaktion der Welt bzw. des Westens, als Russland in die Ukraine einmarschierte und diese besetzte. Karim Khan hat sehr kurz danach eine Untersuchung über Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet, die Putin in der Ukraine begangen hat. Können Sie etwas zu den Unterschieden in der Herangehensweise an Russland und die Ukraine und an Israel und die besetzten Gebiete sagen, offiziell nach Völkerrecht, die OPT, die Occupied Palestinian Territories (die besetzten palästinensischen Gebiete, Anm. d. Redaktion)?*

Craig Mokhiber: Nun, es gibt eine verblüffende Diskrepanz zwischen der Schnelligkeit, mit der der Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft in der Lage waren, in Bezug auf die Ukraine zu handeln, und den Jahren, in denen er in Bezug auf Palästina die Füße stillhielt. Dies ist nur einer von vielen Kritikpunkten an dem Gerichtshof – einschließlich der Tatsache, dass er keine eindrucksvolle Geschichte hat, wenn es darum geht, Länder des Nordens – Israel, die Vereinigten Staaten und andere – für ihre Verbrechen nach dem Völkerstrafrecht zur

Rechenschaft zu ziehen, während er bei Fällen im globalen Süden sehr bemüht ist, voranzukommen.

Das soll keine Verurteilung des Gerichts sein. Das Gericht ist eine junge Institution. Es muss gestärkt werden. Es muss sich gegen die Art von politischem Druck absichern, die zu seiner Untätigkeit im Fall Palästinas geführt hat. Aber unsere Hoffnung ist letztlich die friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch die Anwendung des Völkerrechts. Und wenn das geschehen soll, brauchen wir einen robusten und fairen Internationalen Strafgerichtshof, der keine Ausnahmeregelung für mächtige Länder des Nordens, wie z. B. Israel, vorsieht, sondern der alle Täter internationaler Verbrechen zur Rechenschaft zieht. Der Gerichtshof hat noch einen weiten Weg vor sich, bis er den Ruf genießen wird, der weltweit das Vertrauen schafft, dass er seinem Auftrag gemäß dem Römischen Statut gerecht wird.

*Amy Goodman: Am Montag verglich Karine Jean-Pierre, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, pro-palästinensische Demonstranten mit den weißen Rassistin, die 2017 an der tödlichen „Unite the Right“-Kundgebung in Charlottesville, Virginia, teilnahmen. Diese Bemerkung machte sie als Antwort auf eine Frage von Peter Doocy von Fox News.*

*Fox News:*

**„Peter Doocy: Hält Präsident Biden die Anti-Israel-Demonstranten in diesem Land für Extremisten?“**

**Pressesprecherin Karine Jean-Pierre:** Was ich sagen kann, ist, dass wir uns in dieser Sache sehr klar ausgedrückt haben: Es gibt keinen Platz für Antisemitismus. Wir müssen sicherstellen, dass wir uns laut und deutlich dagegen aussprechen und das sehr deutlich machen. Erinnern Sie sich, was der Präsident beschlossen hat – als der Präsident beschlossen hat, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, war das, was er 2017 in Charlottesville gesehen hat, als wir – er sah, wie Neonazis mit abscheulichem, antisemitischem Hass durch die Straßen von Charlottesville marschierten. Und er war damals sehr deutlich, und er ist auch jetzt sehr deutlich. Er hat in den letzten zwei Jahren Maßnahmen dagegen ergriffen. Und er ist weiterhin klar: Es gibt keinen Platz – keinen Platz – für diese Art von Abscheu und Verachtung, diese Art von Rhetorik.“

*Amy Goodman: Das ist also die Sprecherin von Präsident Biden, Karine Jean-Pierre. Craig Mokhiber, Ihre Antwort?*

Craig Mokhiber: Nun, ich denke, einer der beunruhigendsten Aspekte der gegenwärtigen Situation im Norden, in Ländern wie den USA und in Europa, ist dieses ziemlich beispiellose Vorgehen gegen Verteidiger der Menschenrechte, die sich in dieser Situation für die Menschenrechte in Gaza einsetzen. Dies geschah durch offizielle Erklärungen, in denen versucht wurde, Menschen, die die Menschenrechte verteidigen, auf diese Weise zu kritisieren und sie beispielsweise mit rechtsextremen neofaschistischen Demonstranten zu vergleichen. Ich meine, das ist ein ungeheurer Vergleich, den man da anstellt. Und das ist noch nicht alles. Wir haben auch sehr starke Bemühungen von Seiten staatlicher Institutionen, einschließlich lokaler Regierungen und Landesregierungen und der Bundesregierung, sowie von Universitäten und Arbeitgebern und anderen erlebt, um Menschen

zu bestrafen, die es wagen, ihre Stimme zu erheben, Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren oder die Rolle der USA bei diesen Verletzungen zu kritisieren.

Aber ich denke, was am meisten Hoffnung macht, Amy, und wo es einen Hoffnungsschimmer gibt, der mich, wie ich sagen muss, sehr bewegt hat, ist, dass die Menschen sich durch diese Taktiken nicht einschüchtern lassen. Wir haben massive Demonstrationen in allen Teilen des Landes und in Europa erlebt, bei denen Menschen oft Verhaftungen, Schläge durch die Polizei und andere Konsequenzen riskiert haben, weil sie nicht zulassen wollen, dass diese Sache weitergeht und die Forderung nach Menschenrechten zum Schweigen gebracht wird. Und ich denke, am ermutigendsten ist die Tatsache, dass wir vor ein paar Tagen nur ein paar Blocks von hier entfernt eine große Gruppe jüdischer Demonstranten gesehen haben, organisiert von „Jewish Voices for Peace“, „IfNotNow“, die aufstanden und sagten: „Nicht in unserem Namen“, und die Grand Central Station einnahmen und mit einer einzigen Aktion die israelische Propaganda, dass sie irgendwie zur Verteidigung der Juden handeln, zunichte machten. Das jüdische Volk wird nicht von Israel vertreten. Das haben die Demonstranten deutlich gemacht.

Israel vertritt die alte antisemitische Behauptung, dass es das jüdische Volk auf der ganzen Welt vertrete. Das entspricht nicht nur nicht den Tatsachen, sondern ist auch sehr gefährlich. Und jeder muss wissen, dass Israel ein Staat ist, der für seine eigenen Verbrechen verantwortlich ist, und dass sich diese Verantwortung nicht auf unsere jüdischen Brüder und Schwestern erstreckt, von denen viele zusammen mit Muslimen, Christen und anderen bei Demonstrationen in diesem Land und in ganz Europa aufstehen und sagen, dass dies ein Ende haben muss.

*Amy Goodman: Ich will Ihre Meinung auf einen Kommentar von Anne Bayefsky im Guardian erfahren, die das Institut für Menschenrechte und Holocaust am Touro College in New York leitet. Sie warf Ihnen unverhohlenen Antisemitismus vor und sagte, Sie hätten den Briefkopf der Vereinten Nationen benutzt, um dazu aufzurufen, Israel von der Landkarte*

*zu tilgen. Craig Mokhiber, könnten Sie darauf antworten?*

Craig Mokhiber: Nun, Anne Bayefsky ist eine bekannte Persönlichkeit unter den Menschenrechtsverteidigern. Sie hat eine Karriere damit gemacht, jeden anzugreifen, der es wagt, insbesondere die israelischen Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren. Ich habe auf die Idee, Israel von der Landkarte zu tilgen, mit den Worten reagiert, dass ich nicht das Ende Israels, sondern das Ende der Apartheid anstrebe. Und es ist sehr aufschlussreich, was Anne Bayefsky in ihrem Angriff auf mich getwittert hat. Sie beschuldigte mich des Antisemitismus, und das Zitat, das sie aus meinem Brief

nahm, um das zu beweisen, war meine Forderung nach gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden. Ich musste auf ihren Tweet antworten, indem ich sagte, dass sie sich selbst parodiert hat, denn wenn die Forderung nach gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden eine neue Form des Antisemitismus ist, dann gibt es keinen Grund für weitere Gespräche mehr.

Aber ich glaube nicht, dass die Leute noch auf diese Verleumdungen hereinfallen. Das geschieht fast automatisch. Aber es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Kritik an israelischen Menschenrechtsverletzungen nicht antisemitisch ist, so wie Kritik



**HAPPENING NOW: Hunger Strike for Permanent Ceasefire.**

**More than 14,850 people have been killed in Gaza by Israeli airstrikes since October 7. Among the dead are more than 6,150 children, with over 1,800 children still missing under the rubble.**

[#HungerStrikeForCeasefire](#)

Post übersetzen



7:01 nachm. · 27. Nov. 2023 · 73.431 Mal angezeigt

(Screenshot: <https://twitter.com/jvplive/status/1729198689292615714>)

an saudischen Menschenrechtsverletzungen nicht islamfeindlich, Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Myanmar nicht antibuddhistisch und Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Indien nicht anti-hinduistisch ist. Wenn nur einer dieser Punkte zutrifft, dann gibt es keinen internationalen Menschenrechtsrahmen. Und wenn nur der Fall Israel zutrifft, dann ist das eine rassistische Behauptung, die besagt, dass nur die Palästinenser ihre Menschenrechte auf diesem Globus nicht verteidigen dürfen. Ich glaube also, dass niemand mehr auf diese Art von Verleumdungen hört. Und glücklicherweise werden die Menschen immer lauter und nicht leiser, wenn es darum geht, die Menschenrechte in den besetzten Gebieten einzufordern.

*Amy Goodman: Und was machen Sie jetzt, Craig Mokhiber? Sie sind seit Jahrzehnten bei den Vereinten Nationen tätig. Erzählen Sie von Ihren Plänen. Heute ist Ihr erster Tag, an dem Sie nicht mehr bei den Vereinten Nationen arbeiten.*

Craig Mokhiber: Nun, ich habe die Absicht, mich weiterhin für die internationalen Menschenrechte zu engagieren, wie ich es schon seit 1980 getan habe. Daran gibt es keinen Zweifel. Ich werde dies unter meinem eigenen Namen tun, unabhängig vom diplomatischen Protokoll und den Zwängen der UNO. Ich werde meine Kollegen weiterhin unterstützen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass ich die gesamte UNO kritisiere. Wissen Sie, die humanitären Helfer der UNO, die Menschenrechtsaktivisten der UNO, die UNRWA-Kollegen (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, Anm. d. Redaktion) in Gaza, von denen allein in den letzten Wochen Dutzende unter israelischen Bomben ihr Leben verloren haben, leisten überall auf der Welt absolut heldenhafte Arbeit. Ich möchte jedoch versuchen, die politische Seite des Hauses dazu zu bewegen, einen realistischeren und prinzipientreueren Ansatz für diesen speziellen Konflikt zu wählen, der sich auf die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht stützt, und der auf erreichbaren Zielen beruht. Wenn auch nicht

unmittelbar, so doch auf einem Paradigma, das auf Gleichheit, einem Ende der Apartheid und, wie ich sagte, auf gleichen Rechten für Christen, Muslime und Juden beruht.

*Amy Goodman: Ich wollte Ihre abschließende Antwort auf die Demonstranten erhalten, die gestern in Washington, D.C., im Senat wiederholt Außenminister Antony Blinken störten, während er vor dem Senat über Präsident Bidens Antrag auf 106 Milliarden Dollar für die Ukraine, Israel und die Militarisierung der Grenze zwischen den USA und Mexiko aussagte. Eine Gruppe von Demonstranten mit Mitgliedern von „Muslims for Just Futures“ und „Detention Watch Network“, die hinter Blinken saßen, hielten ihre mit Kunstblut bedeckten Hände hoch. Er wurde auch von Mitgliedern von „CodePink“ unterbrochen, darunter die ehemalige Beamtin des Außenministeriums Ann Wright, die wegen des Irak-Krieges zurückgetreten war. Dies ist, was sie sagte:*

„Dreitausendfünfhundert tote Kinder. Ich bitte Sie. Ich bin Oberst in der Armee. Ich bin ehemalige Diplomatin. Ich bin während des Irak-Krieges, von dem Sie sprachen, zurückgetreten. Das war eine schreckliche Sache. Und was Sie jetzt gerade tun, indem Sie Israels Völkermord in Gaza unterstützen, ist ebenfalls schrecklich. Stoppt den Krieg! Waffenstillstand jetzt!“

*Amy Goodman: Als sie von den Sicherheitskräften abgeführt wurde, hielt sie ein Schild in der Hand: „Waffenstillstand in Gaza“. Craig Mokhiber, Ihr letzter Kommentar?*

Craig Mokhiber: Darin liegt für mich die größte Hoffnung, Amy. Nach all den Jahren in der internationalen Menschenrechtsbewegung habe ich das Vertrauen in die offiziellen Institutionen der Regierung verloren. Ich verliere die Hoffnung auf internationale – wichtige Teile der internationalen Institutionen. In der Zivilgesellschaft gibt es noch Hoffnung. Sie liegt in den einfachen Menschen, hier in den Vereinigten Staaten und anderswo, die bereit sind, aufzustehen und die Achtung des menschlichen Lebens und der

Menschenrechte zu fordern. Und diese Art von Protesten in den Hallen des Kongresses, vor dem Außenministerium, vor dem Weißen Haus, in der Grand Central Station, auf den Straßen, überall, insbesondere in diesem Klima, das versucht, –

*Amy Goodman: Noch drei Sekunden.*

Craig Mokhiber: – Kritik an der aktuellen Politik zu unterdrücken, sie wird nur von der Zivilgesellschaft kommen –

*Amy Goodman: Craig Mokhiber –*

Craig Mokhiber: – dass sie sich lösen werden.

*Amy Goodman: – wir danken Ihnen sehr, internationaler Menschenrechtsanwalt.*

Weltkriegsdenkmal "Davidster" (Davidstern) von Dick Stins. Es wurde am 12. Oktober 1967 in der Marktstraat aufgestellt. Der Text an der Seite ist in Niederländisch und Hebräisch: „Denkt daran, was Amalek euch angetan hat... vergesst nicht“ (DEUT : 25.17.19). In der Marktstraat befand sich früher das jüdische Viertel und die Synagoge. Nach einer Renovierung der Straße wurde sie 2007 wiederhergestellt. (Foto: Brbbl, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)



## Um die US-Evangelikale zu beeindrucken, missbraucht Netanjahu die Bibel

In seiner Pressekonferenz am 27. Oktober zitierte der israelische Premierminister Netanjahu einen biblischen Bezug auf „Amalek“ im Zusammenhang mit der „Zerstörung der Hamas“ und „der Ausrottung dieses Übels aus der Welt“ [1].

**Autor: Rev. Dr. Don Wagner**

Pfarrer Dr. Don Wagner ist ein pensioniertes Mitglied des presbyterianischen Klerus, Professor und ein Menschenrechtsaktivist. Er ist der Autor der Memoiren *Glory to God in the Lowest: Journeys to an Unholy Land* (Interlink, 2022).



Diese pseudo-religiöse Auslegung mag alle außer seiner ultrarechten religiösen Anhänger, sowohl jüdische als auch christliche Zionisten, verwirrt haben. Netanjahu fuhr fort: „Wir erinnern uns, und wir kämpfen ... unsere Soldaten sind Teil eines Erbes jüdischer Krieger, das 3.000 Jahre zurückreicht.“

Was vielen als befremdlich erschien, war eine sehr bewusste religiöse Rechtfertigung für Israels ethnische Säuberung der palästinensischen Männer, Frauen und Kinder im Gazastreifen.

Das Motto „Vernichte Amalek“ beschwört die göttliche Unterstützung in

diesem modernen Kreuzzug zur Ausrottung der Amalekiter – welche heute als das gesamte Palästinenser-Volk interpretiert werden. Netanjahus Basis politischer Unterstützung unter militanten Siedlern schöpft Inspiration aus diesen gewalttätigen biblischen Texten.

Eine weitere Basis für Netanjahus Unterstützung ist die internationale Bewegung der christlichen Zionisten, die im Globalen Süden, in Südostasien und Nordamerika zunimmt. Netanjahu kann darauf zählen, dass diese Freunde politische, wirtschaftliche und mediale Unterstützung bieten, trotz eines dramati-

Dieser Text wurde zuerst am 07.11.2023 auf [www.electronicintifada.net](https://www.electronicintifada.net) unter der URL <<https://www.electronicintifada.net/content/netanyahu-abuses-bible-impressus-evangelicals/40061>> veröffentlicht. Lizenz: © Donald Wagner, The Electronic Intifada

schen Rückgangs seiner Beliebtheit im In- und Ausland.

Kurz nach den Angriffen vom 7. Oktober wurde ein Unterstützungsbrief für Israels Krieg gegen den Gazastreifen von 60 konservativen evangelikalen Führern in den Vereinigten Staaten veröffentlicht [2], darunter zwei ehemalige Präsidenten der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit – Russell Moore, heute Chefredakteur von *Christianity Today*, und Richard Land.

Mehrere Pastoren der Southern Baptist Convention, der größten evangelikalen, christlichen Konfession in den Vereinigten Staaten, unterzeichneten den Brief. Viele der Unterstützer, aber nicht alle, befürworten die Kriegsmentalität des „Vernichte Amalek“ [3], während andere sich auf die Theorie des gerechten Krieges stützen.

Der Brief wurde ans Weiße Haus und zu jedem Kongressbüro auf dem Capitol Hill geschickt und unterstützte die israelische Aggression gegen den Gazastreifen.

## Ewige Feindschaft

Was ist die Quelle der ewigen Feindschaft zwischen den Amalekiten und dem jüdischen Volk?

Die erste biblische Erwähnung der Feindschaft zwischen den hebräischen Stämmen und den Amalekiten, die möglicherweise mehr mythologisch als historisch ist, findet sich im Buch Exodus (17:8-16). Der Abschnitt bezieht sich auf einen Zusammenstoß zwischen dem Amalekiter-Stamm und den hebräischen Stämmen, die die Sinai-Halbinsel verließen und nach Kanaan zogen.

Moses wies seinen Stabschef Josua an, den Kampf anzuführen, während Moses auf einem Hügel stand und die Arme hochhielt, wie er es getan hatte, als sich das Wasser teilte und sein Volk das Rote Meer trockenen Fußes durchquerte.

Als Moses müde wurde und seine Arme senkte, gewannen die Amalekiter die Oberhand, was deutlich eine Wiederaufführung der Exodus-Erzählung ist. Wenn er seine Arme hob, behielten die hebräischen Stämme die Oberhand. Der Abschnitt endet mit den Worten: „Der Herr wird Krieg führen gegen Amalek von Generation zu Generation.“

Eine zweite Begebenheit ist in 1 Samuel 15:1-35 beschrieben, wo der Prophet Samuel dem neuen König Saul befahl, die Amalekiter anzugreifen, um seine Loyalität zu prüfen. In dieser grausamen Erzählung lauten Samuels Anweisungen: „Geh jetzt hin und greif Amalek an und vernichte alles, was sie haben. Verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kind und Säugling, Rind und Schaf, Kamel und Esel.“

Allerdings vollendete König Saul die Massaker nicht vollständig. Stattdessen verschonte er ihren König und nahm einige Schafe und Rinder für sich.

Zum Ende des Abschnitts wird Saul von Prophet Samuel zurückgewiesen, weil er den König und das Vieh verschont hat.

Von diesem Moment an fiel der göttliche Segen von König Saul ab. Der Abschnitt endet damit, dass der Prophet Samuel den amalekitischen König zu Tode hackt.

---

**Es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese primitiven, mythischen Geschichten auf historischen Tatsachen beruhen. Sie sollten abgelehnt werden, weil sie den Kreislauf der Gewalt und das, was der Bibelwissenschaftler Walter Wink den „Mythos der erlösenden Gewalt“ nennt, fort-schreiben [4].**

---

Während die Zionistische Bewegung und ihre christlich-zionistischen Unterstützer die Narrative erlösender Gewalt seit dem Aufkommen des Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts genutzt haben, sind sie nicht die Einzigen, die sich der Tradition der „Vernichtung Amaleks“ verschrieben haben.

Der erste Gouverneur der Puritaner in der sogenannten „Neuen Welt“ griff das Amalek-Thema auf und übertrug es auf die amerikanischen Ureinwohner, die in den folgenden 300 Jahren einen völkermörderischen Siedlerkolonialismus erdulden mussten.

Die Tutsi beriefen sich bei ihrem Völkermord an den Hutus in Ruanda auf die Amalek-Mythologie [5]. Und heute finden wir fundamentalistische Christen, jüdische Zionisten und gemäßigte Demokraten, die verschiedene Narrative des Mythos der erlösenden Gewalt in Bezug auf das palästinensische Volk übernehmen.

## Was ist das Ziel?

Benjamin Netanjahu mag der am längsten amtierende Premierminister in der Geschichte Israels sein, aber seine Zukunft ist fragil, und seine Herrschaft könnte enden, sobald die Feindseligkeiten abklingen.

Bereits vor dem 7. Oktober sah sich Netanjahu mit massiven Demonstrationen gegen seine Führung konfrontiert, nachdem er das Oberste Gericht Israels geschwächt hatte [6]. Israels Image als einzige Demokratie im Nahen Osten verschwand, als gemäßigtere Israelis und die jüdische Diaspora im Westen ihre Opposition ausdrückten.

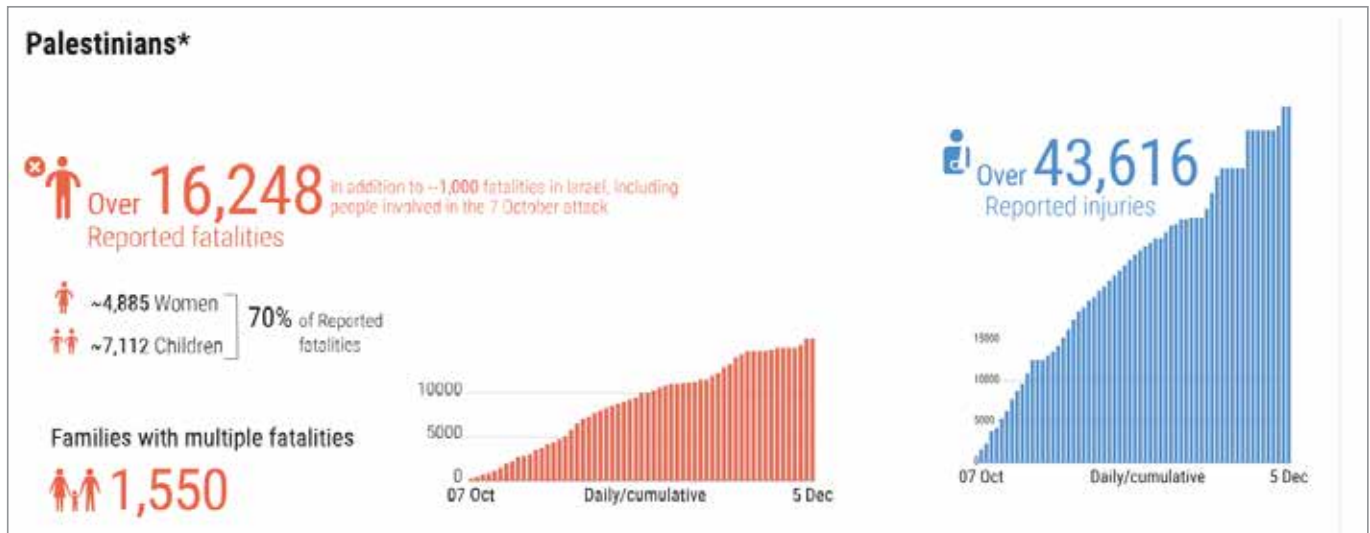
Und während die großen Demonstrationen gegen seine Übernahme der israelischen Justiz nachließen, sank Netanjahus Beliebtheit nach den Angriffen vom 7. Oktober weiter.

Israels Sicherheitslücken wurden aufgedeckt und Netanjahus Sorge um die Gefangenen schien schwach bis nicht vorhanden zu sein. Politische Analysten fragen sich immer wieder, ob Netanjahu bei den Feindseligkeiten im Gazastreifen ein Ziel verfolgt.

Ende Oktober tauchten Berichte auf, die auf ein mögliches Ziel hindeuteten, das erst nach einigen Wochen des Angriffs auf den Gazastreifen ans Licht kam [7]. In diesen Berichten gibt es nichts Neues, da die Ideen seit mehreren Jahrzehnten diskutiert werden, aber der Zeitpunkt gibt Anlass zu ernster Sorge.

Das israelische Nachrichtendienstministerium – eine offizielle Regierungseinrichtung, die jedoch nicht direkt für einen Geheimdienst zuständig ist – erstellte einen Bericht, der ein mögliches Ziel vorschlug, das mit der Regierung Netanjahu und US-Beamten diskutiert werden könnte [8]. Laut dem Dokument, das dem Online-Magazin *Israeli + 972* zugespielt wurde, bietet die aktuelle Feindseligkeit die perfekte politische Deckung für die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza in die Sinai-Wüste.

Der Bericht ist insofern glaubwürdig, da das Nachrichtendienstministerium von Gila Gamliel geleitet wird, einem Mitglied von Netanjahus Likud-Partei. Der Bericht schlägt auch vor, dass einige Palästinenser in Kanada, Spanien, Nordaf-



Quelle Grafik diese und nachfolgende Seite: Ministry of Health, Government Media Office (Statistik: OCHA / Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 60 / Stand 05.12.2023)

rika und Griechenland angesiedelt werden können [9].

Ein Bericht des israelischen Think-Tanks, des Misgav-Instituts, geleitet von Amir Weitzmann, einem engen Mitarbeiter von Netanjahu, war bereits vorher aufgetaucht [10]. Der Untertitel des Berichts machte seine Absichten deutlich: „Es besteht derzeit eine einzigartige und seltene Gelegenheit, den gesamten Gazastreifen in Absprache mit der ägyptischen Regierung zu evakuieren.“

Der Vertreibungsplan sieht vor, die Palästinenser aus dem Gazastreifen in neue Gebäude in Ägypten zu schicken, für die die israelische Regierung die ägyptische Regierung bezahlen wird. Der Bericht schätzt die Kosten auf Milliarden von Dollar und bietet eine „innovative, kostengünstige und machbare Lösung“.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die Biden-Regierung den US-Kongress um 106 Milliarden Dollar bittet, die weitestgehend zwischen der Ukraine und Israel aufgeteilt werden sollen [11]. Es umfasst 9,15 Milliarden Dollar für israelische, palästinensische und ukrainische Zivilisten, die von den jüngsten Feindseligkeiten betroffen sind.

Ein Teil dieses Pakets könnte verwendet werden, um die Palästinenser im Sinai anzusiedeln. Zweifellos werden verschiedene arabische Regierungen darum gebeten werden, den Rest zu bezahlen.

Der Bericht des Nachrichtendienstministeriums wurde von unabhängigen israelischen

Quellen bestätigt. Er empfiehlt drei Phasen für die Gaza-Kampagne, von denen zwei mit den erklärten Strategien des Kriegskabinetts übereinstimmen: intensive Bombardierung und Zerstörung von Nord-Gaza; ein intensiver Bodenkrieg im Norden, während die verbleibenden Palästinenser vom Norden in den Süden Gazas getrieben werden.

**Diese Phasen sollten als ethnische Säuberungsaktionen verstanden werden. Sie stellen Völkermord und Kriegsverbrechen dar.**

Die letzte Stufe, die die Ausstiegsstrategie für Netanjahu und die Biden-Administration sein könnte, besteht darin, den Gazastreifen von allen Palästinensern zu räumen und zu erklären, dass sie nie zurückkehren werden. Die vorgeschlagene Begründung für den schrecklichen Völkermord ist dessen Notwendigkeit.

Wie der Bericht feststellt, ist ein „sofortiger, realistischer und nachhaltiger Plan für die Umsiedlung und humanitäre Rehabilitation der gesamten arabischen Bevölkerung im Gazastreifen erforderlich, der gut mit den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen von Israel, Ägypten, den USA und Saudi-Arabien in Einklang steht“. [12]

Obwohl in diesem Dokument nicht diskutiert, kann man annehmen, dass bereits ein Plan für die gewaltsame Vertreibung

der Palästinenser aus Ostjerusalem und anderen Teilen des Westjordanlandes nach Jordanien, Libanon, Irak und Syrien existiert, wie die seit Monaten andauernde und zunehmende Gewalt der Siedler gegen Palästinenser zeigt [13].

## Hoffnung von unten

Die oben genannte Strategie mag sehr spekulativ und verschwörerisch erscheinen, aber wir sollten daran erinnern, dass sich dieses Szenario vor gerade einmal 75 Jahren bei der Nakba, der ethnischen Säuberung Palästinas 1947-1949, abgespielt hat. Wenn die Lehren aus der Geschichte nicht gezogen werden, wird sich die Geschichte wiederholen.

Israel scheint die uneingeschränkte militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der Biden-Regierung und des US-Kongresses zu haben, die bereitstehen, alles zu unterstützen, was Netanjahu vorschlägt.

Hoffentlich werden in den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Israel besonnenere Köpfe die Oberhand behalten, aber bis auf einige wenige Ausnahmen haben wir keine Anzeichen dafür gesehen. Ein regionaler Krieg mit Beteiligung von Hisbollah und anderen Milizen aus Syrien, dem Irak und dem Jemen könnte die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza verzögern oder den Plan vorantreiben, je nach Verlauf des Krieges.



Es gibt ein wenig Hoffnung am Horizont, aber es könnte zu lange dauern, um denn etwas zu bewirken. Ich beziehe mich auf den aufkommenden Widerstand von unten, der sich von Städten wie New York über London, Paris, Ramallah und Amman bis nach Südostasien erstreckt.

Die Kraft von Massenprotesten, zivilem Ungehorsam und Bürgern, die einen Waffenstillstand und das Ende der ethnischen Säuberung in Palästina fordern, hat den Fall Palästina wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, sehr zum Leidwesen von Netanjahu, Biden und den „gemäßigten“ arabischen Regimen. Palästina steht wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, wo es hingehört.

Werden Massenproteste die Entscheidungsträger in Washington und Israel beeinflussen? Wir stehen an einem Scheideweg für eine Antwort auf diese Frage.

Wenn die Mobilisierung der Zivilgesellschaft aggressivere Strategien verfolgt und Israel (und die USA) auffordert, einen politischen und finanziellen Preis für diesen völkermörderischen Krieg zu zahlen, könnten sich Änderungen in der US-Politik in Bezug auf die Gerechtigkeit der Palästinenser ergeben. Jedoch brauchte auch die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg mindestens sieben Jahre, um Wirkung zu zeigen; und die Anti-Apartheid-Bewegung hat sogar noch länger gebraucht, um das

rassistische südafrikanische Regime zu beenden.

In jedem dieser Fälle waren die USA das letzte Land, das seine Position geändert hat.

Wenn erneut Sanktionen gegen Israel gefordert werden, einschließlich des Rückzugs von Finanzhilfen und der Isolierung Israels, dann könnte sich in den Vereinigten Staaten ein politischer Wandel vollziehen. Wenn die aufkommende Koalition von jüdischen, muslimischen, christlichen, säkularen, schwarzen und braunen Gerechtigkeits-Bewegungen ihre Forderungen und ihren Einfluss verstärkt, einschließlich der Einstellung der US-Militärhilfe für Israel, wird es vor Ort in Palästina zu bedeutenden Veränderungen kommen.

Massive Demonstrationen müssen zu zivilem Ungehorsam und verschiedenen Formen gewaltfreier direkter Aktionen führen, einschließlich der Störung der Lieferketten für Waffen, Panzer, Kampfflugzeuge und anderer Liefersysteme.

Eine weitere wichtige, politische Strategie in den Vereinigten Staaten besteht darin, arabische und muslimische Wähler neben progressiven jüdischen und christlichen Wählern zu organisieren, um ihre Stimmen für Joe Biden und gemäßigte Demokraten 2024 zu verweigern, bis sie (wir) bedeutende politische Veränderungen in Bezug auf die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der USA für Israel sehen.

Auch dies wird ein langer Weg sein, der zunehmend dringlicher wird, wenn das Ziel Israels und der USA die völkermörderische Zwangsvertreibung der Palästinenser ist. Wenn die derzeitige Führung in Israel und den Vereinigten Staaten weiterhin von der Vision der „Vernichtung Amaleks“ geleitet wird, wird die Welt Zeuge eines weiteren Völkermordes werden, der sich Tag für Tag im Gazastreifen abspielt.

Der Fall Palästinas kann ein Wendepunkt für Gerechtigkeit im Nahen Osten sein oder eine verpasste Gelegenheit für alle.

Ein weiser Spruch besagt: „Wo keine Vision ist, geht das Volk zugrunde“ (Sprüche 29:18).

Wie lange wollen wir uns noch mit Führern abfinden, die keine Vision haben, während das Volk von Gaza vor unseren Augen zugrunde geht?

**Quellen:**

[1] The Times Of Israel, Lazar Berman „Netanyahu: Goal of war is ‘to defeat the murderous enemy, ensure our existence in our land’“, am 28.10.2023: <[https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/Netanyahu-goal-of-war-is-to-defeat-the-murderous-enemy-ensure-our-existence-in-our-land/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/Netanyahu-goal-of-war-is-to-defeat-the-murderous-enemy-ensure-our-existence-in-our-land/)>

[2] The Washington Post, Bob Smietana „U.S. evangelical leaders support Israel’s right to self-defense“, am 12.10.2023: <<https://www.washingtonpost.com/religion/2023/10/12/us-evangelical-leaders-support-israels-right-self-defense/>>

[3] ebd.

[4] Goshen Hochschule, Walter Wink „THE MYTH OF REDEMPTIVE VIOLENCE“, in 1999: <<https://www2.goshen.edu/~joannab/women/wink99.pdf>>

[5] The Guardian, Katherine Stewart „How Christian fundamentalists plan to teach genocide to schoolchildren“, am 30.5.2012: <<https://www.theguardian.com/commentisfree/2012/may/30/christian-fundamentalists-plan-teach-genocide>>

[6] Al Jazeera, Red. „Israeli protesters keep pressure on Netanyahu over judicial overhaul“, am 29.7.2023: <<https://www.aljazeera.com/news/2023/7/29/israeli-protesters-keep-pressure-on-Netanyahu-over-judicial-overhaul>>

[7] +972 Magazine, Yuval Abraham „Expel all Palestinians from Gaza, recommends Israeli gov’t ministry“, am 30.10.2023: <<https://www.972mag.com/intelligence-ministry-gaza-population-transfer/>>

[8] Israelisches Nachrichtendienstministerium Homepage: <<https://www.gov.il/en/departments/ministry-of-intelligence/govil-landing-page>>

[9] Middle East Eye Magazin, David Earst „Israel-Palestine war: Has Biden lost control of Netanyahu?“, am 29.10.2023: <<https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-war-biden-Netanyahu-control-lost-has>>

[10] Mondoweiss Magazin, Jonathan Ofir „Israeli think tank lays out a blueprint for the complete ethnic cleansing of Gaza“, am 23.10.2023: <<https://mondoweiss.net/2023/10/israeli-think-tank-lays-out-a-blueprint-for-the-complete-ethnic-cleansing-of-gaza/>>

[11] National Public Radio (npr), Deepa Shivaram „The White House is asking for almost \$106 billion for Israel, Ukraine and the border“, am 26.10.2023: <<https://www.npr.org/2023/10/20/12063015771/biden-ukraine-israel-congress-funding-request>>

[12] Middle East Eye Magazin, David Earst „Israel-Palestine war: Has Biden lost control of Netanyahu?“, am 29.10.2023: <<https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-war-biden-Netanyahu-control-lost-has>>

[13] UN (United Nations), Red. „Rise in intimidation, settler violence in the West Bank, warns OCHA“, am 1.11.2023: <<https://news.un.org/en/story/2023/11/1143087>>



Zu diesem Bild schreibt das UNHCR auf X: „Im Sudan spielt sich vor unseren Augen eine Tragödie ab. Die Kämpfe MÜSSEN aufhören. Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung, einschließlich auf Flüchtlinge und Binnenvertriebene, MÜSSEN aufhören. Tausende haben ihr Leben verloren, 6 Millionen Menschen haben ihr Zuhause verloren. Genug ist genug.“ (Bild: UNHCR / X: <https://twitter.com/Refugees/status/1724291329327345822/photo/1>)

## In nur sechs Monaten des Jahres 2023: Über 110 Millionen Menschen wurden gewaltsam vertrieben

### Autor: Peoples Dispatch

ist ein internationales Medienprojekt mit der Mission, Stimmen von Volksbewegungen und Organisationen auf der ganzen Welt zu vermitteln. Seit seiner Gründung vor drei Jahren hat es sich zum Ziel gesetzt, sicherzustellen, dass die Berichterstattung über Nachrichten aus der ganzen Welt sich nicht auf die Rhetorik von Politikern und die Geschicke großer Unternehmen beschränkt, sondern die Fülle und Vielfalt der Mobilisierungen rund um den Globus abdeckt.

Peoples Dispatch möchte auch aktuelle Nachrichten aus einer Perspektive präsentieren, die sich deutlich von der der Mainstream-Medien unterscheidet.

Wir laden Volksbewegungen und politische Organisationen überall ein, uns Informationen und Nachrichten aus ihren Ländern zu schicken. [contact@peoplesdispatch.org](mailto:contact@peoplesdispatch.org)

*Fast 90 % der Vertriebenen leben in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen, wobei 83 % der Binnenvertriebenen in der Subsahara-Region Afrikas verzeichnet werden.*

Nach neuen Daten der Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden bis Juni 2023 über 110 Millionen Menschen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben.

Dem in dieser Woche veröffentlichten „Mid-Year Trends“-Bericht der Kommission zufolge wird mittlerweile mehr als einer von 73 Menschen auf der ganzen Welt gewaltsam vertrieben und fast 90% davon leben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen [1].

Bis Juni machten allein sieben Krisensituationen etwa 90 % der weltweit registrierten neuen Vertreibungen aus. Dazu gehört die anhaltende humanitäre Krise in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, Ländern in Lateinamerika und der Karibik, Myanmar, Somalia, Sudan und der Ukraine.

Nach Angaben der Vereinten Nationen machten Binnenflüchtlinge (IDPs, „Internally Displaced People“, Anm. d. Red) bis Mitte 2023 57 % aller Menschen aus,



die ihre Heimat verlassen mussten. Fast 7 Millionen Menschen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres intern vertrieben – vor allem im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo (wobei 1,3 Millionen Menschen im Jahr 2023 neu vertrieben wurden, zusätzlich zu den über 6 Millionen Menschen, die bereits intern vertrieben wurden), in Somalia, der Ukraine, und Myanmar.

83 % dieser Vertreibungen wurden in der Subsahara-Region Afrikas gemeldet. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden über 3 Millionen Menschen innerhalb des Sudan vertrieben, außerdem flohen fast 250.000 Sudanesen und mehr als 163.000 Menschen anderer Nationalitäten in andere Länder der Region. Bis Ende September erreichte die Zahl der Vertriebenen Menschen im Sudan: 4,3 Millionen.

Die Zahl der Flüchtlinge auf der Welt erreichte im Juni dieses Jahres 36,4 Millionen. Syrer bilden nach wie vor die größte Flüchtlingsbevölkerung der Welt. Im

Juni wurden über 6,5 Millionen Flüchtlinge aus 130 Ländern gemeldet. Die zweithöchste Zahl an Vertriebenen wurde aus Afghanistan gemeldet (6,1 Millionen).

Schätzungen des Berichts zufolge dürften anhaltende Konflikte, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen bis Ende September über 114 Millionen Menschen vertrieben haben.

Da in dem Bericht nur Vertreibungen bis Juni dokumentiert wurden, sind in den Daten die Massenenteignungen und Zwangsvertreibungen, die seit Beginn der schrecklichen Bombardierung der belagerten Enklave durch Israel am 7. Oktober im Gazastreifen stattgefunden haben, nicht enthalten.

Bis zum 26. Oktober wurden nach fast drei Wochen unerbittlicher Angriffe mehr als 7.000 Palästinenser in Gaza getötet.


Laut einem am 25. Oktober vom UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) veröffentlichten Eil-Update wa-

ren bis zum Mittwoch 1,4 Millionen der 2,2 Millionen Palästinenser im Gazastreifen intern vertrieben worden. Davon seien 629.000 Menschen in 150 von den Vereinten Nationen ausgewiesenen Notunterkünften untergebracht.

Von den Vereinten Nationen geführte Schulen, die in Notunterkünfte für Tausende von Vertriebenen umgewandelt wurden, wurden ebenfalls von israelischen Luftangriffen attackiert [2]. Bis zum 25. Oktober waren mindestens 29 Schulen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNRWA) von israelischen Luftangriffen getroffen worden, von denen acht als Unterkünfte für IDPs genutzt wurden. Bisher wurde mindestens eine Anlage direkt getroffen, wobei mindestens sechs Menschen ums Leben kamen [3].



„Erinnerung: Niemand entscheidet sich dazu Flüchtling zu sein.“ (Bild: UNHCR / X: <https://twitter.com/Refugees/status/1724925507945316355/photo/1>)

 Dieser Text wurde zuerst am 26.10.2023 auf [www.peoplesdispatch.org](http://www.peoplesdispatch.org) unter der URL <https://peoplesdispatch.org/2023/10/26/in-just-six-months-of-2023-over-110-million-people-were-forcibly-displaced/> veröffentlicht. Lizenz: Peoples Dispatch, CC BY-SA 4.0

### Quellen:

[1] UNHCR, „Mid-Year Trends“, 2023 <<https://www.unhcr.org/mid-year-trends>>

[2] United Nations Human Rights, OCHR, „Gaza: UN experts decry bombing of hospitals and schools as crimes against humanity, call for prevention of genocide“, 19.10.2023 <<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/gaza-un-experts-decry-bombing-hospitals-and-schools-crimes-against-humanity>>

[3] Reuters, „At least 6 people killed in Israeli air strike on UNRWA school in Gaza“, am 17.10.2023 <<https://www.reuters.com/world/middle-east/least-6-people-killed-israeli-air-strike-unrwa-school-gaza-2023-10-17/>>



Wohngebäude in 150 m Entfernung vom Palästinenserturm, die in der ersten Woche der intensiven Bombardierung durch israelische Flugzeuge zerstört wurden, 10.10.2023. (Foto: Al Araby, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0)

# Die Ermordung Tausender Kinder lässt sich nur bedingt durch Propaganda schönreden

**Autor:** Caitlin Johnstone

über sich selbst: Schurkenjournalistin. Bogan Sozialistin. Anarcho-psychonautin. Guerilla-Dichterin. Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:



[www.caitlinjohnstone.com](http://www.caitlinjohnstone.com)

Dieser Text wurde zuerst am 30.10.2023 auf [www.caitlinjohnstone.com](http://www.caitlinjohnstone.com) unter der URL <https://caitlinjohnstone.com.au/2023/10/30/theres-only-so-much-propaganda-spin-you-can-put-on-the-murder-of-thousands-of-children> veröffentlicht. Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0

*Die Tatsache, dass die USA und ihre Verbündeten Israel bei der Ermordung Tausender Kinder unterstützen, ist ein gigantischer Fehler in der Narrativ-Matrix*

Die Sache ist die, dass man die Ermordung Tausender Kinder nur bedingt propagandistisch aufbereiten kann.

Bei anderen imperialen Militäraktionen hatten es die Propagandisten leichter, Storys zu konstruieren. Oh nein, diese bösen Kommunisten übernehmen Südvietnam, wir müssen sie aufhalten! Oh nein, Saddam hat Massenvernichtungswaffen, wir müssen ihn kriegen! Oh nein, Gaddafi wird all diese Libyer vergewaltigen und töten, wir haben die Verantwortung, sie zu beschützen!

In Gaza massakrieren Israel und seine westlichen Unterstützer Tausende Kinder [1] mit einer erschreckend brutalen Bombenkampagne, die ganze Viertel in Schutt und Asche legt [2].

Sie lassen Militärsprengstoff auf ein riesiges Konzentrationslager niederprasseln, in dem sich viele Kinder aufhalten.

Daraus kann ein Propagandist nicht viel machen.

Sie können sich über die Morde am 7. Oktober den Mund fusselig reden, aber die Leute werden kritisieren, dass nichts,



Protestversammlung vor dem Weißen Haus in Washington DC zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands gegen Israel während des Krieges zwischen Israel und Gaza am 8.10.2023. (Foto: Ted Eytan, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-2.0)

was die Hamas getan hat, es moralisch oder akzeptabel macht, Tausende Kinder zu ermorden.

Sie können so oft sagen „Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“, aber die Menschen werden kritisieren, dass die Ermordung von Tausenden Kindern nicht wirklich bedeutet, irgendetwas vor irgendetwem zu verteidigen.

Sie können den Ausdruck „menschliche Schutzschilde“ [3] immer wieder instrumentalisieren, aber irgendwann werden die Leute sagen: „Okay, aber selbst wenn es menschliche Schutzschilde wären, könnten wir bitte damit aufhören, Tausende Kinder zu ermorden? Ich möchte nicht, dass meine Kinder ermordet werden, nur weil sie als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden.“

Sie können sagen, jeder Tod sei die Schuld der Hamas [4], aber immer mehr Menschen werden anfangen zu sagen: „Okay, beschuldigen Sie, wen Sie wollen, aber können wir bitte sofort damit aufhören, Tausende von Kindern zu ermorden?“

Sie können sagen: „Was erwarten Sie von Israel?“ und die Leute werden antworten: „Hören Sie bitte auf, Kinder zu Tausenden zu ermorden, vielen Dank.“

Stell dir vor, du wärst ein Propagandist der Massenmedien und versuchst, dies alles in ein positives Licht zu rücken. Wie würdest du es machen? Könntest du es glaubhaft machen?

Propagandisten sind es gewohnt, viel mehr Spielraum zu haben, als es hier der Fall ist. Sie sind es gewohnt, mit einer komplexen Narrativ-Matrix zu interagieren und diese zu manipulieren, um das Verständnis der Öffentlichkeit für das, was vor sich geht, zu verzerren. Aber ungefilterte Videoaufnahmen einer Mutter, die die zerfetzten Überreste eines Kindes umklammert, ist kein Narrativ. Satellitenbilder von pulverisierten Stadtblöcken sind kein Narrativ. Es ist einfach Realität. Bittere Realität, in your face!

Die westliche Zivilisation wird von Propaganda dominiert. [5] Die „Freiheit“ und „Demokratie“, die wir zu ha-

ben glauben, ist eine Illusion [6], die sorgfältig von denen kultiviert wurde, die die Art und Weise wie wir denken, sprechen, handeln und wählen durch die Psychologie der Massen [7] manipulieren – wie Chomsky sagt, ist Propaganda für eine Demokratie das, was die Keule für einen totalitären Staat ist. Eine gedankengesteuerte Dystopie ist keine dunkle Zukunft, die auf die Menschheit wartet, wenn die Dinge furchtbar schiefgehen. Sie ist bereits heute Realität. [8]

Propagandisten sind in der Lage, die Zivilisation so effektiv zu kontrollieren, weil sie verstehen, dass Menschen Geschichten-erzähler sind [9], deren Leben von mentalen Narrativen dominiert wird [10]. Wenn man also die Narrative kontrollieren kann, die die Menschen einander erzählen, kann man auch die Menschen kontrollieren. Ein weltumspannendes Imperium, das sich um die Vereinigten Staaten herum zentralisiert, ist sehr abhängig von der Fähigkeit, uns schon in sehr jungem Alter zu indoktrinieren [11], mit subtilen Methoden der Massenmedien [12].

Das Massaker im Gazastreifen stellt bei all dem ein großes Problem dar, denn die ungeschönten Fakten, die von dort herauskommen, sind so erschreckend, dass kein noch so großer narrativer Story-Konstrukteur sie akzeptabel aussehen lassen kann. [13] Die Tatsache, dass die USA und ihre Verbündeten Israel bei der Ermordung Tausender Kinder unterstützen, ist ein gigantischer Fehler in der Narrativ-Matrix.

Je länger dies andauert, desto mehr Menschen werden aus dem propagandistischen Koma erwachen, in dem sie das Imperium ihr Leben lang gehalten hat. Umso mehr Menschen werden erkennen, dass ihre Regierung nicht das ist, was sie vorgibt zu sein, und dass die Medien ihnen nicht die Wahrheit über die Welt gesagt haben. Während das westliche Imperium das Abschlachten Tausender Kinder unterstützt, werden die Diskrepanzen zwischen dem, was uns die Propaganda über unsere Gesellschaft erzählt, und

dem, was unsere Gesellschaft tatsächlich ist, deutlich sichtbar.

Durch die Ermordung Tausender Kinder in Gaza hat das Imperium sein wahres Gesicht vor aller Öffentlichkeit enthüllt. Und den Leuten gefällt nicht, was sie sehen.

Überall öffnen sich die Augen. Menschen werden in Rekordzahlen radikalisiert. Die Straßen werden von Demonstranten überschwemmt. [14] Es werden sehr unbequeme Fragen gestellt. An Stellen, an denen dies bisher selten der Fall war, wird eine strenge Kontrolle durchgeführt.

Licht scheint durch Risse, die vorher nicht da waren.

Es ist alles so, so schrecklich und so, so schmerzhaft dabei zuzusehen, Tag für Tag. Aber etwas bewegt sich im Hintergrund. Etwas Großes. Das Imperium hat seiner Fähigkeit, weiterhin alle im Tiefschlaf zu halten, irreparablen Schaden zugefügt. Eine gesunde Welt ist möglicherweise noch erreichbar.



**Omar Baddar** عمر بدار @OmarBaddar · 13. Okt.

They're saying " Hamas targets," but they're showing you entire city blocks reduced to rubble, where 500 Palestinian children have been killed. This is terrorism. The Israeli military's terrorism is the greatest killer of children in all of Palestine & Israel combined.

**Israeli Air Force** @IAFsite · 12. Okt.

Dozens of fighter jets and helicopters attacked a series of terrorist targets of the Hamas terrorist organization throughout the Gaza Strip. So far, the IAF has dropped about 6,000 bombs against Hamas targets.



222

4.874

11.852

794.373



(<https://twitter.com/OmarBaddar>)

## Quellen:

- [1] archive.today, Bildschirmfoto von AP „The Palestinian death toll passed 7,700, most of them women and children, according to the Health Ministry in Hamas-ruled Gaza.“, am 25.10.2023: <<https://archive.is/RIPBk#selection-4347.34-4347.72>>
- [2] CNN, CNN Staff „Before and after satellite images show destruction in Gaza“, am 29.10.2023: <<https://edition.cnn.com/2023/10/25/middleeast/satellite-images-gaza-destruction/index.html>>
- [3] YouTube, Empire Files „Debunking Israel's 'Human Shield' Defense in Gaza Massacre“, am 20.5.2021: <[https://www.youtube.com/watch?v=l78dOLx16\\_g](https://www.youtube.com/watch?v=l78dOLx16_g)>
- [4] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „US Warmongers Keep Pushing The Narrative That Hamas Is To Blame For All Deaths In Gaza“, am 19.10.2023: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/us-warmongers-keep-pushing-the-narrative>>
- [5] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „Why Propaganda Works“, am 16.6.2023: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/why-propaganda-works>>
- [6] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „The Biggest Obstacle To Real Freedom Is The Belief That We Already Have It“, am 11.12.2022: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/the-biggest-obstacle-to-real-freedom>>
- [7] Medium Blog, Caitlin Johnstone „15 Reasons Why Mass Media Employees Act Like Propagandists“, am 4.6.2023: <<https://caityjohnstone.medium.com/15-reasons-why-mass-media-employees-act-like-propagandists-553a08074347>>
- [8] CaitlinJohnstone.com Blog, Caitlin Johnstone „Consider The Possibility That This Is Already The Dystopia You Fear“, am 21.1.2022: <<https://caitlinjohnstone.com/2022/01/21/consider-the-possibility-that-this-is-already-the-dystopia-you-fear/>>
- [9] Medium Blog, Caitlin Johnstone „Society Is Made Of Narrative. Realizing This Is Awakening From The Matrix“, am 22.8.2018: <<https://caityjohnstone.medium.com/society-is-made-of-narrative-realizing-this-is-awakening-from-the-matrix-787c7e2539ae>>
- [10] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „The More Inner Work You Do, The More You See How Humanity Is Dominated By Narrative“, am 4.9.2023: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/the-more-inner-work-you-do-the-more>>
- [11] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „Most Propaganda Looks Nothing Like This“, am 28.5.2023: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/most-propaganda-looks-nothing-like>>
- [12] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone „It's Not The Really Blatant Propaganda That Gets You“, am 19.7.2023: <<https://www.caitlinjohnst.one/pl/its-not-the-really-blatant-propaganda>>
- [13] Aljazeera, Red. „UN says Gaza Health Ministry death tolls in previous wars 'credible'“, am 27.10.2023: <<https://www.aljazeera.com/news/2023/10/27/un-says-gaza-health-ministry-death-tolls-in-previous-wars>>
- [14] Twitter, Alan MacLeod „For the third weekend in a row, cities across Europe have seen massive demonstrations in solidarity with Palestine“, am 28.10.2023: <<https://twitter.com/AlanRMacLeod/status/1718301599531954370>>

Dieser Text wurde zuerst am 26.10.2023 auf [www.zeitgeschehen-im-fokus.ch](https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch) unter der URL [https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-15-vom-26-oktober-2023.html#article\\_1574](https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-15-vom-26-oktober-2023.html#article_1574) veröffentlicht. Lizenz: Zeitgeschehen im Fokus, Prof. Dr. Hajo Funke und General a.D. Harald Kujat, Lizenz CC 4.0



Symbolbild. Gemeinfrei.

# Wie eine aussichtsreiche Friedensregelung des Ukraine-Krieges verhindert wurde

Der Westen wollte stattdessen den Krieg fortsetzen. Eine detaillierte Rekonstruktion von Prof. Dr. Hajo Funke und General a.D. Harald Kujat [1]

## Autoren: General a.D. Harald Kujat & Prof. Dr. Hajo Funke

Kujat war u. a. Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen-Partnerschaftsrates der Generalstabschefs.



Hans-Joachim „Hajo“ Funke ist ein deutscher Politikwissenschaftler. Er lehrte von 1993 bis zur Emeritierung 2010 am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Sein Schwerpunkt liegt auf den Untersuchungen zu Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland.



Im März 2022 hatte es im Zuge von Verhandlungen zwischen der ukrainischen und russischen Seite ernsthafte Chancen gegeben, den Krieg zu beenden. Die Verhandlungen wurden jedoch nicht zum Abschluss gebracht, weil einige Staaten des Westens drängten, den Krieg fortzusetzen, während der ukrainische Präsident Selenskyj ihn beenden wollte.

Die Verhandlungen waren Anfang März 2022 durch den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett vermittelt worden.

Naftali Bennett hatte ab der ersten Märzwoche 2022 Vermittlungsbemühungen unternommen. In einem Videointerview vom 4. Februar 2023 mit dem israelischen Journalisten Hanoach Daum [2] sprach er erstmals ausführlich über den Ablauf und das Ende der Verhandlungen. Dieses Videointerview ist Grund-

lage eines detaillierten Berichts in der *Berliner Zeitung* vom 6. Februar 2023: „Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland: Wer hat blockiert? Israelischer Ex-Premier sprach erstmals über seine Verhandlungen mit Putin und Selenskyj. Der Waffenstillstand war angeblich zum Greifen nahe.“ [3]

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe ihn, Bennett, nach Ausbruch des Krieges gebeten, Wladimir Putin zu kontaktieren.

„Am 5. März 2022 war Bennett auf Einladung Putins in einem privaten, vom israelischen Geheimdienst bereitgestellten Jet nach Moskau geflogen. In dem Gespräch im Kreml habe Putin, so Bennett, einige substanzielle Zugeständnisse gemacht, insbesondere habe er auf sein ursprüngliches Kriegsziel einer Demili-

tarisierung der Ukraine verzichtet. [...] Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten – eine Position, die er kurze Zeit später auch öffentlich wiederholte. Damit war eines der entscheidenden Hindernisse für einen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt. [...] Auch andere Themen wie die Zukunft des Donbas und der Krim sowie Sicherheitsgarantien für die Ukraine seien in diesen Tagen Gegenstand von intensiven Gesprächen gewesen.“ [4]

Bennett: „Ich hatte damals den Eindruck, dass beide Seiten großes Interesse an einem Waffenstillstand hatten [...]“. Ein Waffenstillstand sei damals, so Bennett, in greifbarer Nähe gewesen, beide Seiten waren zu erheblichen Zugeständnissen bereit.

### Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.

Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Bennett: „Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.“ Sein Fazit: „Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten. Ob die Entscheidung des Westens, den Verhandlungsprozess zu beenden, langfristig richtig sei, könne er nicht beurteilen.“ [5]

Die Aussagen von Bennett werfen einige grundsätzliche Fragen auf. Warum wurden die Verhandlungen über ein Ende des Krieges blockiert? Welche Position hat die deutsche Regierung eingenommen? Und kommt dem Westen womöglich eine Mitschuld an der folgenden Eskalation des Krieges zu?

### Parallel liefen ukrainisch-russische Friedensverhandlungen

Seit Ende Februar 2022 wurden direkte Verhandlungen zwischen einer ukrainischen und einer russischen Delegation geführt, die sich in der dritten Märzwoche, „also nur einen Monat nach Aus-



Der Ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett initiierte die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland kurz nach Ausbruch des Krieges 2022.  
Bild: Avi Ohayon / Government Press Office of Israel, CC BY-SA 3.0

bruch des Krieges, auf die Grundzüge einer Friedensvereinbarung geeinigt [haben]: Die Ukraine versprach, der NATO nicht beizutreten und keine Militärbasen ausländischer Mächte auf ihrem Territorium zuzulassen, während Russland im Gegenzug versprach, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine anzuerkennen und alle russischen Besatzungstruppen abziehen. Für den Donbas und die Krim gab es Sonderregelungen“. [6]

Während der vom türkischen Präsidenten Erdoğan vermittelten Verhandlungen legte die ukrainische Delegation am 29. März 2022 ein Positionspapier vor, das zum Istanbul Kommuniqué führte. Die Vorschläge der Ukraine wurden von der russischen Seite in einen Vertragsentwurf umgesetzt.

Das Istanbul Kommuniqué vom 29. März 2022 im Wortlaut [7]:

Vorschlag 1: Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem neutralen Staat und verspricht, blockfrei zu bleiben und auf die Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten – im Gegenzug für internationale rechtliche Garantien. Zu den möglichen Garantiestaaten gehören Russland, Großbritannien, China, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel, aber

auch andere Staaten wären willkommen, dem Vertrag beizutreten.

Vorschlag 2: Diese internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine würden sich nicht auf die Krim, Sewastopol oder bestimmte Gebiete im Donbas erstrecken. Die Vertragsparteien müssten die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Partei diese Grenzen unterschiedlich versteht.

Vorschlag 3: Die Ukraine verpflichtet sich, keiner Militärkoalition beizutreten und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente aufzunehmen. Jegliche internationale Militärübungen wären nur mit Zustimmung der Garantiestaaten möglich. Die Garantiestaaten bestätigen ihrerseits ihre Absicht, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union zu fördern.

Vorschlag 4: Die Ukraine und die Garantiestaaten kommen überein, dass (im Falle einer Aggression, eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine oder einer Militäroperation gegen die Ukraine) jeder der Garantiestaaten nach dringenden und sofortigen gegenseitigen Konsultationen (die innerhalb von drei Tagen stattfinden müssen) über die Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung (wie in Artikel 51 der UN-Charta anerkannt) (als Reaktion auf einen offiziellen Appell der Ukraine und auf dessen Grundlage) der Ukraine als dauerhaft neutralem Staat, der angegriffen wird, Hilfe leisten wird. Diese Hilfe wird durch die sofortige Durchführung der erforderlichen individuellen oder gemeinsamen Maßnahmen erleichtert, einschließlich der Schließung des ukrainischen Luftraums, der Bereitstellung der erforderlichen Waffen und der Anwendung bewaffneter Gewalt mit dem Ziel, die Sicherheit der Ukraine als dauerhaft neutralen Staat wiederherzustellen und dann zu erhalten.

Vorschlag 5: Jeder derartige bewaffnete Angriff (jede militärische Operation überhaupt) und alle daraufhin ergriffenen Maßnahmen werden unverzüglich dem UN-Sicherheitsrat gemeldet. Diese Maßnahmen werden eingestellt, sobald

der UN-Sicherheitsrat die zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat.

Vorschlag 6: Zum Schutz vor möglichen Provokationen wird das Abkommen den Mechanismus zur Erfüllung der Sicherheitsgarantien der Ukraine auf der Grundlage der Ergebnisse von Konsultationen zwischen der Ukraine und den Garantiestaaten regeln.

Vorschlag 7: Der Vertrag gilt vorläufig ab dem Datum seiner Unterzeichnung durch die Ukraine und alle oder die meisten Garantiestaaten.

Der Vertrag tritt in Kraft, nachdem (1) der dauerhaft neutrale Status der Ukraine in einem landesweiten Referendum gebilligt wurde, (2) die entsprechenden Änderungen in die ukrainische Verfassung aufgenommen wurden und (3) die Ratifizierung in den Parlamenten der Ukraine und der Garantiestaaten erfolgt ist.

Vorschlag 8: Der Wunsch der Parteien, die Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol zu lösen, wird für einen Zeitraum von 15 Jahren in bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland eingebracht. Die Ukraine und Russland verpflichten sich außerdem, diese Fragen nicht mit militärischen Mitteln zu lösen und die diplomatischen Lösungsbemühungen fortzusetzen.

Vorschlag 9: Die Parteien setzen ihre Konsultationen (unter Einbeziehung anderer Garantiestaaten) fort, um die Bestimmungen eines Vertrags über Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die Modalitäten der Waffenruhe, den Rückzug von Truppen und anderen paramilitärischen Verbänden und die Öffnung und Gewährleistung sicher funktionierender humanitärer Korridore auf kontinuierlicher Basis sowie den Austausch von Leichen und die Freilassung von Kriegsgefangenen und internierten Zivilisten vorzubereiten und zu vereinbaren.

Vorschlag 10: Die Parteien halten es für möglich, ein Treffen zwischen den

Präsidenten der Ukraine und Russlands abzuhalten, um einen Vertrag zu unterzeichnen und/oder politische Beschlüsse zu anderen ungelösten Fragen zu fassen.“

### Offensichtliche Unterstützung der Vermittlungsbemühungen durch westliche Politiker

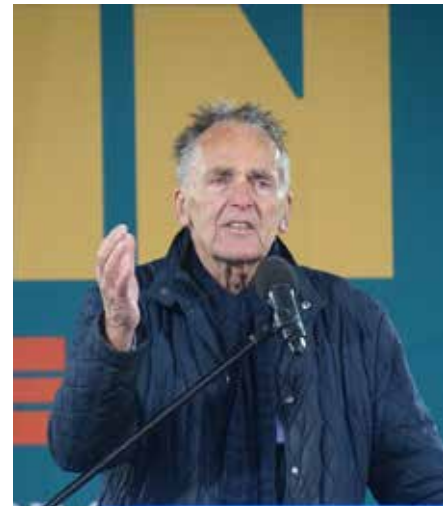
Die Tatsache der Unterstützung der Verhandlungen durch westliche Politiker ergibt sich aus der Abfolge der Telefonate und Treffen in der Zeit von Anfang März bis mindestens Mitte März. Am 4. März telefonierte Scholz und Putin; am 5. März traf Bennett Putin in Moskau; am 6. März trafen sich Bennett und Scholz in Berlin; am 7. März besprachen sich die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland in einer Videokonferenz zum Thema; am 8. März telefonierte Macron und Scholz; am 10. März trafen sich der ukrainische Außenminister Kuleba und der russische Außenminister Lawrow in Ankara; am 12. März telefonierte Scholz und Selenskyj sowie Scholz und Macron, und am 14. März trafen sich Scholz und Erdoğan in Ankara. [8]

### NATO-Sondergipfel vom 24. März 2022 in Brüssel

Michael von der Schulenburg, der ehemalige UN Assistant Secretary-General (ASG) in UN-Friedensmissionen, schreibt, dass „die NATO bereits am 24. März 2022 auf einem Sondergipfel beschlossen hatte, diese Friedensverhandlungen (zwischen der Ukraine und Russland) nicht zu unterstützen.“ [9] Zu diesem Sondergipfel war der US-Präsident eigens eingeflogen. Offenkundig war ein Frieden, wie er von den russischen und ukrainischen Verhandlungsdelegationen ausgehandelt worden war, nicht im Interesse einiger NATO-Staaten. [10]

### Selenskyj widerspricht

„Noch am 27. März 2022 hatte Selenskyj den Mut gezeigt, die Ergebnisse der



Michael von der Schulenburg  
Bild: Wikimedia Commons, Ferran Cornellà, CC BY-SA 4.0

### Quellen/Anmerkungen:

- [1] Unter Einbezug von Gesprächen mit Michael von der Schulenburg und Hilde Schramm. Die ausführliche Version findet sich demnächst in <https://hajofunke.wordpress.com/>
- [2] [www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBz8](https://www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBz8); vgl. auch ARD vom 17.2.23 und Tagesspiegel vom 10.02.23
- [3] [www.berliner-zeitung.de/open-source/naftalibennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.31487](https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftalibennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.31487)
- [4] ebd.
- [5] ebd.
- [6] vgl. Michael von der Schulenburg: UN-Charta: Verhandlungen! In: Emma vom 6. März 2023
- [7] Eigene Übersetzung aus der uns zugänglich gemachten englischen Version: Vgl. Farida Rustamova vom 29.03.2022 nach einem Link aus Sabine Fischer: Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible. SWP-Aktuell 2022/A 66, 28.10.2022. (This is an English translation of this article, kindly made by Kevin Rothrock from Meduza).
- [8] vgl. Petra Erler: Betreff: Rückblick März 2022: Wer kein schnelles Kriegsende in der Ukraine wollte, in: „Nachrichten einer Leuchtturmwärterin“, 1. September 2023
- [9] vgl. Michael von der Schulenburg: UN-Charta: Verhandlungen! In: Emma vom 6. März 2023
- [10] NATO, 24.03.22: Statement by NATO Heads of State and Government. „We condemn Russia’s invasion of Ukraine in the strongest possible terms. We call on President Putin to immediately stop this war and withdraw military forces from Ukraine, and call on Belarus to end its complicity, in line with the Aggression against Ukraine Resolution adopted at the UN General Assembly of 2 March 2022. Russia should comply with the 16 March ruling by the UN International Court of Justice and immediately suspend military operations. Russia’s attack on Ukraine threatens global security. Its assault on international norms makes the world less safe. President Putin’s escalatory rhetoric is irresponsible and destabilizing.“

Der ehemalige Premierminister des Vereinigten Königreichs Boris Johnson bei einem Sonder-treffen der NATO und G7-Führer am 24.03.2022  
Bild: Wikimedia Commons, Lizenz: Andrew Parsons / No 10 Downing Street, OGL 3.0



## Quellen/Anmerkungen:

[11] ebd., vgl. auch ZEIT-online vom 28.03.22  
<[www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/selenskyj-interview-medienaufsicht-warnung](https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/selenskyj-interview-medienaufsicht-warnung)>

**Wolodymyr Selenskyj** will Forderung nach Neutralität „gründlich“ prüfen [...] In den Verhandlungen über ein Ende des Kriegs in der Ukraine will die Regierung in Kiew die Frage der von Russland geforderten Neutralität des Landes „gründlich“ prüfen. Dies sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am Sonntag in einem Interview mit mehreren unabhängigen russischen Medien. „Dieser Punkt der Verhandlungen ist für mich verständlich und er wird diskutiert, er wird gründlich geprüft“, sagte Selenskyj. Eine Neutralität der Ukraine ist eine der russischen Hauptforderungen in den Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Der Kreml hatte unlängst das Modell Schwedens oder Österreichs als mögliches Vorbild genannt. Die Ukraine müsste bei einem solchen Neutralitätsmodell auf einen Beitritt zur NATO verzichten, was Selenskyj aber bereits in Aussicht gestellt hat. Die Ukraine sei auch zur Neutralität bereit, sagte Selenskyj weiter. „Wir müssen uns mit dem Präsidenten der Russischen Föderation einigen“, gab er an [...] Ein Sieg für die Ukraine bestünde für ihn darin, wenn sich die russischen Truppen in die von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiete im Osten „zurückziehen“. „Von dort aus werden wir versuchen, die Donbas-Frage zu lösen“, sagte Selenskyj, der betonte: „Wir verstehen, dass es unmöglich ist, das Gebiet vollständig zu befreien.“

[12] vgl. auch: <<https://chasfreeman.net/the-many-lessons-of-the-ukraine-war/>>

**Chas Freeman:** The Many Lessons of the Ukraine War, in: Chas Freeman 2023-09-26: „In mid-March 2022, the government of Turkey and Israeli Prime Minister Naftali Bennett mediated between Russian and Ukrainian negotiators, who tentatively agreed on the outlines of a negotiated interim settlement. The agreement provided that Russia would withdraw to its position on February 23, when it controlled part of the Donbas region and all of Crimea, and in exchange, Ukraine would promise not to seek NATO membership and instead receive security guarantees from a number of countries. A meeting between Russian President Putin and Ukrainian President Zelensky was in the process of being arranged to finalize this agreement, which the negotiators had initiated ad referendum – meaning subject to the approval of their superiors. On March 28, 2022, President Zelensky publicly affirmed that Ukraine

ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen vor russischen Journalisten in aller Öffentlichkeit zu verteidigen.“ [11]

Nach von der Schulenburg hatte es sich bei den russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen um eine historisch einmalige Besonderheit gehandelt, die nur dadurch möglich war, weil sich Russen und Ukrainer gut kennen und die „gleiche Sprache sprechen“. [12]

Am 28. März erklärte Putin, als ein Zeichen des guten Willens die Bereitschaft, Truppen aus dem Raum Charkow und dem Raum Kiew abzuführen; dies geschah offenkundig bereits vor dieser öffentlichen Erklärung.

## Die Absage an Selenskyj und Putin

Am 29. März 2022 telefonierten Scholz, Biden, Draghi, Macron und Johnson erneut zur Lage in der Ukraine. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich offenbar die Haltung wichtiger westlicher Bündnispartner verhärtet. Sie formulierten im Gegensatz zum Vorgehen von Bennett und Erdoğan Vorbedingungen für Verhandlungen:

„Die Staats- und Regierungschefs waren sich einig, die Ukraine weiter tatkräftig zu unterstützen. Sie drängten den russischen Präsidenten Putin erneut dazu, einer Waffenruhe zuzustimmen, alle

Kampfhandlungen einzustellen, die russischen Soldaten aus der Ukraine abzuführen und eine diplomatische Lösung [...] zu ermöglichen.“ [13]

Die *Washington Post* berichtete am 5. April, dass in der NATO die Fortsetzung des Krieges gegenüber einem Waffenstillstand und einer Verhandlungslösung bevorzugt wird: „Für einige in der NATO ist es besser, wenn die Ukrainer weiterkämpfen und sterben als einen Frieden zu erreichen, der zu früh kommt oder zu einem zu hohen Preis für Kiew und das übrige Europa.“ Selenskyj solle „so lange weiterkämpfen, bis Russland vollständig besiegt ist“.

## Boris Johnson am 9. April 2022: Wir führen den Krieg weiter

Am 9. April 2022 traf Boris Johnson unangemeldet in Kiew ein und erklärte dem ukrainischen Präsidenten, dass der Westen nicht bereit sei, den Krieg zu beenden. Laut britischem *Guardian* vom 28. April hatte Premier Johnson den ukrainischen Präsidenten Selenskyj „angewiesen“, „keine Zugeständnisse an Putin zu machen“.

Darüber berichtete die *Ukrainska Pravda* am 5. Mai 2022 in zwei Beiträgen ausführlich:

„Kaum hatten sich die ukrainischen Unterhändler und Abramovich/Medins-



ky nach den Ergebnissen von Istanbul auf die Struktur eines möglichen künftigen Abkommens in groben Zügen geeinigt, erschien der britische Premierminister Boris Johnson fast ohne Vorwarnung in Kiew.

Johnson brachte zwei einfache Botschaften mit nach Kiew. Die erste lautet, dass Putin ein Kriegsverbrecher sei; man sollte Druck auf ihn ausüben, nicht mit ihm verhandeln. Die zweite lautet, dass selbst wenn die Ukraine bereit sei, mit Putin einige Vereinbarungen über Garantien zu unterzeichnen, es der kollektive Westen aber nicht ist. Wir können [ein Abkommen] mit Ihnen [der Ukraine] unterzeichnen, aber nicht mit ihm. Er wird sowieso alle über den Tisch ziehen“, fasste einer der engen Mitarbeiter Selenskyjs den Kern des Besuchs von Johnson zusammen. Hinter diesem Besuch und den Worten Johnsons verbirgt sich weit mehr als nur die Abneigung, sich auf Abkommen mit Russland einzulassen. Johnson vertrat den Standpunkt, dass der kollektive Westen, der noch im Februar vorgeschlagen hatte, Selenskyj solle sich ergeben und fliehen, nun das Gefühl habe, dass Putin nicht wirklich so mächtig ist, wie sie es sich zuvor vorgestellt hatten. Darüber hinaus bestehe eine Chance, ihn ‚unter Druck zu setzen‘. Und der Westen will sie nutzen.“ [14]

Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) meldete am 12. April, dass die britische Regierung unter Johnson auf einen militärischen Sieg der Ukraine setzt. Die konservative Unterhausabgeordnete Alicia Kearns sagte: „Lieber bewaffnen wir die Ukrainer bis an die Zähne, als dass wir Putin einen Erfolg gönnen.“ Die britische Außenministerin Liz Truss bekundete in einer Grundsatzrede, dass der „Sieg der Ukraine [...] für uns alle eine strategische Notwendigkeit“ sei und daher die militärische Unterstützung massiv ausgeweitet werden müsse. Guardian-Kolumnist Simon Jenkins warnte: „Liz Truss riskiert, den Krieg in der Ukraine für ihre eigenen Ambitionen anzufachen“. Dies sei wohl der erste Tory-Wahlkampf, „der an den Grenzen Russlands ausgetragen wird“. Johnson und Truss wollten, dass Selenskyj „so lange weiterkämpft, bis Russland vollständig besiegt ist. Sie brauchen

einen Triumph in ihrem Stellvertreterkrieg. In der Zwischenzeit kann jeder, der nicht ihrer Meinung ist, als Schwächling, Feigling oder Putin-Anhänger abgetan werden. Dass dieser Konflikt von Großbritannien für einen schäbigen bevorstehenden Führungswettstreit missbraucht wird, ist widerwärtig.“

Nach seinem Kiew-Besuch am 25. April 2022 erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, die USA wollten die Gelegenheit nutzen, um Russland im Zuge des Ukraine-Kriegs auf Dauer militärisch und wirtschaftlich niederzurufen. [15] Laut *New York Times* geht es der US-Regierung nicht mehr um einen Kampf über die Kontrolle der Ukraine, sondern um einen Kampf gegen Moskau im Zuge eines neuen Kalten Krieges.

Bei dem von Austin einberufenen Treffen von Verteidigungsministern der NATO-Mitglieder und weiterer Staaten in Ramstein in Rheinland-Pfalz am 26. April 2022 gab der Pentagon-Chef den militärischen Sieg der Ukraine als strategisches Ziel vor. [16]

Der türkische Außenminister Çavuşoğlu wird später über die gescheiterte Friedenskonferenz in Istanbul sagen:

„Einige NATO-Staaten wollten, dass der Krieg in der Ukraine weitergeht, um Russland zu schwächen.“ [17]

Die amerikanische Zeitschrift *Responsible Statecraft* schrieb am 2. September 2022: „Hat Boris Johnson geholfen, ein Friedensabkommen in der Ukraine zu verhindern?“ Einem kürzlich in der Zeitschrift *Foreign Affairs* erschienenen Artikel zufolge haben Kiew und Moskau möglicherweise bereits im April eine vorläufige Vereinbarung zur Beendigung des Krieges getroffen. Russland und die Ukraine könnten sich bereits im April auf ein vorläufiges Abkommen zur Beendigung des Krieges geeinigt haben, heißt es in einem kürzlich erschienenen Artikel in *Foreign Affairs*. „Laut mehreren ehemaligen hochrangigen US-Beamten, mit denen wir gesprochen haben, schienen sich russische und ukrainische Unterhändler im April 2022 vorläufig auf die Umrisse einer ausgehandelten Zwischenlösung geeinigt zu haben“, schrei-

was ready for neutrality combined with security guarantees as part of a peace agreement with Russia. But on April 9 British Prime Minister Boris Johnson made a surprise visit to Kyiv. During this visit, he reportedly urged Zelensky not to meet Putin because (1) Putin was a war criminal and weaker than he seemed. He should and could be crushed rather than accommodated; and (2) even if Ukraine was ready to end the war, NATO was not.“

[13] Petra Erler: Betreff: Rückblick März 2022: Wer kein schnelles Kriegsende in der Ukraine wollte, in: „Nachrichten einer Leuchtturmwärterin“, 1. September 2023. *Ukrainska Pravda*, 5. Mai.2022: Von Selenskyjs „Kapitulation“ zu Putins Kapitulation: Wie die Verhandlungen mit Russland verlaufen

[14] <[www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/](http://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/)>; <[www.pravda.com.ua/eng/articles/2022/05/5/7344096/](http://www.pravda.com.ua/eng/articles/2022/05/5/7344096/)>

[15] vgl. Tagesschau, vom 25.04.2022: „Austin hält Sieg der Ukraine für möglich. Nach Einschätzung Austins kann die Ukraine die russischen Streitkräfte mit ausreichend militärischer Unterstützung sogar besiegen. ‚Sie können gewinnen, wenn sie die richtige Ausrüstung und die richtige Unterstützung haben‘, sagte Austin. Der erste Schritt zum Sieg sei der Glaube daran, gewinnen zu können, so der US-Verteidigungsminister weiter.“

[16] NYT, 25.04.22: „Behind Austin’s Call for a ‘Weakened’ Russia, Hints of a Shift. The United States is edging toward a dynamic that pits Washington more directly against Moscow, and one that U.S. officials see as likely to play out for years“ „Emboldened by Ukraine’s Grit, U.S. Wants to See Russia Weakened. Hours after the American secretaries of defense and state met with Ukraine’s president in Kyiv, Russia hit at least five Ukrainian railway stations in rocket attacks.“

[17] vgl. Emma vom 6. März 2023: „UN-Charta: Verhandeln“ von Michael von der Schulenburg. Bei ihm heißt es weiter: „Auch nach dem Ausbruch des Krieges wurden alle unternommenen Friedensbemühungen von der NATO, insbesondere von den USA und UK, torpediert. In der ersten Woche des März bemühte sich bereits der damalige Premierminister Israels, Naftali Bennett, um einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine. Nach seinen kürzlich gemachten Aussagen hatte Russland und Ukraine ein großes Interesse an einem schnellen Ende des Krieges. Durch Konzessionen Russlands war auch, so Bennet, ein Waffenstillstand „in greifbare Nähe“ gerückt. Dazu kam es aber nicht, denn, so Bennet weiter, „sie (die USA und UK) haben einen Waffenstillstand blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht“.

[18] <<https://responsiblestatecraft.org/2022/09/02/diplomacy-watch-why-did-the-west-stop-a-peace-deal-in-ukraine/>>

[19] ebd.

[20] <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/69390>>

[21] Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden: <<https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/sonderausgabe-vom-28-august-2023.html>>

ben Fiona Hill und Angela Stent. „Russland würde sich auf seine Position vom 23. Februar zurückziehen, als es einen Teil der Region Donbas und die gesamte Krim kontrollierte, und im Gegenzug würde die Ukraine versprechen, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben und stattdessen Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern zu erhalten. Die Entscheidung, das Abkommen scheitern zu lassen, fiel mit Johnsons Besuch in Kiew im April zusammen, bei dem er den ukrainischen Präsidenten Selenskyj drängte, die Gespräche mit Russland aus zwei wesentlichen Gründen abzubrechen: Mit Putin kann man nicht verhandeln, und der Westen ist nicht zu einem Ende des Krieges bereit.“ [18]

Der Autor stellt in seinem Beitrag Fragen, die im weiteren Verlauf des Krieges immer größere Bedeutung gewonnen haben:

„Diese offensichtliche Enthüllung wirft einige wichtige Fragen auf: Warum wollten die westlichen Führer Kiew davon abhalten, ein offenbar gutes Verhandlungsergebnis mit Moskau zu unterzeichnen? Betrachten sie den Konflikt als einen Stellvertreterkrieg mit Russland? Und vor allem: Was wäre nötig, um wieder zu einem Verhandlungsergebnis zurückzukehren?“ [19]

In seiner Ankündigung der Teilmo-bilmachung erklärte Putin am 21. September 2022:

„Das möchte ich heute zum ersten Mal öffentlich machen. Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation, insbesondere nach den Gesprächen in Istanbul, äußerten sich die Kiewer Vertreter recht

positiv zu unseren Vorschlägen. Diese Vorschläge betrafen vor allem die Gewährleistung der Sicherheit und Interessen Russlands. Aber eine friedliche Lösung passte dem Westen offensichtlich nicht, weshalb Kiew nach der Abstimmung einiger Kompromisse tatsächlich befohlen wurde, alle diese Vereinbarungen zunichte zu machen.“ [20]

Anlässlich des Besuchs einer afrikanischen Friedensdelegation am 17. Juni 2023 zeigte Putin die in Istanbul ad referendum akzeptierte und paraphierte Vereinbarung demonstrativ in die Kameras.

### Fazit: vertane Chance

Anhand der öffentlich zugänglichen Berichte und Dokumente ist nicht nur nachvollziehbar, dass es im März 2022 eine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft sowohl der Ukraine als auch Russlands gab. Offensichtlich einigten sich die Verhandlungspartner sogar ad referendum auf einen Vertragsentwurf. Selenskyj und Putin waren zu einem bilateralen Treffen bereit, bei dem das Verhandlungsergebnis finalisiert werden sollte. Die Tatsache, dass die wesentlichen Verhandlungsergebnisse auf einem Vorschlag der Ukraine beruhten, Selenskyj diese noch am 27. März 2022 gegenüber russischen Journalisten sehr positiv bewertet und sich bereits zuvor in ähnlicher Weise geäußert hatte, belegt, dass der Ausgang der Istanbul Verhandlungen durchaus den ukrainischen Interessen entsprach. Umso schwerer wiegt die westliche Intervention, die ein frühzei-

tiges Ende des Krieges verhinderte. Die Verantwortung Russlands für den völkerrechtswidrigen Angriff wird nicht dadurch relativiert, dass die Verantwortung für die in der Folge entstandenen schwerwiegenden Konsequenzen für die Ukraine und deren westliche Unterstützer auch den Staaten zuzurechnen ist, die die Fortsetzung des Krieges verlangt haben.

Der Krieg hat nun ein Stadium erreicht, in dem eine weitere gefährliche Eskalation und eine Ausweitung der Kampfhandlungen nur durch einen Waffenstillstand verhindert werden kann, der vielleicht zum letzten Mal eine friedliche Lösung durch Verhandlungen ermöglicht. Es gibt Friedensvorschläge von China, der Afrikanischen Union, Brasilien, Mexiko, Indonesien, einen auf Einladung des Vatikans entwickelten Vorschlag sowie einen von deutschen Experten vorgeschlagenen Weg zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. [21] Der Verlauf des Krieges seit den gescheiterten Istanbul-Verhandlungen und der gegenwärtig äusserst kritische Zeitpunkt sollten den verantwortlichen Staaten Anlass genug für ein Umdenken sein.



Bild zeigt Armenier, die während des Völkermords an den Armeniern getötet wurden. Bild entnommen aus „Botschafter Morgenthau's Geschichte“, geschrieben von Henry Morgenthau, Sr. und veröffentlicht im Jahr 1918, (Public Domain)

## Landschaft nach der Schlacht, oder: Armeniens düstere Zukunft

*Der aktuell wieder dramatisch entflammte Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern im Gazastreifen wirft einen langen Schatten auf den Rest der Welt. Im Windschatten der durch andere Krisen und Konflikte abgelenkten Weltöffentlichkeit hat Aserbaidschans Diktator Alijew schon mehrfach erfolgreich gegen die Armenier operiert. Er könnte es nach der Einverleibung Berg-Karabachs bald schon wieder versuchen. Dieses Mal gegen die Republik Armenien.*

**Autor:** Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens.



Der über dreißigjährige Krieg um Berg-Karabach (armenisch: Artsach) ist entschieden. Nach der Eroberung durch Aserbaidschan leben so gut wie keine Armenier mehr in dieser Region. Erstmals seit drei Jahrtausenden. – Aber Ilham Alijews Hunger scheint immer noch nicht gestillt.

Für die meisten Menschen in Europa sind Armenien und Berg-Karabach weiße Flecken auf der Landkarte. Daher hier ein Überblick über die Hintergründe des Konfliktes und ein Ausblick auf die noch lange nicht beendete Bedrohung der Armenier durch die verbündeten beiden Despoten im Osten und Westen des Landes.

**Armenien ...**

Armenien im Südkaukasus. Zweitkleinstes Land aus der Zerfallsmasse der Sowjetunion. Mit einem der ältesten Völker der Welt, das bereits die Hochkultur Mesopotamiens mitprägte. Dass es auch das erste christliche Volk auf der Welt ist, im Jahre 303 christianisiert durch Grigor den Erleuchter, hat ihm außer einigen folgenlosen Sympathiebekundungen der westlichen Welt nie etwas geholfen.

Dieses Land – mittlerweile auf einen Bruchteil seiner größten Ausdehnung geschrumpft, das Volk auf verschiedene Länder der Region, nein: über die ganze Welt verstreut – geriet im Laufe von zweieinhalb Jahrtausenden immer wieder zwischen die Mühlsteine benachbar-

Dieser Text wurde zuerst am 17.10.2023 auf [www.russlandkontrovers.com](http://www.russlandkontrovers.com) unter der URL <http://www.russlandkontrovers.com/landschaft-nach-der-schlacht-oder-armeniens-duistere-zukunft> veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, Russlandkontrovers, CC BY-NC-ND 4.0

ter Großmächte mit imperialen Ambitionen: Parther, Römer, Byzantiner, Perser, Osmanen und Russen – alle hielten sie sich schadhaft an dieser Region, an diesem Land, an diesem Volk. Geographie ist Schicksal.

Und immer wieder wurde dieses Volk Opfer blutigster Pogrome, Massaker bis hin zu einem Genozid, den sich später Hitler zum Vorbild für die Ermordung der europäischen Juden nahm. Im Osmanischen Reich wurden bereits zwischen 1894 und 1896 bis zu 300.000 Westarmenier ermordet, bevor 1915/16 das „Komitee für Einheit und Fortschritt“ (İttihat) der sogenannten Jungtürken im Schatten des I. Weltkriegs einen bis heute von der Türkei nicht anerkannten Völkermord an der armenischen Bevölkerung verübte, dem bis zu anderthalb Millionen Armenier zum Opfer fielen. Die Mehrheit von ihnen wurde auf hunderte Kilometer langen Todesmärschen buchstäblich in die mesopotamische Wüste getrieben, wo sie jämmerlich zugrunde gingen. Große Diasporagemeinden der Überlebenden gibt es seitdem in Russland, den USA und Südamerika, in Westeuropa vor allem in Frankreich. Von den rund zehn Millionen ethnischen Armeniern leben heute mehr als zwei Drittel im Ausland.

Der Genozid und dessen Leugnung bis auf den heutigen Tag durch die Nachfahren der Täter sind seitdem *das* Trauma aller Armenier, wo auch immer auf der Welt sie leben, und es gibt keine armenische Familie, die nicht Opfer zu beklagen hätte.

### ... und Berg-Karabach

Berg-Karabach (armenisch: Arzach), die Region südöstlich der heutigen Republik Armenien, ungefähr von der doppelten Größe des Saarlands, seit drei Jahrtausenden überwiegend von Armeniern bewohnt und mit seinen zahlreichen uralten Kirchen und Klöstern, die bis ins 4. Jahrhundert n.Chr. zurückreichen, kulturell geprägt, ist für die Armenier als eine ihrer Ursprungsregionen emotional hochbesetzt. Sie war Anfang des 19. Jahrhunderts unter die Herrschaft des russischen Zaren gefallen, der sie aller-

dings nicht dem seit 1828 unter seiner Macht befindlichen Ostarmenien, dem „Gouvernement Eriwan“ – geographisch in weiten Teilen identisch mit der heutigen Republik Armenien –, sondern, die kaukasischen Ethnien gegeneinander ausspielend, dem mehrheitlich von Aseris bewohnten Gouvernement Jelisawetpol (heute: Gandscha) anschloss.

Nach der Oktoberrevolution setzte der Vorsitzende des „Transkaukasischen Komitees“, Josif Stalin, die Politik des „Teile und herrsche!“ fort und schlug im Sommer 1921 das damals zu 95% von Armeniern bewohnte Gebiet gegen den erklärten Willen der lokalen Bevölkerung als „Autonomen Oblast“ der Sowjetrepublik Aserbaidshan zu. Baku vernachlässigte in den Folgejahrzehnten die Region ökonomisch, während es zugleich durch eine gezielte aserische Ansiedlungspolitik den Anteil der Armenier bis Ende der Achtziger Jahre auf 80% senkte.

### Der über dreißigjährige Konflikt

Als am 20. Februar 1988 die „Autonome Region Berg-Karabach“ die Abspaltung von der Sowjetrepublik Aserbaidshan und die Vereinigung mit der Sowjetrepublik Armenien forderte, kam es in mehreren aserbaidshanischen Städten zu blutigen antiarmenischen Pogromen, bei denen hunderte Armenier massakriert wurden. Die Logik der wechselseitigen ‚ethnischen Säuberungen‘ kam in Gang: 300.000 Armenier flohen in der Folgezeit aus Aserbaidshan ins benachbarte Armenien und andere Sowjetrepubliken und 200.000 in Armenien lebende Aseris nach Aserbaidshan. Kampfhandlungen zwischen bewaffneten Einheiten Aserbaidshans und Armeniern konnten von der Moskauer Zentrale nur zeitweise eindämmt werden, und Anfang Dezember 1991 spaltete sich die Region Berg-Karabach in Übereinstimmung mit dem damals geltenden sowjetischen Recht von Aserbaidshan ab und erklärte sich zur autonomen Sowjetrepublik innerhalb der damals noch existierenden UdSSR. (Dass die Sowjetunion Ende 1991 anhand der Grenzen ihrer Unionsrepubliken zerfiel, die ih-

rerseits jedoch zum Teil willkürlich gezogen worden waren, ist ein Grund für die blutigen Auseinandersetzungen, nicht nur um Karabach/Arzach, für die gerne auch zynisch das Völkerrecht in Anspruch genommen wird.)

Den folgenden Krieg mit Zehntausenden Toten zwischen den nun unabhängig gewordenen Republiken Armenien und Aserbaidshan um Arzach gewann 1994 Armenien, das nach einem durch Russland vermittelten Waffenstillstand zudem sieben aserbaidshanische Anrainerregionen (nach offiziellen Angaben: aus militärischen Gründen) widerrechtlich okkupierte und die lokale Bevölkerung – um die 550.000 Menschen, die anschließend jahrzehntelang in Flüchtlingscamps vegetierten – nach Aserbaidshan vertrieb.

Nach über zweieinhalb Jahrzehnten ergebnisloser Verhandlungen im Rahmen der „Minsker Gruppe“ schaffte Alijew durch seine brutalen Überfälle im Herbst 2020 und nun drei Jahre später aktuelle Fakten:

---

**Erstmals seit drei Jahrtausenden leben in Arzach so gut wie keine Armenier mehr. Und es ist zu befürchten, dass nun – wie bereits in Ostanatolien und Nachitschewan – der „kulturelle Genozid“ beginnt: Die systematische Zerstörung der zahlreichen armenischen Klöster, Kirchen, Kreuzsteine und Friedhöfe.**

---

### Angriff auf die Republik Armenien?

Aber das Ende der Armenier in Karabach könnte sich erst als Beginn einer noch viel größeren Katastrophe erweisen: Alijews engster Verbündeter, Recep Tayyip Erdoğan, betrachtet das turkstämmige Aserbaidshan als Brudervolk – „eine Nation, zwei Staaten“ – und Brücke zur Realisierung weit ausgreifender neosomanischer Träume: ein pantürkisches Reich „von der Adria bis zur chinesischen Mauer“! [1] Träume, denen das christliche Armenien schon immer geographisch im Wege stand.

Als ersten Schritt verlangen beide Brüder im Geiste immer vehement-



Karte zum Konflikt um Bergkarabach.  
(Wikimedia Commons)

von Jerewan die Öffnung einer Landverbindung zwischen der westlich von Armenien befindlichen aserbaidshanischen Exklave Nachitschewan und Aserbaidshan. Eine Landverbindung über das Terrain der Republik Armenien, parallel zur armenisch-iranischen Grenze: der von Alijew so genannte „Sangesur-Korridor“. Damit wäre, da Nachitschewan im Nordwesten eine 17 Kilometer schmale Grenze zur Türkei aufweist, Erdoğan's erstes Etappenziel, eine Landverbindung zum Kaspischen Meer, realisiert.

Im durch die Aufnahme von mehr als 100.000 Karabach-Flüchtlingen völlig in Beschlag genommenen Armenien überschlagen sich gerade die Gerüchte [2]. Sie reichen von Regime Change-Ab-sichten Putins gegen den ihm verhassten, westlich orientierten Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan bis zur Annexion des gesamten Landes durch Russland.

Eine Realisierung des geforderten Korridors quer durch die südarmenische Provinz Sjunik, könnte zudem den Iran auf den Plan rufen, der nicht nur um seine Handelsroute Richtung Kaukasus fürchtet, sondern auch wegen möglicher separatistischer Tendenzen unter der aserbaidshanischen Minderheit im Nordosten des Landes besorgt ist. „Die uralte Rivalität zwischen dem Iran und der Türkei“, so die Kaukasus-Expertin Amalia van Gent, „könnte einmal mehr

einen Flächenbrand auslösen, der nicht nur den Südkaukasus, Iran und die Türkei betreffen würde, sondern auch Israel, das sich Aserbaidshans strategischer Alliiertes nennt, und womöglich sogar Indien, das mit dem Iran paktiert.“ [3]

Der designierte Botschafter Armeniens bei der EU, Tigran Balayan, warnte am 6. Oktober vehement vor einer Invasion Aserbaidshans auf armenisches Terrain „innerhalb weniger Wochen“ [4]. Auf die Kapitulation Berg-Karabachs werde ein Angriff auf Armenien selbst folgen. Dieses Schreckensszenario ist durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Ilham Alijew jedenfalls hat mehrfach unmissverständlich erklärt, dass er es nicht nur auf die von ihm „Westaserbaidshan“ genannten südarmenischen Provinzen Sjunik und Wajoz Dsor [5], sondern auch auf die Hauptstadt Jerewan abgesehen hat [6].

Man sollte ihn bitterernst nehmen!

## Quellen:

- [1] Global Bridge, Amalia van Gent, „Karabach: Einmal mehr siegt die nackte Gewalt!“, am 2.10.2023, <<https://globalbridge.ch/karabach-einmal-mehr-siegt-die-nackte-gewalt/>>
- [2] ERF Plus, „Wir sind in einer Situation, wo nur Gott uns helfen kann“, am 29.9.2023, <<https://www.erf.de/hoeren-sehen/erf-plus/audiothek/aktuelles-vom-tag/wir-sind-in-einer-situation-wo-nur-gott-uns-helfen-kann/6719-7447>>
- [3] Global Bridge, Amalia van Gent, „Karabach: Einmal mehr siegt die nackte Gewalt!“, am 2.10.2023, <<https://globalbridge.ch/karabach-einmal-mehr-siegt-die-nackte-gewalt/>>
- [4] Brussels Signal, Tadhg Pidgeon, „Armenia fears Azerbaijani invasion ‘within weeks’“, am 6.10.2023, <<https://brusselsignal.eu/2023/10/06/armenia-fears-azerbaijani-invasion-within-weeks/>>
- [5] The American Reporter, Richard Brown, „Armenia“, am 30.7.2021, <<https://www.theamericanreporter.com/aliyev-toxic-statements-are-a-danger-to-the-peace-with-armenia/>>
- [6] Eurasianet, Joshua Kucera, „Azerbaijan President Calls for Return to ‘Historic Lands’ in Armenia“, am 13.2.2018, <<https://eurasianet.org/azerbaijan-president-calls-for-return-to-historic-lands-in-armenia>>

# Deutschlands historische Schuld gegenüber den Palästinensern

*Die Verbrechen des deutschen Faschismus sind von einer derart enormen Tragweite, dass sie fast unmöglich zu begreifen sind. Ohne Frage war der Holocaust in seinem Ausmaß das Abscheulichste, der systematische Versuch des Nazi-Regimes, das jüdische Volk zu vernichten, der letztendlich zum Massenermord an etwa zwei Dritteln der europäischen jüdischen Bevölkerung führte. Es ist nur richtig, dass der heutige deutsche Staat sich als historisch verantwortlich gegenüber den Juden sieht, sowohl im Inland als auch im Ausland. Dieser Punkt sollte unstrittig sein. Es gibt jedoch unterschiedliche Positionen dazu, was die Natur dieser Verantwortung beinhalten sollte.*

## Autor: Marcel Cartier

Marcel Cartier ist ein international anerkannter Hip-Hop-Künstler, Journalist und Autor von zwei Büchern über die kurdische Befreiungsbewegung, darunter das 2019 erschienene „Serkeftin: A Narrative of the Rojava Revolution“. Dieses war eine der ersten umfassenden Darstellungen in englischer Sprache der zivilen und politischen Strukturen, die nach 2012 in Nordsyrien etabliert wurden.



Für den modernen deutschen Staat bedeutet Verantwortung, den Staat Israel als den primären Vertreter des jüdischen Volkes anzusehen. Es bedeutet, ernsthafte Kritik an Israels Behandlung der Palästinenser zu vermeiden. Deutschland lehnt es ab, rückblickend zu bewerten, wie das Land durch ethnische Säuberung gegründet wurde und stellt sich sicherlich nicht aktiv gegen den heutigen Status Quo, in dem ein System der Besatzung und Apartheid herrscht.

Dass die Solidarität mit dem selbsternannten Jüdischen Staat heute über das Hissen israelischer Flaggen vor offiziellen Regierungsgebäuden hinausgeht, wo sie in der Folge des 7. Oktober wehten, erklärt auch, warum es unvermeidlich war, dass Kanzler Olaf Scholz etwas mehr als eine Woche später nach Tel Aviv reiste, um sein Beileid auszusprechen und eine Erhöhung der militärischen Unterstützung anzubieten, indem er sagte, Deutschlands Platz in schweren Zeiten sei „an der Seite Israels“. Die Vorstellung des deutschen Staates von „Nie wieder“ bedeutet, die Stabilität und Sicherheit Israels als jüdisches Heimatland zu gewährleisten. Er betrachtet Äußerungen des Anti-Zionismus als grundsätzlich antisemitisch.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht der deutschen Regierung steht die Auffassung, dass Israel nicht notwendigerweise das jüdische Volk repräsentiert. Diese Sichtweise hält entweder den Zionismus als Ideologie für grundsätzlich rassistisch und im Siedler-Kolonialismus verwurzelt oder hält zumindest den Staat Israel heute für eine Einrichtung, die die Vertreibung und brutale Unterdrückung des palästinensischen Volkes betreibt. Diese Ansicht macht den Unterschied aus zwischen der Kritik am israelischen Staat und Antisemitismus.

Diese Position ermöglicht es Juden selbst, ein Gefühl von Handlungsfähigkeit zu haben, indem sie wählen können, Isra-

els Handlungen zu unterstützen oder sich fest gegen die in ihrem Namen begangenen Verbrechen zu stellen. Für diejenigen, die letzterem zustimmen, bedeutet dies, dass „Nie wieder“ gleichermaßen für alle Szenarien gilt, die genozidale Ausmaße annehmen, nicht nur für diejenigen, die vorgeben, das jüdische Volk zu schützen.

## Schwierige Zeiten beim Widerstand gegen Kriegsverbrechen in Berlin

In Berlin sind dies schwierige Zeiten, wenn es darum geht, sich für die Befreiung Palästinas einzusetzen – oder einfach nur internationales Recht zu verteidigen. Kurz nachdem die Bomben auf Gaza niedergingen, besuchte Bernie Sanders Berlin und wurde mit großem Beifall empfangen. Jedoch war die stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SPD), Saskia Esken, nicht erfreut über seine Anwesenheit und sagte eine gemeinsame Veranstaltung mit ihm ab. Warum? Weil er die Dreistigkeit besaß, eine einfache humanitäre Aussage zu machen: „Die gezielte Tötung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen, egal wer sie begeht.“ Anscheinend zeigte Sanders – vielleicht die bekannteste jüdische politische Figur in der westlichen Welt – Antisemitismus, indem er sich auf die Genfer Konvention berief.

Demonstrationen zur Unterstützung Palästinas oder solche, die einfach nur eine humanitäre Pause oder Waffenruhe fordern, wurden verboten. In den deutschen Mainstream-Medien wurden diese Proteste als das Werk von „Hamis-Liebhabern“ oder „Judenhassern“ dargestellt. In einigen Fällen werden Proteste buchstäblich Minuten bevor sie beginnen sollen, verboten, wenn sich bereits Hunderte versammelt haben.

Wenn es darum geht, Kriegsverbrechen anzuprangern, hat der deutsche Staat entschieden, dass das Versammlungsrecht,

das in Deutschlands Grundgesetz verankert ist, einfach ignoriert werden kann. Ein oberflächlicher Blick auf diese illegalen Demonstrationen der letzten zwei Wochen zeigt, dass viele jüdische Organisationen sie ebenfalls unterstützt und aktiv daran teilgenommen haben, darunter der Jüdische Bund und die Jüdische Stimme. Tatsächlich wurden jüdische Aktivist\*innen von der Polizei weggebracht und verhaftet, weil Juden nicht das Recht haben, ihre Positionen zu vertreten.

Für die Palästinenser bedeutet das Verbot von Demonstrationen durch die Berliner Behörden einen umfassenden Angriff gegen ihre Identität. Wenn ein deutscher Polizist jemanden wegen des Tragens eines Kufiya festnimmt oder Schulen in der Hauptstadt den palästinensischen Schal verbieten, sagen sie, dass die palästinensische Identität die eines Terroristen ist.

Palästinenser werden mit Abschiebung bedroht, wenn sie als Unterstützer der Hamas oder auch Samidoun, dem Solidaritätsnetzwerk für palästinensische Gefangene, überführt werden (beide Organisationen wurden inzwischen verboten). Dies beinhaltet die Möglichkeit, dass Palästinenser nicht nur einmal (aus ihrer historischen Heimat) vertrieben wurden, sondern dann ein zweites Mal (jetzt aus Deutschland).

## Das andere Deutschland und die Palästinensische Befreiungsorganisation

Obwohl Deutschlands Nachkriegsgeschichte von Versuchen geprägt war, mit den Nazi-Verbrechen umzugehen, bedeutet dies nicht immer, dass staatliche Einrichtungen die gleiche Sichtweise gegenüber Israel haben wie der aktuelle Staat. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, oder Ostdeutschlands, bietet eine ganz andere Perspektive. Zunächst ist es wichtig zu verstehen, dass die DDR hauptsächlich als antifaschistischer Staat geschaffen wurde, etwas, das als noch wichtiger angesehen wurde als der Aufbau des Sozialismus. Ihre oberste Priorität war tatsächlich „Nie wieder“, weshalb dort ein wesentlich robusterer Entnazifizierungsprozess stattfand als im westlichen Teil des Landes.

Die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland, geschaffen von den USA, Großbritannien und Frankreich, wurde zu einem Land, in dem Nazi-Ideologen nicht nur in die Regierung aufgenommen werden durften, sondern aktiv für die Teilnahme am Kalten Krieg ausgesucht wurden. Auf der anderen Seite wusste ein Großteil der Führung der DDR aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, von den Nazis gehetzt und verfolgt zu werden – wir sollten nicht vergessen, dass die ersten Konzentrationslager für Kommunisten eingerichtet wurden und dass ihnen vorgeworfen wurde, Teil der globalen „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung“ zu sein.

1948 befürwortete die neu geschaffene Sozialistische Einheitspartei (SED), die in der sowjetischen Besatzungszone tätig war und im nächsten Jahr die DDR werden würde, die Gründung Israels und sagte: „Wir betrachten die Gründung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, tausenden Menschen, die unter Hitlers Faschismus sehr gelitten haben, ein neues Leben aufzubauen.“

Als klar wurde, dass der neue israelische Staat tatsächlich eine reaktionäre Einrichtung war, die das Rückkehrrecht für die 700.000 Flüchtlinge, die er geschaffen hatte, verweigerte und Kriegerrecht gegen die Palästinenser verhängte, änderte die SED-Führung ihre Meinung. Sie kehrte zur lange vertretenen Position der kommunistischen Bewegung gegenüber dem Zionismus zurück, nämlich dass er Ausdruck eines reaktionären, bürgerlichen Nationalismus sei, der immer die Patronage von Kolonial- und Imperialmächten suchte.

1973 richtete die DDR offizielle Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO, Palestine Liberation Organisation; Anm. d. Red.) von Jassir Arafat ein. Im selben Jahr lieferte sie Waffen an Syrien für den Einsatz im Jom-Kippur-Krieg gegen Israel. 1975 stimmte die DDR für eine UN-Resolution, die den Zionismus als Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung verurteilte.

Es ist kein Zufall, dass die PLO von der DDR unterstützt wurde, während zur gleichen Zeit eine andere entscheidende Befreiungsbewegung gegen die Herrschaft der Minderheit, die des African National Congress von Nelson Mandela, ebenfalls Unterstützung erhielt. Der

Kampf gegen die Apartheid war für die Führung der DDR untrennbar mit dem Kampf gegen den Siedlerkolonialismus in Palästina verbunden.

Dies geschah alles in der gleichen Zeit, als Westdeutschland enge Beziehungen zur rassistischen südafrikanischen Regierung pflegte und diejenigen, die sich gegen diese Herrschaft auflehnten, als „Terroristen“ bezeichnete – genauso wie die Palästinenser heute. Angesichts der Ähnlichkeiten in ihren Kämpfen ist es kein Wunder, dass Nelson Mandela am Ende der Apartheid einmal verkündete: „Unsere Freiheit ist unvollständig ohne die Freiheit der Palästinenser.“ Diese Geschichte der konkurrierenden deutschen Staaten, die 40 Jahre lang existierten, zeigt, dass es keine Einigkeit in der Frage gab, ob der Zionismus als Vertretung der legitimen Bestrebungen der Juden insgesamt betrachtet werden konnte.

## Die doppelte Verantwortung Deutschlands

Es sollte offensichtlich sein, dass das heutige Deutschland in der Tat keine Lehren aus der Geschichte gezogen hat. Die selektive Anwendung von „Nie wieder“ ist symbolisch, aber letztendlich bedeutungslos. Es ist an israelischen Kriegsverbrechen beteiligt. Und diejenigen, die antifaschistische Politik vertreten, haben die Verantwortung, sich dagegen zu stellen. Sich gegen Antisemitismus zu engagieren, sollte auch bedeuten, sich gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen der rassistischen Diskriminierung einzusetzen.

Da die Schaffung Israels von den Weltmächten vor dem Hintergrund des Versuchs Nazi-Deutschlands, das jüdische Volk auszulöschen, vereinbart wurde, bedeutet dies, dass die Konsequenzen – einschließlich der ethnischen Säuberung der palästinensischen arabischen Massen von dem, was zu Israel wurde – auch Deutschland angelastet werden sollten. Das bedeutet, dass Deutschland nicht nur eine Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk hat – es hat auch eine Verantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk. Einfach ausgedrückt, sollten Palästinenser nicht für die Verbrechen des Hitler-Faschismus leiden müssen, sei es zu Hause oder hier in Deutschland.



Dieser Text wurde zuerst am 27.10.2023 auf [www.covertactionmagazine.com](https://covertactionmagazine.com/2023/10/27/notorious-secret-team-headed-by-cia-agent-theodore-shackley-was-involved-in-the-kidnapping-and-assassination-of-italian-premier-aldo-moro-italian-parliamentary-investigations-show/) unter der URL <https://covertactionmagazine.com/2023/10/27/notorious-secret-team-headed-by-cia-agent-theodore-shackley-was-involved-in-the-kidnapping-and-assassination-of-italian-premier-aldo-moro-italian-parliamentary-investigations-show/> veröffentlicht. Lizenz: Denis Voltaire, Covert Action Magazine, CC BY-NC-ND 4.0



Aldo Moro bei einer Kundgebung in Barletta. (Foto: Sconosciuto / Wikimedia Commons / public domain)

# Die CIA war an der Entführung und Ermordung beteiligt: Das Schicksal des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro

Untersuchungen des italienischen Parlaments zeigen, dass das berüchtigte „Secret Team“ unter der Leitung des CIA-Agenten Theodore Shackley an der Entführung und Ermordung des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro beteiligt war.

Das „Secret Team“ war eine Gruppe aus CIA-Agenten unter der Leitung von Theodore Shackley, dem „Blonden Geist“ der CIA, die in den 1970er und 1980er Jahren an den skandalösesten außenpolitischen Interventionen der USA beteiligt war [1]. Darunter die „Oktober-Überraschung“ („October Surprise“) und die Iran-Contra-Affäre. Nun wurde durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse in Italien und durch unabhängige Untersuchungen festgestellt, dass Shackleys „Secret Team“ weitreichende Verbindungen zur Ermordung des italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro (1963-68 und 1974-76) hatte.

Moro war lange Zeit die Nemesis mächtiger konservativer Fraktionen des US-Establishments, da er auf einer direkten politischen Zusammenarbeit mit

der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) bestand.

Edwin P. Wilson, Mitglied im „Secret Team“, und sein Partner Frank Terpil – beide ehemalige CIA-Offiziere – führten umfangreiche Operationen in Gaddafis Libyen durch [2]; darunter die Lieferung von Waffen und militärischem Sprengstoff, politische Morde sowie die Ausbildung und logistische Unterstützung verschiedener internationaler Terrorgruppen. Dabei unter anderem die italienischen Roten Brigaden, die offiziell für die Entführung und Ermordung Moros im Jahr 1978 verantwortlich sind [3].

Für einige dieser illegalen Aktivitäten wurde Wilson Anfang der 1980er Jahre von der Bundesregierung angeklagt und verurteilt und verbrachte 20 Jahre im Gefängnis [4].

## Autor: Denis Voltaire

Denis Voltaire ist ein Forscher aus Frankreich, der in Washington D.C. studiert und gearbeitet hat.



In seiner Verteidigung vor Gericht behauptete Wilson stets, dass er solche Operationen im Auftrag seines früheren Arbeitgebers durchgeführt habe – der CIA.

Eine gefälschte eidesstattliche Erklärung, die von einem hochrangigen CIA-Beamten unterzeichnet wurde, überzeugte eine US-Jury davon, dass die Agency die beruflichen Kontakte zu Wilson ab 1971 eingestellt hatte [5].

Spätere Untersuchungen, die von Wilson und seinem Anwalt eingeleitet wurden, deckten den Betrug der Regierung jedoch auf und bewiesen, dass Wilson bis mindestens 1982 weiterhin für die CIA tätig war. Die Unterlagen über die Verbindung zwischen „Secret Team“ und der Moro-Operation bleiben geheim.

## Die bahnbrechenden Erkenntnisse der neuen Moro-Kommission

Nach offiziellen Angaben wurde der Präsident der italienischen Christdemokratie, Aldo Moro, am 16. März 1978 von einer linksradikalen Terrorgruppe – den Roten Brigaden – in Rom entführt.

Moro war in Begleitung eines sehr strengen und professionellen Sicherheitsdienstes auf dem Weg ins italienische Parlament, wo zum ersten Mal über die mögliche Beteiligung der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI – Partito Comunista Italiano) an einer Koalitionsregierung diskutiert wurde.

Moro wurde schließlich ermordet; seine Leiche wurde am 9. Mai 1978 auf dem Rücksitz eines roten Renaults im Zentrum von Rom gefunden.

Die bis heute hartnäckig verteidigte offizielle Darstellung lautete immer, dass die Roten Brigaden allein gehandelt hätten, ohne nennenswertes Eingreifen von außen – insbesondere von der Regierung.

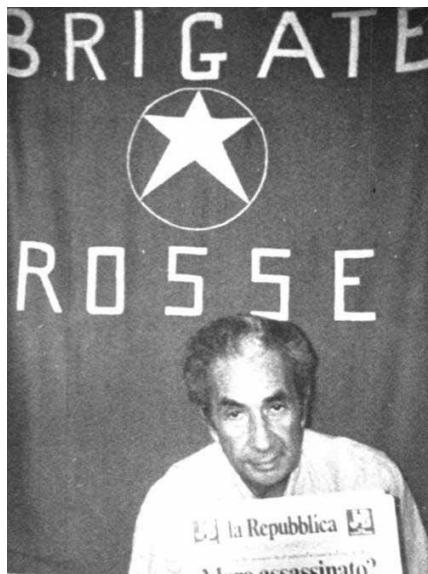
Dieser Autor hat über die hartnäckigen Fehler und Ungereimtheiten der offiziellen Darstellung berichtet und darüber, wie dies mehr als 35 Jahre nach den Ereignissen zur Einsetzung einer zweiten parlamentarischen Untersuchungskommission zum Fall Moro führte [6].

Die letzte Moro-Kommission war zwischen 2014 und 2017 tätig. Sie förderte äußerst wertvolles Beweismaterial zuta-

ge und erstellte mehrere Abschlussberichte [7], deren Ergebnisse weitgehend nicht mit der gängigen Darstellung übereinstimmen.

Es ist nun notwendig, sich auf die heikelsten Entdeckungen der Kommission zu konzentrieren, insbesondere auf den Hinweis zum „Secret Team“.

Die Einzelheiten der Gefangenschaft und des Todeskampfes von Moro im Frühjahr 1978 waren stets Gegenstand heftiger Diskussionen.



Das zweite Foto von Aldo Moro als Geisel der Roten Brigaden (Brigate Rosse). (Foto: Sconosciuto / Wikimedia Commons / public domain)

Ein besonders heftig und dauerhaft umstrittener Punkt ist das tatsächliche Versteck bzw. die tatsächlichen Verstecke, in denen Moro unmittelbar nach seiner Entführung in der Via Fani in Rom festgehalten wurde.

Mehrere unabhängige Untersuchungen und die letzte Moro-Kommission haben Beweise dafür gefunden, dass Wohneinheiten in der Via Massimi 91 und 96 in Rom nach der Operation in der Via Fani als Moros Gefängnis benutzt wurden.

Die fraglichen Einheiten gehörten dem „Institut für die religiösen Werke“ (ital.: Istituto per le Opere di Religione, IOR, Anm. d. Red.), dem finanziellen Arm des Vatikans, der in höchst umstrittene kriminelle Vorfälle in der Zeit von 1970 bis 1980 verwickelt war. Geleitet wurde es von dem noch umstritteneren amerikanischen Erzbischof Paul Marcinkus [8],

der enge Verbindungen zur Freimaurerei und zum US-Geheimdienst-Establishment hatte.

Noch beunruhigender ist, dass sich die Adresse in der Via Massimi 91 auch als Steuerdomizil des in den USA ansässigen Unternehmens Tumpane herausstellte – das in diesen Vorgängen als „Tumco“ (auch „Tumpco“) bezeichnet wird –, ein „amerikanisches Unternehmen, das Dienstleistungen für die NATO und das US-Militär in der Türkei erbracht hat“.

Der Moro-Kommission gelang es, Beweise dafür zu sammeln, dass „Tumco nachrichtendienstliche Aktivitäten zugunsten einer U.S.-militärischen Geheimdienststelle mit Sitz in der Via Veneto in Rom, allgemein bekannt als ‚The Annexe‘, durchführte“.

Unter Berücksichtigung der italienischen Operationen von Tumpane unterstützte [Tumco] offiziell das US-amerikanische Radarüberwachungsnetz zur Unterstützung der NATO mit der Bezeichnung Troposcatter/NADGE.5 [9].

Die Kommission stellte fest, dass diese Tätigkeiten den zuständigen italienischen Behörden nicht ordnungsgemäß gemeldet worden waren.

Diese Enthüllungen sind wichtig genug. Man muss jedoch hinzufügen, dass die Via Veneto in Rom auch die Straße ist, in der sich die US-Botschaft befindet.

Die Kommission fand auch heraus, dass die Einheit in der Via Massimi die Anwesenheit von Omar Yahia (1931-2003), einem libyschen Finanzier mit Verbindungen zu libyschen und US-amerikanischen Geheimdiensten, in großem Umfang beobachtet hatte [10].

Yahia „arbeitete intensiv mit den italienischen Geheimdiensten zusammen“ und „war höchstwahrscheinlich die Person, die den Kontakt zu der Quelle ‚Damiano‘ herstellte, die dem italienischen Geheimdienst hochwertige Informationen über die Roten Brigaden lieferte. Seine Operationen in der Via Massimi 91 bestätigen die Dichte der Geheimdienstpräsenz in dieser Wohnung“. [11]

Offensichtlich war sich die Kommission des äußerst sensiblen Charakters dieser Erkenntnisse bewusst und sah sich bereits einem unglaublichen Druck ausgesetzt, als sie die Einstufung der gesamten

Dokumentation über die geheimdienstlichen Verbindungen in der Via Massimi als geheim anordnete.

Kurz nachdem die Moro-Kommission ihre Tätigkeit eingestellt hatte, äußerte sich jedoch einer ihrer wichtigsten Vertreter, Marco Carra, noch deutlicher und beunruhigender.

Nachdem er auf die zahlreichen Ermittlungserfolge der Kommission hingewiesen hatte, hob Carra insbesondere das „Secret Team“ hervor: „Omar Yahia [stand] in Kontakt mit dem Secret Team, einer antikommunistischen Struktur, die von aktiven und pensionierten US-Geheimdienstmitarbeitern gegründet wurde, um die Einschränkungen der CIA infolge der Reformen des Watergate-Skandals auszugleichen. Es lohnt sich, diesen Namen – „Secret Team“ – im Hinterkopf zu behalten, denn er könnte im Zusammenhang mit der Moro-Affäre wieder in den Vordergrund rücken, und zwar als ‚Hauptakteur‘.“ [12]

Diese brisante Äußerung des Abgeordneten Carra, welche auch eindeutig beweist, dass die Kommission mehr wusste als sie zu veröffentlichen bereit war, wurde schnell in den Hintergrund gedrängt. [13]

Journalisten und Ermittler, die mit dem Fall vertraut sind und vom Autor kürzlich kontaktiert wurden, bestätigten, dass Carra nur äußerst ungern auf diese Episode zurückkommt und das Thema gänzlich vermeidet.

Diese jüngsten und bahnbrechenden Entwicklungen in Bezug auf die Verbindung zwischen den US-Geheimdiensten und der Moro-Affäre gewinnen noch mehr an Bedeutung (und die anschließende massive Vertuschung wird verständlicher), wenn man sie im historischen Kontext der US-Ermittlungen gegen Edwin Wilson und das „Secret Team“ betrachtet.

Die sensiblen Informationen, die von der letzten Moro-Kommission aufgedeckt wurden, stimmen perfekt mit den ursprünglichen Ermittlungen der US-Behörden überein, die schließlich Anfang der 1980er Jahre zur Anklage und Verurteilung von Wilson führten.



Aldo Moros Leiche wird am 09.05.1978 in einem roten Renault gefunden. (Foto: Bramfab / Wikimedia Commons / public domain)

Schließlich wurden umfangreiche illegale Operationen der Wilson-Gruppe aufgedeckt, insbesondere in Gaddafis Libyen [14]. Dies führte manchmal zu verblüffenden Verbindungen des „Secret Teams“ zum internationalen Terrorismus, auch – und das ist für unseren Fall wichtiger – in Italien.

Im Juni 1981 berichtete Seymour Hersh für die *New York Times* unter Berufung auf eine solche Untersuchung der Bundesbehörden, dass die von Wilsons Gruppe bereitgestellte Logistik und Ausbildung zur „Unterstützung solcher Terror-Gruppen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der *Roten Brigaden in Italien*, der Roten Armee in Japan, der Baader-Meinhof-Bande in Deutschland und der Irisch-Republikanischen Armee“ genutzt wurde. [15] (Kursivschrift hinzugefügt.)

Ausgehend von diesen anfänglichen Erkenntnissen und darauf aufbauend haben zwei italienische Enthüllungsjournalisten, Mimmo Scarano und Maurizio de Luca, in ihrer frühen Arbeit an dem Fall erstmals die Theorie aufgestellt, dass die beiden Agenten des „Secret Teams“, Wilson und Terpil, in die Moro-Affäre verwickelt waren [16] – was heute weitgehend bestätigt ist. [17]

Die Erkenntnisse der Moro-Kommission über den libyschen Agenten Omar

Yahia werden auch durch die ursprünglichen Ermittlungen zu dieser höchst umstrittenen Figur gestützt, die weitreichende Verbindungen zur US-amerikanischen und internationalen Diplomatie sowie den Geheimdiensten hatte – und deren Schutz genoss [18].

Hochrangige Insider der als „Green Berets“ bekannten Spezialeinheiten wie Luke F. Thompson haben wiederholt zu Protokoll gegeben, dass sie unter der Aufsicht von Wilson und Terpil nach Libyen entsandt wurden, um Terroristen auszubilden [19], wobei sie davon ausgingen, dass die gesamte Operation von der CIA genehmigt worden war.

Die Erwähnung der „Green Berets“ in dieser Angelegenheit ist von großer Bedeutung. Kevin P. Mulcahy, selbst ehemaliger CIA-Agent und einer der wichtigsten Informanten bezüglich der Wilson-Libyen-Verbindung, sprach von einer nicht näher bezeichneten „italienischen Beteiligung“ an der Ausbildung der Green Berets in Libyen. [20]

Die mögliche Anwesenheit eines Green Beret unter den Kommandotruppen, welche die Moro-Operation in Rom leiteten, ist bei italienischen Ermittlungen wiederholt aufgetaucht. [21]

Wie fast seit Beginn der Ermittlungen im Fall Moro festgestellt wurde, verfügte die als Rote Brigaden bekannte italieni-

sche Terrorgruppe nicht – noch nicht mal im Entferntesten – über die militärische Ausbildung oder die operativen Kapazitäten, um eine so komplexe Aktion wie die Entführung eines hochrangigen politischen Führers wie Moro durchzuführen, der von fünf erfahrenen Polizeibeamten begleitet wurde, die bei der Operation alle getötet wurden. [22]

Ballistik-Experten haben immer wieder behauptet, dass zu dem Einsatzteam in der Via Fani mindestens ein professioneller Militärschütze gehört haben muss, der die offiziellen Roten Brigaden flankierte.

Senator Sergio Flamigni [23], der prominenteste Forscher im Fall Moro in Italien, meinte, dass sich die Ermittlungen in Bezug auf diesen nicht identifizierten Schützen auf „das libysche Flugzeug auf dem Weg nach Genf konzentrieren sollten, das am späten Nachmittag des 15. März 1978 (dem Tag vor dem Massaker in der Via Fani) stattdessen mit vier Personen an Bord auf dem Flughafen [Rom] Fiumicino landete, um am nächsten Tag wieder abzuheben ... Es besteht der dringende Verdacht, dass sich an Bord dieses Fluges einer oder mehrere Killer befanden, die einer bestimmten Struktur angehören, die terroristische Organisationen ausbildet und unterstützt, die in Tripolis (Libyen) von Edwin P. Wilson und Frank Terpil, beide ehemalige CIA-Agenten, gegründet wurde.“ [24]

Trotz der erstaunlichen Natur dieser Entwicklungen hat sich eine dicke Schicht eiskalten Schweigens über den Fall und die Ergebnisse der Moro-Kommission gelegt.

In den Vereinigten Staaten ist das Schweigen sogar noch ohrenbetäubender. In dem buchstäblich einmaligen Fall als die Ergebnisse der letzten Moro-Untersuchung angesprochen wurden, setzte die US-akademische Öffentlichkeit in den USA einen neuen Standard der Verleugnung und behauptete, dass „die Kommission den Fall wie eine ‚Geistergeschichte‘ behandelte, dann aber absolut nichts fand, was eine der Verschwörungstheorien bestätigte. Die parlamentarischen Ermittler legten eine riesige Menge an Dokumenten vor, ohne etwas Substanzielles zu unserem Wissen über Moros tragisches Ende beizutragen.“ [25]

## Kissingers Albtraum: Die Italienische Kommunistische Partei und Moros „historischer Kompromiss“

Wie konnten Agenten des US-Establishments in einen der berühmtesten Kriminalfälle des 20. Jahrhunderts verwickelt werden, der sich gegen einen wichtigen politischen Führer eines verbündeten Landes richtete?

Die Geschichte zwischen Moro und dem US-NATO-Establishment war eine lange Reihe von gegenseitigen Missverständnissen, Misstrauen und ultimativer Feindschaft.

Es wäre richtig zu sagen, dass Moro und die USA eine lange Geschichte haben.

Tatsächlich hatte Moro bereits Anfang der 1960er Jahre in den USA eine heftige Kontroverse aufgrund seiner Bemühungen ausgelöst, die Sozialistische Partei Italiens in eine politische Koalition mit der Christdemokratischen Partei einzubinden [26].

Dennoch war es sicherlich Moros Politik, die politische Beteiligung der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) an der italienischen Regierung anzustreben – der so genannte „Historische Kompromiss“ in den 1970er Jahren, der seiner Ansicht nach durch den unbestreitbaren Einfluss der Partei in Italiens Politik und Gesellschaft gerechtfertigt war –, die den fatalen Zorn der USA (und anderer) auf sich zog.

Es stimmt, dass die PCI mit ihren engen Verbindungen zu Moskau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer eine Quelle extremer Besorgnis für die USA gewesen ist.

Es ist bekannt, dass die erste größte Operation der CIA tatsächlich darauf abzielte, einen Wahlsieg der PCI bei den entscheidenden italienischen Wahlen von 1948 zu verhindern [27].

Vom Standpunkt der USA aus durfte Italien, das seit 1949 ein wichtiger NATO-Verbündeter in Südeuropa ist und zahlreiche US-Stützpunkte beherbergt, einfach nicht „kommunistisch werden“.

Nur wenige Vertreter des politischen und diplomatischen Establishments der USA verkörperten die Feindseligkeit gegenüber Moros Politik mehr als Henry Kissinger.

## Quellen:

- [1] Covert Action Magazine, Jeremy Kuzmarov, „Son of Slain Journalist Who Exposed Web of CIA Corruption Calling For New Murder Investigation“, am 05.09.2023, <<https://covertactionmagazine.com/2023/09/04/son-of-slain-journalist-who-exposed-web-of-cia-corruption-calling-for-new-murder-investigation/>>
- [2] The New York Times, Seymour M. Hersh, „THE QADDAFI CONNECTION“, am 14.06.1981, <<https://www.nytimes.com/1981/06/14/magazine/the-qaddafi-connection.html>>
- [3] Einen maßgeblichen Überblick über das Secret Team und Wilsons umstrittene Aktivitäten sowie seine engen, tief verwurzelten Beziehungen zu hochrangigen CIA-Offizieren wie Shackley und Thomas Clines finden Sie in der stets aktuellen Biografie über Theodore Shackley von David Corn, „Blond Ghost“ (New York: Simon & Schuster, 1994; siehe auch: Joseph J. Trento, „Prelude to Terror: Edwin P. Wilson and the Legacy of America's Private Intelligence Network“ (New York: Basic Books, 2006).
- [4] CTV News, AP, „Edwin Wilson, former CIA operative convicted of selling arms to Libya, dies at 84“, am 22.09.2012, <<https://www.ctvnews.ca/world/edwin-wilson-former-cia-operative-convicted-of-selling-arms-to-libya-dies-at-84-1.967907>>
- [5] JUSTIA, US District Court for the Southern District of Texas, „United States v. Wilson, 289 F. Supp. 2d 801 (S.D. Tex. 2003)“, am 27.10.2003, <<https://law.justia.com/cases/federal/district-courts/FSupp/2/289/801/2430886/>>
- [6] Covert Action Magazine, Denis Voltaire, „Top French Intelligence Operative Sent to Capture Carlos the Jackal Says that the Jackal Was Protected by Israeli Mossad For Years“, am 03.08.2023, <<https://covertactionmagazine.com/2023/08/03/top-french-intelligence-operative-sent-to-capture-carlos-the-jackal-says-that-the-jackal-was-protected-by-israeli-mossad-for-years/>>
- [7] Parlamento Italiano, „Commissione parlamentare di inchiesta sul rapimento e sulla morte di Aldo Moro“, Berichte 2015, 2016 und 2017, <[https://inchieste.camera.it/inchieste/moro/documenti.html?leg=17&legLabel=XVII legislatura](https://inchieste.camera.it/inchieste/moro/documenti.html?leg=17&legLabel=XVII%20legislatura)>
- [8] True Crime Detective, Michael East, „The Vatican Scandals: The Devil's Archbishop – The Crimes of Paul Marcinkus“, am 27.09.2022, <<https://truecrimedetective.co.uk/the-vatican-scandals-the-devils-archbishop-the-crimes-of-paul-marcinkus-138aba000c1f/>>
- [9] Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zur Untersuchung der Entführung und des Mordes an Aldo Moro. Am 06.12.2017, 268-69.
- [10] The Washington Post, Maxine Cheshire, „The \$400-Million Libyan Mystery Man“, am 04.05.1980, <<https://www.washingtonpost.com/archive/lifestyle/1980/05/04/the-400-million-libyan-mystery-man/dcae0353-5ae0-4ab6-98a4-f3f0e6388b42/>>
- [11] siehe [9]
- [12] Ansa, Moro: „Carra, Gallinari in via Massimi e spunta il “Secret Team““, 13.12.2017.
- [13] Der ANSA-Artikel, in dem er zitiert wird, ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr online verfügbar.
- [14] The New York Times, „EXPOSING THE LIBYAN LINK“, am 21.06.1981, <<https://www.nytimes.com/1981/06/21/magazine/exposing-the-libyan-link.html>>
- [15] siehe [2]
- [16] Library of Congress, Mimmo Scarano und Maurizio de Luca, „Il mandarino è marcio: terrorismo e cospirazione nel caso Moro“, Editori Riuniti, 1985. <[https://catalog.loc.gov/vwebv/search?searchArg=il-mandarino-e-marcio&searchCode=GKEY\\*&searchType=0&recCount=25](https://catalog.loc.gov/vwebv/search?searchArg=il-mandarino-e-marcio&searchCode=GKEY*&searchType=0&recCount=25)>
- [17] Mimmo Scarano and Maurizio de Luca, „Il mandarino è marcio: terrorismo e cospirazione nel caso Moro“, Editori Riuniti, 1985.

Kissingers Besessenheit von der italienischen PCI grenzte schon an pathologisches Verhalten.

**Kissinger war in dieser Frage so empfindlich, dass er fast reflexartig immer dann auf Italien verwies, wenn irgendwo in der Welt die Möglichkeit einer „kommunistischen“, wenn nicht gar „sozialistischen“ Machtübernahme auftauchte – unabhängig davon, wie begründet solche Befürchtungen tatsächlich waren.**

Das „National Security Archive“ der George Washington-Universität, das umfangreiche Nachforschungen anstellte, um die umfangreichen subversiven Aktivitäten der USA in Südamerika und Kissingers Rolle dabei aufzudecken, dokumentierte eine recht aufschlussreiche Episode.

Aus den kürzlich freigegebenen Unterlagen geht hervor, dass die Pläne zur Entmachtung von Salvador Allende in Chile bereits kurz nach Allendes historischem Wahlsieg im Jahr 1970 ausgearbeitet wurden [28].

Im Mittelpunkt der Anfeindungen gegen den chilenischen Staatschef stand die Befürchtung, dass sich sein Fall in anderen Teilen der Welt, einschließlich Westeuropa, wiederholen könnte.

In einem Briefing-Memo an Präsident Nixon zur Vorbereitung der entscheidenden Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (NSC – National Security Council, Anm. d. Red.) am 6. November 1970 schlug Kissinger einen sehr unheilvollen Ton an und nahm den düsteren Verlauf der bevorstehenden Aktionen vorweg: „Die Wahl Allendes zum Präsidenten Chiles stellt uns vor eine der ernsthaftesten Herausforderungen, mit denen wir in dieser Hemisphäre je konfrontiert waren ... Ihre Entscheidung, wie damit umgegangen werden sollte, könnte die historischste und schwierigste außenpolitische Entscheidung sein, die Sie in diesem Jahr zu treffen haben ... denn was in den nächsten sechs bis zwölf Monaten in Chile geschieht, wird Auswirkungen haben, die weit über die Beziehungen zwischen den USA und Chile hinausgehen.“

Kissinger ging auf die Auswirkungen einer akzeptierten „marxistischen“ Regie-

rung wie der von Allende ein und warnte, dass Allendes „Modellwirkung heimtückisch sein kann“: „Das Beispiel einer erfolgreich gewählten, marxistischen Regierung in Chile würde sicherlich eine Auswirkung auf andere Teile der Welt haben – und sogar einen Präzedenzfall für sie darstellen –, insbesondere in Italien; die nachahmende Verbreitung ähnlicher Phänomene anderswo würde wiederum das Gleichgewicht in der Welt und unsere eigene Position darin erheblich beeinflussen.“ (Kursivschrift hinzugefügt)

Ein Zitat, das zwischen kreativen Wegen zur Unterstützung demokratischer Prozesse und recht anschaulichen Interpretationen der „Domino-Theorie“ schwankt, die anderswo in der Welt, insbesondere in Südostasien, mit nicht gerade enthusiastischen Ergebnissen angewandt werden.

In der Tat hat Kissinger mit seinen Anti-PCI-Ausbrüchen die Geschichtsschreibung fast überrollt.

Die im letzten Jahrzehnt veröffentlichten Bände der *Foreign Relations of the United States*, die sich mit der Westeuropa- und NATO-Politik der Ford-Administration befassen, veranschaulichen ausführlich Kissingers Besessenheit vom Fall Italien.

Ein Treffen zwischen Kissinger und hochrangigen europäischen Beamten im September 1975 in New York, bei dem die „Südflanke Europas“ und die mögliche Beteiligung „sozialistischer“ Parteien an den Regierungen der Region erörtert wurden [29], ist ein typisches Beispiel dafür.

Die Diskussion wurde überwiegend von der zwanghaften Befürchtung beherrscht, dass jede „Öffnung nach links“ in Südeuropa, egal wie moderat sie ausfällt, einen gefährlichen Präzedenzfall für Italien darstellen und der Italienischen Kommunistischen Partei politisch nutzen könnte.

Der Zusammenhang zwischen einer Entspannungspolitik mit den europäischen sozialistischen Parteien und Italien wird in der Sitzung immer wieder angesprochen, und das wörtliche Zitat, dass man keinen „Präzedenzfall für Italien“ schaffen wolle, wird dreimal wiederholt, wobei Kissinger es zweimal innerhalb weniger Absätze ausspricht.

Der Jahrhundert-Staatsmann scheute sich nicht, seine radikale Feindseligkeit gegenüber einer möglichen Öffnung der PCI direkt gegenüber Aldo Moro zum Ausdruck zu bringen, unabhängig von den tatsächlichen Absichten Moros und



Rom, 3. Mai 1977. Von links: Händedruck zwischen dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), Enrico Berlinguer, und dem Präsidenten der Christdemokraten, Aldo Moro, den Hauptbefürwortern des sogenannten historischen Kompromisses. (Foto: Archivio Storico LaPresse / Wikimedia Commons / public domain)

einem eventuellen Mäßigungsprozess, den die PCI zu dieser Zeit einleitete und der die Mitgliedschaft Italiens in der NATO akzeptieren würde.

Kurz vor dem New Yorker Gipfeltreffen, am 1. August 1975, trafen sich Ford, Kissinger, Moro und der damalige italienische Außenminister Mariano Rumor anlässlich des berühmten Sicherheitsabkommens von Helsinki in Finnland [30], und die Diskussion drehte sich erneut um die europäische Sicherheit.

Die theoretische Möglichkeit, dass die PCI in die italienische Regierung eintreten könnte kam wieder auf den Tisch und das Gespräch eskalierte schnell.

Unabhängig vom politischen Wert der Argumente beider Seiten sind der unglaublich angespannte Austausch, sowie die Härte und der Tonfall, den Kissinger gegenüber Moro (damals italienischer Ministerpräsident!) anschluss – was sicherlich nicht üblich zwischen Vertretern zweier Verbündeter ist, erst recht nicht bei einem offiziellen Treffen – fast ein halbes Jahrhundert später immer noch bemerkenswert.

Nachdem Moro versucht hatte, den schwierigen Balanceakt der PCI in Bezug auf die NATO und ihren besonderen Einfluss auf die italienische Politik darzustellen, explodierte Kissinger:

„**Minister [Kissinger]:** Wenn ich mich etwas unverblümter ausdrücken darf als der Präsident, dann ist es uns egal, ob sie [die PCI] den NATO-Beitritt mit Blut unterschreiben. Die Kommunisten in der Regierung Italiens zu haben, wäre völlig unvereinbar mit einer weiteren Mitgliedschaft im Bündnis. Es gibt einen Unterschied zwischen einer Wahltaktik und der Realität. Man kann uns auf keinen Fall dazu überreden in einer Allianz zu sein, die gegen Kommunismus sein soll, in der dann aber Regierungen mit Kommunisten sitzen – egal was Sie sagen.

**Präsident [Ford]:** Henry ist ein sehr subtiler Diplomat.

**Minister [Kissinger]:** Wenn der Präsident es will, kann ich diese Dinge in undiplomatischer Sprache sagen.“ [31]

Der Austausch kann als beredt genug angesehen werden.

Misstrauische Gemüter könnten daraus schließen, dass die US-Beamten –

wenn sie sich schon nicht scheuten, in offiziellen Sitzungen solch strenge Warnungen auszusprechen – inoffiziell noch transparenter sein könnten.

Was die offiziellen Regierungsberichte nicht wiedergeben und auch nicht wiedergeben können, ist die Art und Weise, wie hinter den Kulissen noch finstere Machenschaften stattfanden, um Moro zu zwingen, seine Politik der Öffnung gegenüber der Kommunistischen Partei aufzugeben.

---

**Moro erzählte seinen engsten Mitarbeitern und seiner Frau Eleonora, dass hochrangige amerikanische Beamte ausdrücklich mit schwersten Konsequenzen gedroht hatten, falls er in seiner Strategie des „Historischen Kompromisses“ gegenüber der PCI nicht einlenken würde.**

---

Der schwerwiegendste Vorfall ereignete sich im September 1974 im Zusammenhang mit mehreren hochrangigen Treffen, die eine italienische Regierungsdelegation, darunter der damalige Außenminister Moro und der italienische Präsident Giovanni Leone, mit Vertretern der USA abhielt, insbesondere mit Präsident Ford und Henry Kissinger [32].

Der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt hatte Moro Berichten zufolge vor einem „besorgniserregenden Zusammenschluss feindlicher Kräfte“ gegen seine Politik gewarnt, die mit „starken US-Interessengruppen“ verbunden seien.

Moro wurde geraten, ein vertrauliches Treffen mit einem US-Geheimdienstmitarbeiter zu akzeptieren, um seine Politik der Öffnung nach links zu besprechen.

Das Treffen sollte in der Residenz des nicht identifizierten Offiziers im Hinterland von New York stattfinden.

Während die italienische Delegation an einer gesellschaftlichen Veranstaltung teilnahm, begab sich Moro in Begleitung eines vertrauenswürdigen Mitglieds des Sicherheitsdienstes, Marschall Oreste Leondardi, dorthin.

Während des unheimlichen Treffens wurde Moro unmissverständlich mitgeteilt, dass das US-Establishment gegen seine Politik sei und dass es „eine feste Entschlossenheit, auch innerhalb der



Aldo Moro mit seiner Ehefrau Eleonora Chia-varelli. Bild: Wikimedia Commons. Lizenz: gemeinfrei.

## Quellen:

[18] siehe [10]

[19] CIA, General CIA Record, „The Secret World Of A Green Beret - As A Member Of The Special Forces, Luke Thompson Was Involved In Covert Actions From Latin America To Asia. The He Was Recruited To Go To Libya To Help Train Terrorists.“, am 04.07.1982, <<https://www.cia.gov/readingroom/document/cia-rdp09s00048r000100020035-3>>

[20] L'Europeo, 15.11.1982, Mulcahy wurde schließlich im Oktober 1982 in einem Motel in Virginia tot aufgefunden. Die Umstände waren höchst verdächtig, und Green Beret Luke Thompson, ein weiterer wichtiger Insider in der Libyen-Affäre, äußerte klar seine Überzeugung, dass Mulcahy ermordet wurde, um ihn an einer Aussage im Prozess gegen Edwin Wilson zu hindern. UPI, Daniel F. Gilmore, „A former Green Beret who worked for the CIA...“, am 27.10.1982, <<https://www.upi.com/Archives/1982/10/27/A-former-Green-Beret-who-worked-for-the-CIA/5058404539200/>>

[21] Mimmo Scarano, Maurizio de Luca, cit., 119-24.

[22] siehe [6]

[23] Archivio Flamigni, <<https://a4view.archivioflamigni.org/>>

[24] Antimafia Duemila, „La commissione Moro ha nascosto la verità“. Le accuse di Sergio Flamigni nel suo ultimo libro“, am 02.12.2019, <<https://www.antimafia-duemila.com/home/opinioni/235-politica/76803-la-commissione-moro-ha-nascosto-la-verita-le-accuse-di-sergio-flamigni-nel-suo-ultimo-libro.html>>

[25] Richard Drake, „Moro: L'inchiesta senza finale by Fabio Lavagno and Vladimiro Satta (book review)“, in Journal of Cold War Studies, Vol. 20, No. 4, Fall 2018, 252-53.

[26] Royal Institute of International Affairs, The World Today Vol. 20, No. 1 (Jan., 1964), pp. 32-39 (8 pages), Muriel Grindrod, „A Centre-Left Government for Italy“, <<https://www.jstor.org/stable/40393530>>

[27] Wilson Center, History and Public Policy Program, Thomas Boghardt, „By All Feasible Means“, am 01.05.2017, <<https://www.wilsoncenter.org/blog-post/all-feasible-means>>

[28] National Security Archive, Peter Kornbluh und Savannah Bock, „Allende and Chile: 'Bring Him Down'“, am 03.11.2020, <<https://nsaarchive.gwu.edu/briefing-book/chile/2020-11-06/allende-inauguration-50th-anniversary>>

[29] Department of State, Office of the Historian, „Foreign Relations Of The United States, 1969-1976, Volume E-15, Part 2, Documents On Western Europe, 1973-1976“, am 05.09.1975, <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve15p2d73>>

[30] Britannica, „Helsinki Accords - international relations“, <<https://www.britannica.com/event/Helsinki-Accords>>

[31] In Memorandum of Conversation [original classified “Secret NODIS”], 01.08.1975, Ford Presidential Library.

[32] Memorandum of Conversation [original classified “Secret NODIS”], 01.08.1975, Ford Presidential Library, <<https://www.fordlibrarymuseum.gov/library/document/0314/1552806.pdf>>

US-Geheimdienste“, gebe, „seine Politik zu stören“.

Die Opposition der USA beschränkte sich nicht auf „seine progressive Öffnung gegenüber der PCI“, sondern erstreckte sich auch auf Moros Entspannungspolitik gegenüber der arabischen Welt.

Der Leiter der Christdemokratie wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass „Gruppen, die streng genommen auf der Seite der Nachrichtendienste operieren, eingesetzt werden könnten, um direkten Druck auszuüben“, was angesichts der mit solchen Gruppen verknüpften „plausiblen Abstreitbarkeit“ möglicherweise gefährlichere Folgen haben könnte.

Der US-Beamte zeigte zwar „insgesamt Verständnis für die Argumente Moros“, ermutigte Moro aber auch, „einen distanzierten Blick auf eine Realität zu werfen, die zu ebenso unangenehm wie damals undenkbar Situationen führen könnte.“ [33]

Mehrere enge Vertraute Moros berichteten, dass Moro kurz nach diesem Treffen alle anstehenden Termine absagte und krank wurde. Diese streng vertraulichen, sensiblen Informationen wurden durch die Aussagen von Top-Insidern inhaltlich bestätigt.

Moros Witwe, die vor der ersten parlamentarischen Untersuchungskommission zum Fall aussagte, bestätigte, dass ihr Mann ausdrückliche Drohungen erhalten hatte: „Es war eines der wenigen Male, dass mein Mann genau das zitierte, was man ihm gesagt hatte, ohne den Namen der betreffenden Person zu nennen“.

Der ungenannte Beamte machte Moro gegenüber eine wenig subtile Bemerkung: „Er muss aufhören, seinen politischen Plan zu verfolgen, alle politischen Kräfte in seinem Land zur Zusammenarbeit zu bewegen. Entweder würde er damit aufhören oder er würde teuer dafür bezahlen. Es lag an ihm, wie er das interpretieren wollte.“

Corrado Guerzoni, ein langjähriger Mitarbeiter und enger Freund von Moro, enthüllte ebenso beunruhigende Details. [34] Nach seiner Rückkehr von dieser traumatischen Begegnung in den USA im September 1974 teilte Moro Guerzoni mit, dass er sich ganz aus der Politik zurückziehen wolle.

Moro machte direkt „den amerikanischen Druck für seinen [erwarteten] Rückzug aus der Politik verantwortlich“ und fügte hinzu, dass ihm auch Folgendes angedroht worden sei: „Wenn Sie so weitermachen, wird Ihr Land wirtschaftlich erdrosselt.“ [35]

Nach diesem ereignisreichen Treffen war Moro tatsächlich zunehmend isoliert. Ein Wechsel auf der politischen Bühne sorgte für eine vorübergehende Atempause, so dass Moro seinen Entschluss, aus der italienischen Politik auszusteigen, nicht in die Tat umsetzte.

Dennoch blieb die politische Landschaft Italiens äußerst instabil, der anhaltende Einfluss der PCI dominierte und vergiftete weiterhin die Beziehungen zwischen den USA und Italien.

### Das Steve Piczenik-Mysterium

Grundsätzlich könnte man einwenden, dass die Entführung und Ermordung von Aldo Moro im Frühjahr 1978 stattfand, also während der Präsidentschaft von Carter und nicht von Ford, als die Republikaner und Kissinger nicht mehr an der Macht waren.

Die tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Veränderungen in Carters Außenpolitik im Vergleich zu seinen Vorgängern können hier nicht erörtert werden. Aber sie haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Frage der US-Politik gegenüber der PCI. Selbst aus den offiziellen Unterlagen geht eindeutig hervor, dass Carters Außenpolitik gegenüber dem „Euro-Kommunismus“ zwar diplomatischer formuliert war, sich aber nicht wesentlich von derjenigen der Vorgängerregierungen unterschied. [36]

In gewisser Weise war dies fast unvermeidlich, da die PCI bei den nationalen Wahlen von 1976 zwar nicht das erhoffte Ergebnis (oder gar den Wahlsieg, wie in US-Kreisen paranoid befürchtet) erzielte, aber dennoch einen Rekordwert von 34,4% der Stimmen erhielt, was die Argumente für den „Historischen Kompromiss“ mit der Christdemokratie in den Augen von Moro und anderen Politikern noch zwingender machte.

Darüber hinaus waren auch in der Carter-Administration streng konserva-

tive und anti-kommunistische Kräfte angemessen vertreten, vor allem in der Person des Nationalen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, der einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik gegenüber Italien ausübte.

Es ist auch unzutreffend zu behaupten, Kissinger sei von der Bildfläche verschwunden, nur weil er keine Regierungsämter mehr bekleidete.

Es ist bekannt, dass der inzwischen 100 Jahre alte Staatsmann im außenpolitischen Establishment der USA bis zu seinem Tod am 29.11.2023 einen bedeutenden Einfluss ausübte.

Auf jeden Fall erklärte die Carter-Regierung schließlich öffentlich ihre Feindschaft gegenüber der Anwesenheit von Kommunisten in jedweder italienischen Regierung.

Im Januar 1978, nur zwei Monate vor der Moro-Entführung, gab das Außenministerium ein offizielles Kommuniqué heraus, in dem die Position des Weißen Hauses zusammengefasst wurde. [37]

Carter warnte im Wesentlichen die demokratischen Führer Frankreichs und Italiens davor, die Kommunisten in ihre Regierungen einzuladen.

Gerade wenn die Demokratie vor schwierigen Herausforderungen stehe, so der Präsident, müssten ihre Führer „der Versuchung widerstehen, Lösungen in nicht-demokratischen Kräften zu suchen“.

„Die Verantwortlichen der Regierung haben wiederholt unsere Ansichten zur Frage der kommunistischen Beteiligung an westeuropäischen Regierungen zum Ausdruck gebracht. Unsere Position ist klar: Wir befürworten eine solche Beteiligung nicht und würden es gerne sehen, wenn der kommunistische Einfluss in jedem westeuropäischen Land reduziert würde ... Die Vereinigten Staaten und Italien teilen tiefe demokratische Werte und Interessen, und wir glauben nicht, dass die Kommunisten diese Werte und Interessen teilen.“

Wie auch immer die letztendliche und undurchschaubare Befehlskette bei der Moro-Operation aussah – die lange Hand der US-Geheimdienste war dabei allgegenwärtig.

Man sollte im Hinterkopf behalten, dass der Krisenausschuss der italienischen Regierung, der von Innenminister

Francesco Cossiga zur Bewältigung der Moro-Entführungskrise eingesetzt wurde, in großem Umfang von der berühmtesten Freimaurerloge P2 unter Leitung des US-Agenten Licio Gelli infiltriert war, zu der auch die damaligen Leiter des italienischen Militär- und Zivilgeheimdienstes gehörten.

Man sollte sich auch an die neofaschistische Ausrichtung der von den USA unterstützten P2-Loge erinnern: Es ist schwer, in der Geschichte einen vergleichbaren Fall zu finden, in dem der Fuchs auf den Hühnerstall aufpassen soll.

Doch erst im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurde die Rolle eines anderen, äußerst zweideutigen US-Emissärs bekannt.

Steve Pieczenik, gebürtiger Kubaner mit polnischen Wurzeln und einem brillanten Hintergrund in Cornell, Harvard und am MIT, war ausgebildeter Psychiater und Experte für Terrorismus- und Geisel-Krisenmanagement im Außenministerium.

In dieser Eigenschaft wurde Pieczenik 1978 nach Italien entsandt, um den Moro-Krisenstab fachlich zu beraten.

Es stellte sich jedoch heraus, dass seine Rolle viel komplizierter und dunkler war.

In einem Geständnis des französischen Journalisten Emmanuel Amara mit dem bezeichnenden Titel „Wir haben Aldo Moro getötet“ (im französischen Original: „Nous avons tué Aldo Moro“) [38], das in einem 2006 erschienenen Buch Pieczeniks enthalten ist, sowie in späteren Enthüllungen, gab Pieczenik zu, dass sein Auftrag letztlich darauf ausgerichtet war, „Moro zu opfern, um die politische Stabilität Italiens zu erhalten“. [39]

Pieczenik stand Henry Kissinger sehr nahe und erinnert sich in seinem Buch daran, dass es „Kissinger und Lawrence Eagleburger waren, die ihn zunächst rekrutierten“, „um die erste Krisen- und Anti-Terrorismus-Zelle in der internationalen Geschichte aufzubauen“.

Neben anderen Enthüllungen gab Pieczenik auch zu, dass er für das berühmte Kommuniké „Duchess Lake“ verantwortlich war, das während Moros Gefangenschaft herausgegeben und den Roten Brigaden zugeschrieben wurde. In diesem wurde die falsche Informa-

tion verbreitet, Moro liege tot auf dem Grund eines Sees in der Nähe von Rom.

Es war – in den Worten Pieczeniks – eine „psychologische Operation“, die darauf abzielte, „die italienische und europäische Öffentlichkeit auf den möglichen Tod Moros vorzubereiten“, der schließlich am 9. Mai 1978 eintrat, aber auch die Ermittler vom tatsächlichen Aufenthaltsort Moros ablenkte. [40]

In einem Interview aus dem Jahr 2013 mit dem angesehenen italienischen Journalisten Giovanni Minoli war Pieczenik noch offener [41]: „[Steve Pieczenik – SP]: Zu dieser Zeit haben wir alle Kanäle geschlossen, über die Moro hätte freigelassen werden können.“ [...]

„[Giovanni Minoli]: Im Grunde haben Sie also vom ersten Tag an gedacht und zu Cossiga gesagt: Moro muss sterben.“

„[SP]: Was mich betrifft, war die Sache offensichtlich. Cossiga hat das erst in den letzten Wochen begriffen. Aldo Moro war der zu opfernde Dreh- und Angelpunkt, um den sich die Rettung Italiens drehte.“

Die öffentlichen Enthüllungen von Pieczenik waren so beunruhigend, dass sie nicht nur einen erheblichen politischen Feuersturm auslösten, sondern auch die italienische Staatsanwaltschaft veranlassten, eine strafrechtliche Untersuchung gegen den US-amerikanischen Krisen-Experten wegen möglicher Beihilfe zum Mord einzuleiten [42].

---

**Nach Ansicht des römischen Generalstaatsanwalts Luigi Ciampoli „gibt es ernstzunehmende Hinweise darauf, dass der Amerikaner hinter den Kulissen dafür gesorgt hat, dass Moros Ermordung die einzige ‚notwendige und unausweichliche‘ Option war, die seinen Entführern zur Verfügung stand“.**

---

Irgendwann wurde die diplomatische Gelegenheit so ernst, dass die Obama-Regierung Pieczenik 2014 zur Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden zwang.

Im Rahmen der Förderung eines Abkommens zur gegenseitigen Hilfe mit US-Pendants konnte der Ermittlungsrichter Luca Palamara Pieczenik vernehmen [43].



Der kürzlich verstorbene ehemalige US-Außenminister Henry A. Kissinger, (22. September 1973 bis 20. January 1977). Bild: Wikimedia Commons, Lizenz: gemeinfrei.

## Quellen:

[33] Mimmo Scarano und Maurizio de Luca, „Il mandarino è marciò“, cit., pp.25-26, unter Berufung auf vertrauliche Quellen, die mit den atlantischen Diensten in Verbindung stehen und mit dem Fall vertraut sind. Im Nachhinein ist es natürlich unmöglich, eine solche Verbindung direkt zu beweisen, aber der mögliche Verweis auf Einrichtungen wie das Secret Team als „Gruppen, die auf der Seite der Geheimdienste operieren“, ist offenkundig.

[34] Eleonora Moro, „Testimony to the Parliamentary Commission of Investigation into the Via Fani Massacre, the Kidnapping and Murder of Aldo Moro“, 01.08.1980.

[35] Corrado Guerzoni, „Testimony to the Parliamentary Commission of Investigation into the Via Fani Massacre, the Kidnapping and Murder of Aldo Moro“, February 16, 1983.

[36] See, in particular, Olav Njølstad, „The Carter Administration and Italy: Keeping the Communists Out of Power Without Interfering.“ *Journal of Cold War Studies*, Vol. 4, No. 3, Summer 2002, 56-94.

[37] Statement Issued by the Department of State, January 12, 1978, „American Foreign Policy: Basic Documents“ (Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office, 1983), 514-15.

[38] Emmanuel Amara, „Nous avons tué Aldo Moro“, Patrick Robin Editions, 2006, <<https://catalog.loc.gov/vwebv/holdingsInfo?searchId=18604&recCount=25&recPointer=36&biBid=14691758>>

[39] Emmanuel Amara, „Nous avons tué Aldo Moro“, Patrick Robin Editions, 2006, 80.

[40] *Ibid.*, 140.

[41] Commissione parlamentare di inchiesta sul rapimento e sulla morte di Aldo Moro, Giuseppe Fioroni, „Resoconto stenografico“, <[http://documenti.camera.it/leg17/resoconti/commissioni/stenografici/html/68/audiz:2/audizione/2015/07/29/indice\\_stenografico.0046.html](http://documenti.camera.it/leg17/resoconti/commissioni/stenografici/html/68/audiz:2/audizione/2015/07/29/indice_stenografico.0046.html)>

[42] International Business Times, Umberto Bacchi, „Italy Accuses US Envoy Steve Pieczenik of Aldo Moro Murder“, am 12.11.2014, <<https://www.ibtimes.co.uk/italy-accuses-us-envoy-steve-pieczenik-aldo-moro-murder-1474527>>

[43] siehe [41]



Steve Pieczenik wurde 1978 nach Italien als Berater des Moro-Krisenstabes, entsandt. Seine Aufgabe bestand darin „Moro zu opfern, um die politische Stabilität Italiens zu erhalten“, wie er selbst zugab. (Screenshot: Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=C5zvGf0JWA8>)

## Quellen:

[44] Magistrat Palamara erklärte schließlich, dass mit dieser Entscheidung verhindert werden sollte, dass Pieczenik sich auf das Recht beruft, als Angeklagter nicht zu antworten.

[45] siehe [41]

[46] Bei der hier erwähnten Ausgabe von Amaras Buch handelt es sich um die französische Originalausgabe. Das Buch wurde nie ins Englische übersetzt und ist auf dem US-amerikanischen Markt weitgehend nicht erhältlich.

[47] siehe [2]

[48] The National Registry of Exonerations, „EDWIN WILSON“, letztes Update am 09.11.2015, <[\[49\] siehe \[5\]](https://www.law.umich.edu/special/exoneration/Pages/casedetail.aspx?caseid=3452#:~:text=On%20April%2023%2C%201980%2C%20a,in%20June%201982%20and%20arrested></a>></p>
</div>
<div data-bbox=)

[50] Siehe insbesondere die Stellungnahme von Richter Judge Lynn N. Hughes zur Verurteilung, siehe [5], welche die wichtigste Quelle für diesen Abschnitt und den Fall Wilson ist.

[51] Der Nachruf auf Wilson in der New York Times vom 22. September 2012, der für eine unglaublich komplexe Geschichte wie die von Wilson bemerkenswert knapp gehalten ist, ist ein gutes Beispiel dafür. Douglas Martin, „Edwin P. Wilson, the Spy Who Lived It Up, Dies at 84“, am 22.09.2012, <<https://www.nytimes.com/2012/09/23/us/edwin-p-wilson-cia-operative-with-cloak-and-dagger-life-dies-at-84.html>>

[52] Ibid., 8.

[53] Der Autor stand in Kontakt mit Rechtsanwalt Adler, der nützliche Beiträge und bestätigende Informationen geliefert hat.

[54] Hughes Opinion, cit., p.9, zitiert Wilson Antrag auf Annullierung, Ex.85.

[55] Ibid., 6. Siehe auch Ex. 101 zu Wilsons Antrag auf Aufhebung (eine Kopie des Beweisstücks wurde dem Verfasser freundlicherweise von Rechtsanwalt Adler zur Verfügung gestellt).

[56] Ibid., 17. Siehe auch Anhang der Regierung, Ex. A (dem Autor von Rechtsanwalt Adler zur Verfügung gestellt)

[57] Adler confirmed this crucial point to the author as the correct interpretation of the CIA records cited by Judge Hughes.

[58] Hughes Opinion, cit., 11 und 20.

[59] siehe [2]

[60] The Sixth Eye & The Promis Software Affair, Beweise, <<https://thesixtheye.org/evidence>>

Pieczenik wurde jedoch nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge in der Mordsache vernommen, was eine ziemliche Diskrepanz darstellt. [44]

Am 29. Juli 2015 wurde auch Palamara in dieser hochsensiblen Angelegenheit von der Moro-Kommission angehört.

Das Ergebnis ist an dieser Stelle fast vorhersehbar. Sowohl die Befragung von Pieczenik – abgesehen von einigen Auszügen, die von der italienischen Presse veröffentlicht wurden – als auch die Aussage von Palamara vor der Moro-Kommission waren geheim [45].

Die ganze Angelegenheit wurde buchstäblich begraben und die Pieczenik-Spur konnte nicht weiter verfolgt werden.

Während die Pieczenik-Affäre in Italien relativ bekannt ist, wurden die bahnbrechenden Enthüllungen des US-Gesandten fast vollständig unterdrückt und sind in den Vereinigten Staaten unbekannt. [46]

## Die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Edwin Paul Wilson – die Bedeutung des Falles für die Moro-Affäre und darüber hinaus

Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen ist es nun möglich, die Punkte zu verbinden und einige beunruhigende Schlussfolgerungen über die Verbindung zwischen CIA-Wilson und der Moro-Affäre und darüber hinaus zu ziehen.

Zunächst ist es wichtig festzustellen, dass die kriminellen Aktivitäten von Wilsons Gruppe, also auch die Unterstützung der italienischen Roten Brigaden, nicht in Frage gestellt werden und auch nie in Frage gestellt wurden.

Es waren die US-Staatsanwälte selbst, die Wilsons umstrittene Unternehmungen aufdeckten und anklagten, obwohl sie dabei höchst selektiv vorgingen und die Verbindung zur CIA verschwiegen [47].

Bis zur Aufhebung von einer der vielen Verurteilungen gegen Wilson [48], stand in Frage, dass er solche Aktivitäten während seiner Zusammenarbeit mit der CIA durchführte – was die Agency fälschlicherweise bestritt, ungeachtet der offizi-

ellen Rolle oder Verbindung, die er zu der Zeit mit der Agency gehabt haben mag.

Die Beweise, die während der strafrechtlichen Untersuchung aufgedeckt wurden und welche schließlich zur Aufhebung von Wilsons ursprünglicher Verurteilung 2003 führte, beseitigten weitgehend jeden Zweifel an diesem Punkt [49].

Diese letzte Bestätigung – zusätzlich zu den vorhandenen, überwältigenden Beweisen – ist ein überzeugendes Argument für die Verantwortlichkeit der US-Behörden im Fall Moro. Dies öffnet allerdings auch die klassische Büchse der Pandora, was die Mitschuld der CIA an den unzähligen anderen umstrittenen Aktivitäten betrifft, an denen Wilson und das „Secret Team“ beteiligt waren.

Die wichtigsten Fakten, die zur endgültigen Entlastung Wilsons geführt haben, sind sehr nützlich. Zeigen sie doch, wie tief Wilson tatsächlich mit der Agency verstrickt war und wie weit die CIA und die US-Regierung zu gehen bereit waren. Wiederholt verstießen sie gegen das Gesetz, um sich von Wilson zu distanzieren – ein klarer Beweis für die extreme Sensibilität von Wilsons Aktivitäten. [50]

Darüber hinaus war die Mainstream-Presse zwar gezwungen, kurz über das Urteil aus dem Jahr 2003 zu berichten, mit dem die Verurteilung Wilsons aufgehoben wurde, doch über die hochsensiblen Informationen der CIA-Verbindungen Wilsons und deren Vertuschung durch die US-Regierung wurde in der Regel nur spärlich berichtet, das Ganze heruntergespielt oder ignoriert. [51]

---

**Nach einer Verurteilung 1982 (und einer Haftstrafe von zehn Jahren) in Virginia wegen Waffenschmuggels an die Libyer wurde Wilson 1983 in Texas erneut vor Gericht gestellt, weil er 1977 42.000 Pfund C4-Plastiksprengstoff an den libyschen Diktator Muammar Gaddafi geliefert und dann US-Experten – ehemalige Green Berets der US-Armee – angeheuert hatte, um den Libyern den Bombenbau beizubringen.**

---

Wilson verteidigte sich die ganze Zeit damit, dass er zumindest stillschweigend unter der Leitung und Autorität der CIA ge-



handelt habe. Wilson sagte aus, dass seine Beziehungen zur Agency noch andauerten und der Ausgang des Falles ungewiss sei.

Um Wilsons Behauptungen zu widerlegen, legte die Regierung eine eidesstattliche Erklärung von Charles A. Briggs vor, dem damaligen Exekutivdirektor der CIA, dem dritthöchsten Beamten der Behörde. Briggs erklärte unter Eid, dass Wilsons offizielles Arbeitsverhältnis mit der CIA im Jahr 1971 endete und dass „nach den Aufzeichnungen der Central Intelligence Agency mit einer Ausnahme, als er 1972 beim Marinegeheimdienst beschäftigt war, Herr Edwin P. Wilson weder direkt noch indirekt gebeten oder angefordert wurde, irgendeinen Dienst für [die] CIA zu leisten oder zu erbringen.“ [52]

Die eidesstattliche Erklärung von Briggs erwies sich als absolut falsch, aber sie entschied den Fall zugunsten der Staatsanwaltschaft. Im Februar 1983 wurde Wilson schuldig gesprochen und zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt.

1997 erhielt Wilson durch FOIA-Anfragen (Freedom of Information Act,

Anm. d. Red.) Dokumente, die Briggs' eidesstattlicher Erklärung widersprachen, und schickte sie an den US-Bezirksrichter Lynn N. Hughes. Für Wilsons Verteidigung ernannte Richter Hughes den Anwalt David Adler, interessanterweise selbst ein ehemaliger CIA-Agent. Als erfolgreicher und immer noch praktizierender Anwalt in Texas war Adler in der Lage, geheime CIA- und Regierungs-Informationen für die Verteidigung einzusehen und wurde so zur entscheidenden Figur bei der Aufhebung des Verfahrens gegen Wilson und indirekt bei der Förderung der historischen Wahrheit. [53]

Die von Adler gesammelten und vorgelegten Beweise enthüllten ein durchgängiges Muster von Fehlverhalten und Vertuschung seitens der Regierung, das darauf abzielte, Wilsons Verbindung zur CIA auszulöschen. Erstens, wie Richter Hughes in seiner Stellungnahme feststellt, hat die Regierung *bereits vor der Verurteilung* von Wilson „intern zugegeben, dass [Briggs'] eidesstattliche Erklärung falsch war.“ Ein CIA-Ermittler hatte für den Generalinspekteur ein Memorandum

verfasst, in dem mehrere Fälle dokumentiert waren, in denen Wilson *nach* 1971 für die Agency gearbeitet hatte.

„Der Mitarbeiter, der das Memorandum verfasste, hatte die meisten der *vorigen* Untersuchungen zu Wilsons Kontakten mit der CIA nach seiner Anstellung durchgeführt; er wusste, dass die eidesstattliche Erklärung von Briggs falsch war.“ [54] (Kursivschrift hinzugefügt)

Noch wichtiger ist, dass die neuen Beweise, die in den Schlussanträgen von Richter Hughes ausführlich dargelegt werden, eine umfassende und weitreichende Zusammenarbeit zwischen Wilson und der CIA belegen, die weit über das angegebene „Grenzzjahr“ 1971 hinausgeht.

Zwei Fälle verdienen besondere Aufmerksamkeit: Als der Generalinspekteur der CIA den Fall untersuchte, wurde „das Ausmaß von Wilsons Verwicklung mit der CIA deutlich: Die CIA fand achtzig nicht-soziale Kontakte zwischen Wilson und CIA-Mitarbeitern, darunter fast vierzig, bei denen Wilson zwischen 1972 und 1978 Dienstleistungen für die CIA erbrachte.“ [55] (Kursivschrift hinzugefügt)



Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

## Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:	
Straße, Nr.:	
PLZ, Ort, Land:	
E-Mail-Adresse:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:	
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-ID-Nr.: DE84ZZ00001969982
	Mandatsreferenz-Nr.

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.**

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,- Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:  
 VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.  
 c/o Marika Matthaei  
 Karl-Lade-Straße 36a  
 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Es wurde auch aufgedeckt, dass sich unter den Dokumenten, die das Justizministerium Wilsons Anwälten im ursprünglichen Fall nicht ausgehändigt hatte, lange handschriftliche Notizen befanden, die die Staatsanwälte bei einem Treffen mit CIA-Beamten am 13. Juli 1982 gemacht hatten.

In der Stellungnahme von Hughes heißt es: „Ebenso beunruhigend ist, dass die Notizen aus Dokumenten stammen, die weder Wilsons Prozessanwälten noch den Anwälten in der Berufungsinstanz zugänglich gemacht wurden. ...

Mehrere Seiten der Notizen des Staatsanwalts spiegeln eine detaillierte chronologische Zusammenfassung der Nutzung von Wilson und seinen Unternehmen durch die CIA seit 1971 wider. Diese und vier weitere Zusammenfassungen aus den Jahren 1973 bis 1982 wurden am 1. Oktober 1982 innerhalb der CIA in Umlauf gebracht; keine davon wurde vorgelegt.“ [56] Es ist also schlüssig dokumentiert, dass die CIA noch bis 1982 in großem Umfang auf

Wilsons Dienste zurückgriff – und darüber sorgfältig Buch führte. [57]

Die interne Untersuchung der Agency hatte dies von Anfang an deutlich gemacht, aber es wurde nichts unternommen, um diese wichtigen Informationen an Wilsons Verteidigung weiterzugeben.

Richter Hughes kritisierte das Fehlverhalten der Regierung in diesem Fall, das offensichtlich von der zwingenden Notwendigkeit gesteuert wurde, die Verbindungen der US-Regierung zu einem so unbequemen und umstrittenen Aktivposten wie Wilson zu verschleiern, und nahm dabei kein Blatt vor den Mund:

„Ehrlichkeit fällt der Regierung schwer... In der amerikanischen Justiz müsste man sich schon sehr anstrengen, um sich einen grundsätzlich unfaire Prozess mit einem folglich unzuverlässigen Ergebnis vorzustellen, als die Fabrikation falscher Daten durch die Regierung, unter Eid durch einen Regierungsbeamten, wissentlich präsentiert durch den Staatsanwalt im Gerichtssaal mit der ausdrücklichen Genehmigung seiner Vorgesetzten in Washington.“ [58]

Die Implikationen dieses Falles für die Verantwortung der CIA und die Mitschuld an Wilsons umfangreichen kriminellen Aktivitäten sind offensichtlich und gehen über den Fall Aldo Moro hinaus.

Was letzteren betrifft, so sind mehrere Schlussfolgerungen unausweichlich geworden. Es ist unbestreitbar, dass Wilsons Gruppe im Frühjahr 1978, also zur Zeit der Moro-Affäre, tatsächlich noch „Dienstleistungen“ für die CIA erbracht hat. Wie in einem Artikel der *New York Times* und in anderen Quellen zitiert, wusste die Agency offenbar auch, dass über Wilsons „Dienste“ mehrere in Europa operierende Terrorgruppen militärische Ausbildung und andere Hilfe erhielten, darunter die Roten Brigaden, die angeblich in die Entführung und Ermordung Moros verwickelt waren [59].

Die zunehmende Erforschung des „Secret Teams“ offenbart seine allgegenwärtig kriminellen Aktivitäten [60]. Dadurch wird die vollständige Offenlegung durch die Regierung zunehmend notwendig.



## Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber		Abweichende Lieferanschrift:	
Vorname, Nachname:		Vorname, Nachname:	
Straße, Nr.:		Straße, Nr.:	
PLZ, Ort:		PLZ, Ort:	
E-mail:			
IBAN			
BIC		Kontoführendes Institut:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers		Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88 <b>Mandatsreferenz-Nr.</b> (wird von Free21 ausgefüllt)	

**Abschicken an:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

# Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.



**Sie sind unser Vertrieb!**

Seit 2015 existiert das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen, um die Reichweite zu erhöhen. Doch immer wieder kommen wir zu dem Schluss: Das geht einfach nicht! Warum?

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung“ weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler

und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn eine neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

**Wir bleiben also dabei:** Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

## Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause



Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.



[free21abo.de](http://free21abo.de)

**Zum Abo:** Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Wi-

derruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post).

**Kündigung:** Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an [info@free21abo.de](mailto:info@free21abo.de), online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post) erfolgen.

**Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Inner-

halb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

**Widerrufsbelehrung:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf [www.free-21abo.de](http://www.free-21abo.de) oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewährt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

## Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) bestellen (solange der Vorrat reicht).

 **Free21** präsentiert:



ISBN 978-3-910881-00-6  
© Copyright Thiemo Kirmse, Free21

**Jetzt erhältlich!**

Buch + ePUB-Version 8,49€  
ePUB zum Download 6,99€

**JETZT BESTELLEN**

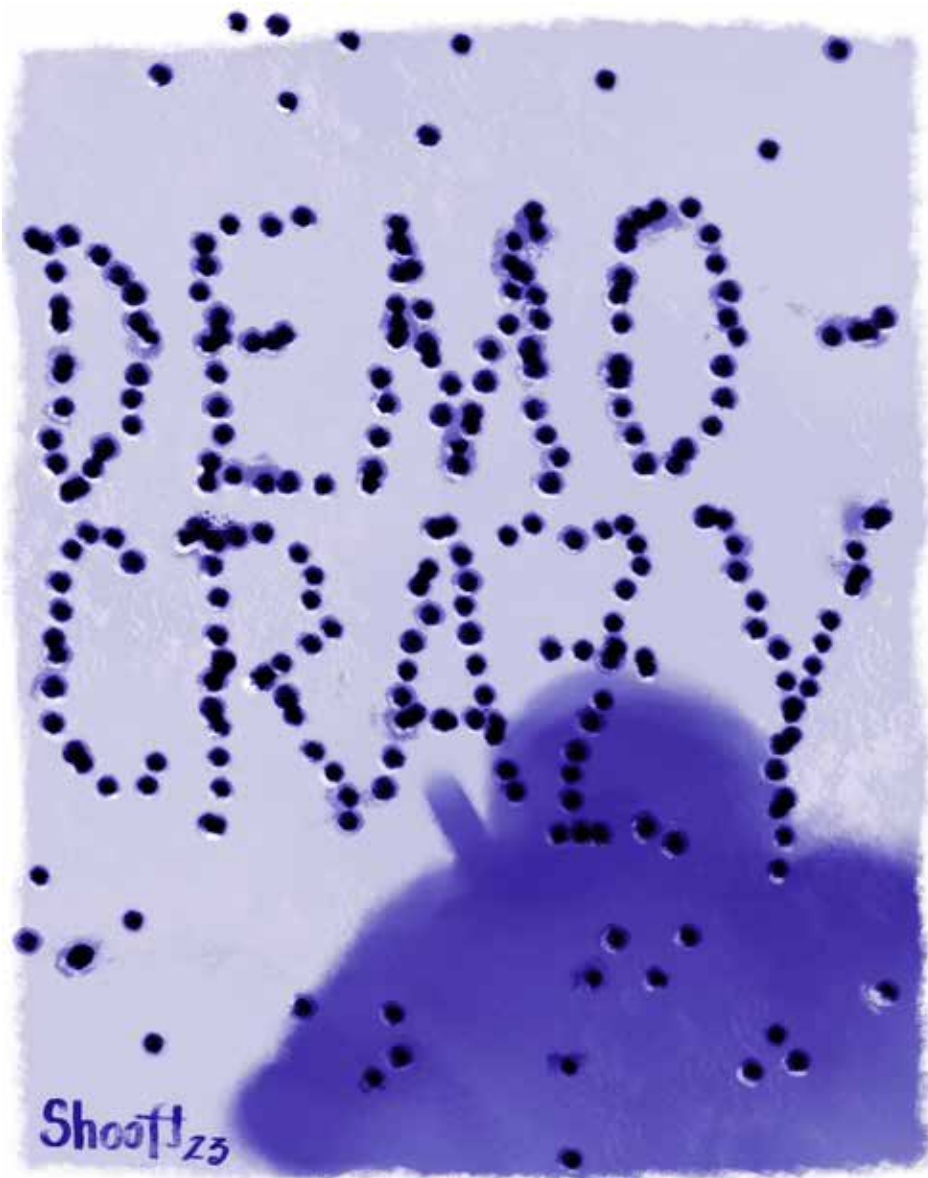
**free21abo.de**

Der Kapitalismus bedroht alles Lebendige. Wenn die Menschheit eine Zukunft haben will, muss dieses zerstörerische System überwunden werden. Dafür braucht es zuerst eine sichtbare Alternative. Seit dem Ende des Realsozialismus fehlt uns ein solches Bild. Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus? System Change wohin? Das ist hier die Frage.

Wir brauchen Vorstellungen von einer anderen Welt, wir brauchen wieder Träume und Utopien. Darüber sollten wir diskutieren und eine geteilte Vision entwickeln – keine fertige Blaupause und keinen vorgefertigten Plan. Vielmehr eine konsistente Skizze, die Ziel und Weg beschreibt und die die Hoffnung begründet, dass wir etwas viel Besseres als den Kapitalismus schaffen können.

Thiemo Kirmse glaubt an die menschlichen Möglichkeiten. Seine Utopie soll nur eine von vielen sein. Detailliert und ausgemalt für eine geteilte Vision, soll sie vor allem Ideen liefern und zur Diskussion anregen.

Ist eine andere Welt möglich?  
Viele andere Welten sind möglich!



 **Free21**  
Credible news mounted on paper

Free21 veröffentlicht primär Texte freier Autoren und Journalisten, ergänzt um Bilder und einem ausführlichen Quellenverzeichnis und stellt diese gelayoutet und ausdrückbar im PDF-Format zur Verfügung. Aus einer Auswahl dieser Texte entsteht alle zwei Monate ein Magazin im PDF-Format, welches ebenfalls frei geteilt oder ausgedruckt werden kann.

Im Netz: [www.free21.org](http://www.free21.org)

Ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.  
Informationen unter [www.free21.org/verein](http://www.free21.org/verein)



Unterstütze  **Free21.org**  
**Vereins-Spendenkonto:**

VzF unabh. journalist. Berichterstattung e.V.  
IBAN: DE8443060967 1185 9021 00, GLS Bank,  
BIC: GENODEM1GLS, Verwendungszweck:  
FREE21 oder per Paypal: [verein@free21.org](mailto:verein@free21.org)

Unterstütze **Free21**: drucken – lesen – teilen – spenden: [www.free21.org](http://www.free21.org)